HEFT 7 | FRÜHLING 04 | FR 6 | EURO 4

DAS VOLK BIN ICH

RISSE

ANALYSE UND SUBVERSION

Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig

ARCHIVEXEMPLAR
KEIN VERLEIH
INFOLADEN LEIPZIG

MÄRTYRERPRODUKTION FRAUEN IN DER INTIFADA

UNIPROTESTE AUFSTAND DER STAATSTREUEN

ERINNERUNGSLÜCKE EUGENIK IN DER SCHWEIZ

ZU JEDEM NEUABO EIN BUCH

RISSE
ANALYSE UND SUBVERSION

LÉON POLIAKOV
VOM ANTIZIONISMUS ZUM ANTISEMITISMUS
ÇA-IRA VERLAG, 1992

Dieses Pamphlet Léon Poliakovs, des Autors der achtbändigen „Geschichte des Antisemitismus", beschreibt die Karriere des Antizionismus seit Lenin. Was zu Beginn als Kritik des jüdischen Nationalismus auftrat, verwandelte der stalinsche „Sozialismus in einem Land" nach und nach zum Tarnwort des sowjetischen Antisemitismus.

CARL WIEMER
KRANKHEIT UND KRIMINALITÄT
ÇA-IRA VERLAG, 2001

Horkheimers Rackettheorie, nach der jede Berufsvereinigung auch eine Verschwörung gegen die Öffentlichkeit sei steh im Zentum dieser Untersuchung. Auf feudalistische Art werden Privilegien gegen Gefolgschaft getauscht, erhält sich das Racket auf Kosten der Allgemeinheit, ohne äußere Kontrolle zuzulassen. Am Beispiel des Ärztestandes kann in idealtypischer Weise das Wesen der Herrschaft in der nachbürgerlichen Epoche studiert werden.

ANDREA ZUR NIEDEN
STAR TREK
DIE KULTURINDUSTRIELLE VERWERTUNG DES TECHNOLOGISIERTEN SUBJEKTS
ÇA-IRA VERLAG, 2003

Am Beispiel der Star- Trek-Serie wird untersucht, in welcher Art und Weise, in welchem Funktionszusammenhang und mit welcher Bewertung hier Biotechnologien thematisiert werden. Vor dem Hintergrund einer globalisierten Ökonomie wird dabei insbesondere die Problematik der in dieser Serie anvisierten Medizintechnolgien, aber auch die Rolle, die das Feindbild der Borg spielt, verhandelt.

Abo
(4 Ausgaben) Fr. 36.- / € 26.-

Probe-Abo (ohne Buch)
(2 Ausgaben) Fr. 14.- / € 10.-
Preise inkl. Versandkosten

Bestellung
mit Adresse, Telefonnummer, Unterschrift und Buchwunsch an:

RISSE Magazin, Postfach 3119, CH-8021 Zürich
Abos im Netz unter www.risse.info

Die starke Gewerkschaft im öffentlichen Dienst

vpod zürich

RISSE NACHBESTELLEN

WWW.RISSE.INFO
PRO EXEMPLAR: SFR 6.- / € 4.-

VELOFIX

Velofix AG
Birmensdorferstr. 126
CH-8003 Zürich
Telefon 01-463 13 03
www.velofix.ch

Aarios Alltagsvelos Anhänger Anhängevelos Airwings Arrow ausprobieren bequem Bobi Brompton Brooks edel Einräder Elektrovelos ergonomisch Faltvelos Federung fein Flyer Frauensättel Frauenvelo gemütlich gut Helme Hundehalterungen Kinderanhänger Kindersitze Kindervelos Körbe langlebig Ledersättel leise Lightspin Magura Männersättel Mountainbikes Ortlieb Packtaschen Patria Probefahrt Qualität Rahmenhöhe Rad Reiseräder Reparaturen Rohloff schnell Schwalbe Simplon Skippy sportlich Stahlrahmen Tour de Suisse Tourenvelos Trottinett wendig zeitlos zügig

Editorial

Blocher regiert. Der Mann, der das südafrikanische Apartheidregime guthiess, der mehrfach die antisemitische schweizerische Flüchtlingspolitik während des Zweiten Weltkriegs gerechtfertigt hat, der 1989 den Notstand heraufbeschwor und die Grenze gegen einen vermeintlichen Ansturm aus dem Osten militärisch abriegeln lassen wollte, leitet in der Schweiz das Justiz- und Polizeidepartement. Dass die Einstellungen der SVP-Ikone allen fortschrittlich humanen Grundsätzen entgegenstehen, ist trotz der Aufregung im Vorfeld der Bundesratswahlen nicht öffentlich zur Sprache gekommen. Jene Äusserungen kritisch zu erörtern, die am deutlichsten Blochers nationalistischen Wahn kennzeichnen, ist in der Schweiz tabu. Seine Wahl zum Bundesrat hat folglich auch keine nennenswerten Proteste oder Demonstrationen ausgelöst. Am bedenklichsten aber sind die Reaktionen nach seiner Einsetzung. Es übersteigt die gewöhnliche politische Apathie, wenn beifällig von einer gelungenen Integration Blochers in die Regierung die Rede ist (was – nebenbei bemerkt – nicht für Blocher, sondern gegen die Regierung spricht). Selbst politische Gegner zeigen sich in ihrer Unfähigkeit, sich der nationalistischen Volkstümelei entgegenzustellen, aktiv daran interessiert, an eine Verwandlung des rassistischen Rotzlöffels in einen landesväterlichen Saubermann zu glauben. Diese stupende Bereitschaft, in Blochers demonstrativer Anpassung ans gouvernementale Brauchtum in Bundesbern eine Abkehr von seinem Demagogentum zu sehen, statt als einen Teil desselben, wird ihm längerfristig zur Umsetzung seiner rechtsnationalistischen Vorhaben von Nutzen sein.

Ein Schritt in diese Richtung ist mit der Annahme der «Verwahrungsinitiative» gemacht. Entgegen internationalen Rechtsgrundsätzen ermöglicht sie das lebenslange, unwiderrufliche Wegsperren von psychiatrisch als untherapierbar abgestempelten Straftätern. Blocher, der sich noch vor der Wahl zum Bundesrat positiv zur Initiative geäussert hatte, hat sich als Repräsentant der Regierung – wenn auch bloss halbherzig – gegen sie ausgesprochen. Das Volk in der besonders reaktionären Ausprägung des Stimmvolks hat somit den Bundesrat Blocher fürs erste rechts überholt. Weitere Vorstösse von Seiten Blochers und der SVP, welche die soziale Aggression zur Diffamierung und Entrechtung stets wechselnder, marginalisierter Gruppen einspannen, werden nicht ausbleiben. Die direkte Demokratie und eine ungehinderte völkische Demagogie treiben sich bei der Aushebelung der Rechte jener Gruppen und der Untergrabung sozialer Errungenschaften gegenseitig voran.

Redaktion Risse

Inhalt

Das Volk bin ich
Der neue Bundesrat und die SVP
Thomas Schwendener S. 4

Aufstand der Staatstreuen
Zu den Uniprotesten
Pascal Germann S. 8

Mütter des Djihad
Palästinensische Frauenbilder
Nicole Burgermeister S. 11

Impressum S. 14

Antisemitischer Terror am Bosporus
Ende der jüdisch-islamischen Koexistenz?
Thomas Schmidinger S. 15

«Regime-Change» vs. konstruktiver Dialog
Die Iranpolitik der USA und Europas
Sabine Kahl S. 17

Les deux niveaus de la haine
Antisemitismus in den Banlieus
Henriette Glaas und Max Sander S. 20

Zugleich dialektisch und undialektisch Denken
zum Verhältnis von Améry und Adorno
Gerhard Scheit S. 24

Internieren und Disziplinieren
systematischer Zwang in der Psychiatrie
Alex Riva S. 29

Eugenik-opfer
Vergebliches Warten auf Entschädigung
Alex Riva S. 31

Der Ameisensozialist
Der Eugeniker August Forel
Simon Hofmann S. 32

Gedenkstätten
Orte der Rekontextualisierung
Marc Schwietring S. 34

Verrisse S. 43

Das Volk bin ich

Permanent mobilisiert die SVP gegen einen inneren Feind. Die ins Visier genommenen Gruppen sind austauschbar, nicht jedoch die Zielsetzung: eine organische Volksgemeinschaft frei von Fremdkörpern.

von Thomas Schwendener

Die Vorgängerin der Schweizerischen Volkspartei (SVP), die noch 1933 mit Faschisten paktierende Bauern-, Gewerbe-, und Bürgerpartei (BGB), schrieb in ihrer offiziellen Parteizeitung, dass «der Nationalsozialismus mit seinem unerbittlichen Kampf gegen die Kommunisten auch der Schweiz einen Dienst erwiesen hat, für den wir ihm nicht genug dankbar sein können»[1]. Es war auch BGB-Bundesrat Eduard von Steiger, in dessen Aufgabenbereich als Chef des Departements «Justiz und Polizei» die Forderung an die Nazis nach Einführung des «J-Stempels» in die Pässe von Juden sowie die kategorische Abweisung jüdischer Flüchtlinge an der Schweizer Grenze fielen. Dass heute ausgerechnet der neugewählte Bundesrat der SVP, Christoph Blocher, welcher 1989 die militärische Abriegelung der Schweizer Grenze und das Notrecht im Asylwesen gefordert hatte, dasselbe Departement übernimmt, ist einer der schlechteren Treppenwitze der Schweizer Geschichte.

Die Konstruktion einer ständigen Bedrohung, wie sie dereinst der Kommunismus perfekt dargestellt hatte, blieb auch nach 1989 ein wesentlicher Bestandteil des propagandistischen Arsenals der SVP. Nicht zufällig brachte die völkische Mobilisierung des bornierten Stolzes der SchweizerInnen auf ihre «Unabhängigkeit» der SVP in den Abstimmungen über EU- und EWR-Beitritt den Durchbruch. Teilweise wurde nach wie vor direkt an den in den Köpfen fest verankerten Antikommunismus des Kalten Krieges appelliert: «Wer glaubt, der Sozialismus sei auf dem Rückmarsch oder gar gestorben, der irrt. Das Gegenteil trifft zu. (...) Die EU, dieses sozialistisch determinierte Riesengebilde mit ungeheurer zentraler Machtanhäufung, nimmt Gestalt an.»[2] Grossteils funktionierte die Transformation des «Antikommunismus gegen aussen» aber über eine Attributierung von EU und EWR, die klar völkisch geprägt ist. So wurde die EU als «intellektuelle Konstruktion» im Gegensatz zur «natürlich herangewachsenen» Gemeinschaft der Schweiz charakterisiert und die drohende «Fremdherrschaft» und der «Verlust von Volks- und Freiheitsrechten» beklagt. Der Historiker und SVP-Nationalrat Christoph Mörgeli appellierte an Rassenbewusste: «Ich weiss, dass in der Realität die Kriege der Gegenwart nicht zwischen Staaten entstehen, sondern zwischen Bevölkerungsgruppen mit verschiedenen Ideologien, Ethnien, Interessen oder Religionen. Ob die Grenzen zwischen diesen Bevölkerungsgruppen mit Staatsgrenzen parallel laufen, ist dafür völlig unerheblich. Das frühere Jugoslawien ist unter Vergiessen von Blut und Tränen zusammengestürzt, obwohl es war, was die EU ist oder noch werden will: Ein Staat mit gemeinsamer Wirtschaft, Politik und Währung.»[3] In dieser Erklärung (ver)fällt mit der «Unabhängigkeit» auch die «Reinheit» des Volkes in «Kultur, Ethnie, Interessen und Religion».

Der innere Feind

Mörgelis Ausspruch enthält neben dem völkischen Angriff auf die EU einen wesentlichen Punkt für den anhaltenden Erfolg der SVP: die permanente Mobilisierung des «Volkes» gegen einen Feind, der es von innen her zu zerstören droht. Was einstmals den Moskautreuen und – insbesondere – den Juden vorbehalten war, erlebte in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg und abermals nach dem Mauerfall eine zunehmende Diversifizierung. «Die hektische und zwanghafte Suche nach immer neuen und in immer kürzeren Abständen verschlissenen Feindprojektionen hat längst die Gestalt einer aus der Latenz entbundenen Dauermobilisierung angenommen. Wer dabei als Bedrohung für das Gemeinwesen gehandelt wird und die Rolle des Volksfeindes spielen darf, ist dabei ziemlich egal geworden.»[4] Wer den täglichen Wahnsinn einer irrationalen Gesellschaft nicht mehr mitmachen will oder *darf*, seien dies nun «renitente Asylanten», «Scheininvalide», oder «Sozialschmarotzer», wird dem dringend zu befriedigenden Ressentiment ausgeliefert. «Die Wahl der sozialen Objekte psychologischer Aggressivität» (Adorno), welche stark der propagandistischen Instruktionen anhängt, verläuft nach wiederkehrendem Schema.

Dieses soll hier kurz an Hand des aktuellen Beispiels der «Triebtäter» skizziert werden, über welche das Schweizer Stimmvolk am 8. Februar per Urnenabstimmung geurteilt hat. Die von der SVP befürwortete Initiative der «Selbsthilfegruppe Licht der Hoffnung» wurde gegen die Empfehlung des Bundesrates mit 56,2% angenommen. Die Initiative schreibt die Möglichkeit lebenslanger Verwahrung von Straftätern per psychiatrischem Gutachten, ohne die Verwahrten je wieder beurteilen zu müssen, in der Bundesverfassung fest. Im Initiativtext lautet dies wie folgt: «Nur wenn durch neue, wissenschaftliche Erkenntnisse erwiesen wird, dass der Täter geheilt werden kann und somit keine Gefahr mehr für die Öffentlichkeit darstellt, können neue Gutachten erstellt werden.»[5] Dass eine der Initiantinnen in der Fernsehsendung «Arena» als Beispiele jener «neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse» von «Hirnoperationen, Genmanipulation und Messen von Hirnströmen» schwadronierte, zeigt nur noch endgültig, wes Geistes Kind die Initiative ist. Der Schweizerzeit-Herausgeber und SVP-Nationalrat Ulrich Schlüer erklärte in einem Referat: Die Initiative «will, dass dem Schutz der Öffentlichkeit, vor allem auch dem Schutz der Kinder, uneingeschränkter Vorrang eingeräumt wird gegenüber Entlassungs- oder auch Urlaubsexperimenten mit schwerstkriminellen Gewalttätern, die als nicht therapierbar erkannt worden sind»[6]. Die betroffenen Straffälligen werden als Gruppe ausserhalb der Öffentlichkeit dargestellt, die die Öffentlichkeit, ergo die

Gesellschaft, von aussen bedrohen. Damit wird eine stereotype Wahrnehmung von starren Eigen- und Fremdgruppen bedient, die das Bewusstsein des Individuums heute oftmals kennzeichnen. Um die drohende Gefahr auch prägnant darzustellen wird der besonders schreckliche Einzelfall, der drei,- vier,- fünffache Kindsmörder,[7] immer wieder angeführt. Dieser ist meist bereits über die objektive Kumpanei der Massenmedien, welche den spektakulären Kindsmord über Wochen vervielfältigen, im Bewusstsein der Öffentlichkeit verankert. Ansonsten hat die betroffene Gruppe nur in Form einer Statistik zu erscheinen – diese «Methode» ist insbesondere bei «Asylbetrügern» und «Sozialschmarotzern» die Regel; die Gruppe wird auf eine mathematische Formel reduziert. Ist das «Problem» erstmal so festgelegt, bleibt den Gegenparteien nur noch die Reaktion innerhalb eines festgelegten Rahmens instrumenteller Vernunft – der möglichst rationellen Beseitigung des «Problems».

Die da oben

Die konkrete Ausformung der Ressentiments und deren Bedienung verhalten sich je nach Objekt unterschiedlich. So sind verschiedene Elemente einer wahnhaften Wahrnehmung festzustellen, die von der Projektion sexueller Wünsche bis zur Ermöglichung der Identifikation mit dem eigenen Kollektiv qua Exklusion «der anderen» reicht.[8] Ein Objekt, welches in der Propaganda der SVP eine spezifische Stellung einnimmt, soll hier besonders hervorgehoben werden. Funktionieren die meisten der oben genannten Denunziationen hauptsächlich als ein Treten nach unten, so nimmt der verbale Angriff auf die Bürokratie im Wesentlichen die Funktion einer vermeintlichen Rebellion, eines Aufbegehrens ein. Bezeichnend für jene Agitation ist folgender Ausspruch von Blocher: «Die Politik von heute orientiert sich immer mehr an einer akademischen, blutleeren Scheinwelt. Der Politiker nimmt seine Umgebung immer weniger aus eigener Anschauung wahr, er verkehrt mit ihr mittels Berichten, er betrachtet sie zunehmend durch die Brille sogenannter Experten.»[9] Die Aussage, die genauso gut von einer «globalisierungskritischen» Gruppe stammen könnte, vereint in sich ebenso den programmatischen Antiintellektualismus wie auch die Denunziation der Politikkaste als dem Volke enthoben. Der Angriff auf die Intellektuellen, der die Bewertung der «ehrlichen Schweizer Arbeit» im Gegensatz zum unproduktiven «Klugschwätzer» beinhaltet, zeigt die reaktionäre Abwehr der zunehmenden Komplexität der kapitalistisch verfassten Gesellschaft. Der SVP-Nationalrat Toni Bortolluzi reduziert jenen Prozess der zunehmenden «Verflechtung» auf eine einfache Formel: «Professoren und Intellektuelle haben die Verflechtungen produziert. Anstatt sich um die Entflechtung der Kompetenzen und um klare Verantwortungen zu bemühen, sagen sie jetzt, das Leben sei kompliziert, obwohl es im Prinzip einfach wäre.»[10] Es wird die «Undurchsichtigkeit der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse für alle jene, die keinen Zugang zu Kenntnissen, Informationen und theoretischem Denken haben»[11] genutzt. In der Situation der Desorientierung tendiert das Individuum dazu, «zwei Tricks anzuwenden, die einander widersprechen: *Stereotypie* und *Personalisierung*, also Wiederholung infantiler Muster»[12]. Die erste Tendenz kommt insbesondere in der genannten starren Wahrnehmung von Eigen- und Fremdgruppe zum Ausdruck. Personalisierung zeigt sich in Bortolluzis Argumentation oder auch im Geschwätz über Blocher als «den fähigen Mann im Bundesrat». Die SVP bietet Hand, indem

Die neuste Kampagne der SVP

sie beide Tendenzen ideologisch stützt und sich zunutze macht.

Der «blutleeren» und akademischen Scheinwelt von Politikern und Professoren wird das Ideal einer «direkten Demokratie» gegenübergestellt, in der sich das Ressentiment immer direkt in politischer Gewalttätigkeit Bahn brechen würde. Nur diese «direkte Demokratie» könne dem «Filz in Politik und Wirtschaft», den «Allüren der Regierenden» oder der «Verachtung des eigenen Landes und des eigenen Volkes» durch führende Politiker Einhalt gebieten. Auf parlamentarischer Ebene ist es die Person Christoph Blocher, der nun als Bundesrat mit «eisernem Besen» aufzuräumen hat. In der eigenen sozialen Ohnmacht sucht das Individuum Ersatz in der vermeintlichen Allmacht bedeutender Persönlichkeiten, diese wiederum präsentieren sich als Inkarnation des «Volkswillens», des Willens des einzelnen Ohnmächtigen. «Der neue Führer-Typus dieser atomisierten Volksgemeinschaft begreift sich (...) als Gegenpol zu Partei- und Staatsbürokratie. Er beansprucht ein unmittelbares Verhältnis zum ‹Volk›, zu den ‹Bürgern›».[13] Durch ihren direkten Draht zum «eigentlichen Volkswillen» nutzt die SVP die Ambivalenz, welche das kapitalisierte Subjekt oftmals prägt. Nebst der Identifikation mit Blocher als «fähigem Mann», welcher im Namen des Stimmbürgers politische Macht auszuüben hat, ordnet man sich ihm gleichzeitig unter. Darin scheint sich zu bestätigen, was Adorno zum Bedürfnis von Machtausübung *und* Unterwerfung erklärte: «Oft arrangiert sich das Individuum, indem es sich mit Machtfiguren gleichstellt, so dass es beide Bedürfnisse zu befriedigen vermag, das nach Macht und das nach Unterwerfung. Es hofft, indem es sich der Macht unterwirft, an ihr teilzunehmen.»[14]

Wir sind das Volk ...

Mit jener Macht müssen die «Usurpatoren» des Staates entmachtet werden, damit das Volk zu sich selbst kommen und sich selbst verwalten kann. Herbert Marcuse schrieb schon 1963 in seinem Aufsatz «Das Veralten der Psychoanalyse»: «Das Verhältnis zwischen der Regierung und den Regierten, der Verwaltung und den ihr Unterworfenen ändert sich in bedeutsamer Weise – ohne einen sichtbaren Wandel in den gut funktionierenden demokratischen Institutionen. Das Eingehen der Regierung auf die geäusserten Bedürfnisse und Wünsche des Volkes – wesentlich für jede funktionierende Demokratie – wird häufig zur Akzeptierung von reaktionärem Extremismus, von Ressentiment und Ignoranz oder zur Duldung von Grausamkeit.»[15] In einer permanenten Mobilisierung des «Volkes» gegen «die da unten» und «die da oben», vermag die SVP jenem Ressentiment jeweils das passende Objekt zu bieten an welchem sich der betrogene Einzelne schadlos zu halten glaubt. Das «worst-case»-Szenario scheint heute nicht die Installation einer Diktatur gegen den Volkswillen, wie dies die meisten Linken behaupten, sondern die Durchsetzung der «Interessen des Volkes». Die Analyse der Gefahr autoritärer Krisenbewältigung darf als Gegenstand nicht nur den Staat als gesonderte Sphäre haben, sondern muss die Transformation der Gesellschaft *innerhalb* der bestehenden politischen Strukturen untersuchen.

SVP-Nationalrat Christoph Mörgeli erklärt: «Die grösste Gefahr droht unserem Kleinstaat mit seinen umfassenden Mitgestaltungsmöglichkeiten für die Bürger, wenn diese die Besorgung des Staates, das Politische, aus der Hand geben und den Regierenden, Diplomaten, Funktionären oder Parlamentariern allein anvertrauen.»[16] Das Volk selbst soll an der Urne über die Vorenthaltung der Bürgerrechte für Fremde entscheiden dürfen. Der Umgang mit «Triebtätern» muss vom Volk vorgegeben werden. «Sozialschmarotzer», «Asylbetrüger» und all die anderen «zersetzenden Elemente» gehören vors Volk gezerrt und – vorerst noch per Stimmzettel – bestraft. Die angestrebte Form der von der SVP ständig propagierten «direkten Demokratie» ist die organische Volksgemeinschaft, welche von Kopf bis Fuss frei von Fremdkörpern sich immer selbst jene Körperteile abschneidet, die der Funktion des Ganzen hinderlich sind. In Zeiten zunehmender Arbeitslosigkeit, des Abbaus von Sozialleistungen und ökonomischer Krisen nimmt die Masse jener hinderlichen Elemente stetig zu. Die konkrete Beseitigung jener «überflüssigen Elemente» übernimmt jedoch nicht ein autoritärer Staatsapparat. «Diese Auflösung des Staatssubjekts Kapital», schreibt Gerhard Scheit, «in unendlich viele kleine Staatssubjekte des Kapitals lässt sich ebenso an der Geburtenförderung wie an der ‹Sterbehilfe› [vgl. RISSE 6] ablesen. Es wird dem einzelnen überlassen – dem einzelnen Behinderten oder der zukünftigen Mutter eines möglicherweise Behin-

Christoph Blocher: Vom Rütli hoch, da komm ich her...

derten oder dem einzelnen ‹unheilbar› Kranken und dessen Verwandten – zu erkennen, dass es sich bei ihm selbst oder bei seinem Kind oder Verwandten um ‹unwertes Leben› handelt (und im Sinne des zu realisierenden Wertes handelt es sich tatsächlich um unwertes Leben); der Druck, der dem einzelnen diese ‹Erkenntnis› vermittelt, geht nun nicht mehr wie früher unmittelbar vom Staat aus, die Vernichtung wird nicht autoritär durchgesetzt, sondern sollte nach Möglichkeit von jedem einzelnen Betroffenen überlegt werden: hier ist nicht nur seine Opferbereitschaft für den Staat, sondern ebenso sein Selbstbewusstsein als Arbeitskraftbehälter und Warenvehikel gefragt. Eine Gesellschaft von potentiellen Selbstmördern, von Menschen, die stets zum Suizid bereit sind, sobald sich – mit naturwissenschaftlichen Methoden, in denen sich die Kriterien des Marktes widerspiegeln – ihre mangelnde Fähigkeit, Wert zu bilden und zu realisieren, herausstellt: das ist das neue Ideal, das die demokratische Rassenhygiene bereithält.»[17] Wer bereit ist, jenes Gebot an sich selbst oder an nahen Verwandten zu exekutieren, wird bei der Verfolgung Fremder nicht die geringste Reue empfinden. Dass jeder selbst vom «Überflüssig-Sein» betroffen werden kann, verhilft nicht zur Einsicht in die Irrationalität des Ganzen, sondern stachelt nur zu grösserem Eifer in der Verfolgung jener an, an welchen man glaubt, sich schadlos halten zu können.

... und wir die Guten

Alle jene, die an den Sozialstaat appellieren, er möge doch die «Segregation der Gesellschaft» – will in der Praxis hauptsächlich heissen: die Ausscheidung überflüssiger Elemente aus dem Volkskörper – aufhalten, müssen sich vergegenwärtigen, dass die Illusion eines Kapitalismus mit menschlichem Antlitz eben nur eine Illusion war, die im vorübergehenden «goldenen Zeitalter» des Kapitalismus aufrecht erhalten werden konnte. Die spiessbürgerliche Appellation beinhaltet aber neben ihrer ökonomischen Verkennung einen kontraproduktiven Kern, boten doch gerade der Sozialstaat und die Sozialpartnerschaft die ideologische Grundlage für die schweizer Volksgemeinschaft. «Im gleichen Mass wie der Staat die alles umfassende Klassenreproduktion organisatorisch übernimmt, *verstaatlicht* sich die gesellschaftliche Existenz der Arbeiter. Hierin steckt die materielle Ursache der politisch-manipulativ erzwingbaren Fixierung der Arbeiter auf die staatlichen Verkehrsformen des Kapitalismus: ihrer Zustimmung zu dem sie in Ausbeutung haltenden System.»[18] Dass die institutionelle Grundlage der Sozialpartnerschaft, der Sozialstaat, von der SVP frontal angegriffen wird, ohne dass es grössere Proteste gibt, lässt nur den Schluss zu, dass die Ideologie, durch den Bürger verinnerlicht, ihre Voraussetzung überlebt. In einer allumfassenden Mobilisierung wird die Reduktion des Sozialstaat auf seinen nackten Kern – seine ideologische und seine repressive Funktion – hingenommen und die sozialpartnerschaftliche Gesellschaft transformiert sich in das, was sie eigentlich schon immer war: in eine Volksgemeinschaft. «Die Macht, die (...) vom ‹Volk› ausgeht, hat die Distanz zum Staat verloren und darum immer nur den eigenen Staat im Sinn.»[19] Nach der «*Verstaatlichung* der gesellschaftlichen Existenz der Arbeiter» soll, wie Haider es auf den Punkt bringt «keine Verstaatlichung des Menschen, sondern eine Vermenschlichung des Staates»[20] folgen.

Eine Kritik des politischen Programms der SVP und ihrer europäischen Bruderparteien müsste jene «Verschmelzung von Staat und Gesellschaft» auf ihren Ursprung, der einstmaligen Befriedung der Klassengesellschaft über den Sozialstaat und die Verinnerlichung jener Ideologie des *einen* Volkes zurückführen. Sie müsste sich dem «Volk» entgegenstellen und «die da unten» verteidigen sowie auch die Funktion der beliebig auswechselbaren «da oben» erklären. Die ausserparlamentarische Linke weiss aber in ihrem Massenbedürfnis oftmals nichts Besseres, als mit der SVP um die schärfere Verurteilung «der da oben» zu konkurrieren. So sah sich die SVP bei der schweizweiten Managerhatz [vgl. RISSE 4] gezwungen, zu erklären, dass sie sich schon immer gegen die «Selbstbedienungsmentalität der Manager» (Ueli Maurer) gewehrt hätte. Vermutlich war das auch richtig, ist die SVP ihren Konkurrentinnen in der Mobilisierung von Ressentiments doch immer einige Schritte voraus. Wer mit vor Erregung zitternder Stimme «die da oben» des Egoismus und der Machtsucht anklagt, dem muss gesagt werden, dass die SVP längst den Grossteil jener, die man zu erreichen hofft, hinter sich versammelt hat. ■

1) Neue Berner Zeitung 9. November 1933, zit. nach: Sonntagszeitung 19. März 2000

2) Auns-Pressedienst 26/91, zit. nach: Peter Niggli, Jürg Frischknecht, Rechte Seilschaften, Zürich 1998, S. 130

3) «Schweizerzeit»-Schriftenreihe Nr. 37, S. 18

4) Clemens Nachtmann, Krisenbewältigung ohne Ende, in: Stephan Grigat (Hg.), Transformation des Postnazismus, Freiburg 2003, S.77

5) Abstimmungstext «Initiative für die Verwahrung extrem gefährlicher Straftäter»

6) http://www.svp.ch/index.html?page_id=-865&l=2

7) Dieser findet seine Entsprechung im Arbeiter verspottenden «Sozialschmarotzer» oder im Schweizer verachtenden «Asylbetrüger», welche in Talkshows und Parteipropaganda regelmässig auftauchen.

8) Bei «Sozialschmarotzern» oder «Scheininvaliden» ist beispielsweise die ökonomische Komponente direkt ersichtlich, wer keinen Mehrwert produziert ist kein «gleichwertiges» Mitglied der Gesellschaft [vgl. RISSE Nr. 6].

9) «Schweizerzeit»-Schriftenreihe Nr. 20, S. 10

10) Zit. nach: Hans Hartmann, Andreas Gross (Hsg.), «Heile Welt Schweiz, die nationalkonservative Bewegung in der Diskussion», Zürich 1995, S. 66

11) Theodor W. Adorno, Studien zum autoritären Charakter, Frankfurt a. M. 1995, S. 185

12) ebd., S. 188

13) Gerhard Scheit, Die Meister der Krise, Freiburg 2001, S. 105

14) Theodor W. Adorno, ebd. S. 57

15) Herbert Marcuse, Das Veralten der Psychoanalyse; in: Kultur und Gesellschaft II, Frankfurt a. M. 1967, S. 103

16) «Schweizerzeit»-Schriftenreihe Nr. 37, S. 22

17) Gerhard Scheit, ebd. S. 102

18) Johannes Agnoli, Der Staat des Kapitals, Freiburg 1995, S. 40

19) Gerhard Scheit: ebd. S. 105

20) Zit. nach: Gerhard Scheit, ebd. S. 106

Aufstand der Staatstreuen

Studenten protestieren gegen Semestergebühren, Privatfinanzierung und Kürzungen im Bildungsbereich. Mit durchwegs falschen Argumenten.

von Pascal Germann

An den Universitäten in Deutschland und Frankreich brodelt es. In Dutzenden von Universitätsstädten streiken die Studierenden. Kaum ein Tag vergeht, an welchem nicht lautstark protestiert wird. In Berlin, «der Hauptstadt des Protests», wird hie und da sogar das Gespenst eines neuen `68 heraufbeschworen. Und tatsächlich, manch ein alternder Journalist fühlt sich wohl an seine wilde Jugend zurückerinnert, wenn sich beispielsweise ein Student mit wehenden Haaren aus einem Fenster der besetzten PDS-Zentrale reckt und mit erhobener Faust die studentischen Massen auf der Strasse begrüsst. Irritierend nur, dass von den Massen unten nicht etwa «Schafft eins, zwei, drei Vietnams» gefordert, sondern in Endlosschlaufe ein Spiessersprüchlein aufgesagt wird: «Wir sind hier und wir sind laut, weil man uns die Bildung klaut».

Erich Mühsams Lampenputzer würde sich freuen. Sein Problem – «wie man revoluzzt und dabei doch Lampen putzt» – scheint von den Studenten gelöst zu sein. Da müsste er sich nicht mehr in seinem Studierzimmer verkriechen, sondern könnte «im Revoluzzerschritt mit den Revoluzzern mit», da er getrost wüsste, dass bei aller Revoluzzerei doch alles beim Alten bleibt. So war bei den studentischen Vollversammlungen ein Hauptthema, wie man streikt und dennoch weiter studiert. Tausende harrten jeden Mittwoch stundenlang aus, um gähnend langweiligen Statements zu lauschen. Für ein bisschen Erheiterung sorgte nur ab und zu ein Redner der Spartakisten, der ein Bündnis mit seinen beiden revolutionären Subjekten – Arbeiter und Araber – vorschlug oder den Zusammenhang zwischen Studiengebühren und US-Imperialismus erklärte. Ansonsten dienten die Vollversammlungen vor allem der Gemeinschaftsbeschwörung. Wer am lautesten «Wir» rief, kriegte am meisten Applaus.

Bei so viel Gemeinschaftsgefühl darf es keine Entsolidarisierung geben. Man solidarisiere sich mit allen vom Bildungs- und Sozialabbau Betroffenen. Man lasse sich nicht spalten. Die Entsolidarisierung folgt indirekt. Wenn unter den Phrasen «Wir sind die Zukunft» und «Bildung ist der wichtigste Rohstoff des Landes» marschiert wird, wie können da Sozialhilfeempfänger, Invalide oder Rentner argumentativ mithalten? Ihnen bleibt nichts anderes übrig, als entweder das Maul zu halten, oder das zu tun, was das Vernünftigste wäre, der kapitalistischen Volksgemeinschaft aber ein Gräuel ist: auf die unmittelbaren individuellen Bedürfnisse verweisen, beispielsweise darauf, sich mal einen Strandurlaub gönnen zu dürfen oder kostenlos Viagra beziehen zu können. Solche Argumente ziehen nicht. Gibst nix, gibt's nix. Das haben auch die protestierenden Studenten internalisiert. Sie unterlassen es nicht, stets zu betonen, dass sie nicht etwa nichtsnutzige Langzeitstudenten sind, sondern zumindest in Zukunft der Volkswirtschaft und -gemeinschaft ihren Dienst erweisen werden.

zvg

Deutschland ohne Zukunft: Ein Argument zur Abschaffung der Bildung

Der schiefe Blick nach PISA

Den Unterschied haben anständige Bürger längst begriffen. 85 Prozent der Berliner halten den Studentenstreik für berechtigt. 80 Prozent der Deutschen sind der Meinung, dass man «härter gegen Aussenseiter und Unruhestifter» vorgehen solle. Die protestierenden Studenten sind weder Aussenseiter noch Unruhestifter, sondern vor allem Deutsche. «Bildung nur für Reiche, armes Deutschland» und «Ohne Bildung hat Deutschland keine Zukunft» konnte man auf Transparenten lesen. Nach dem PISA-Schock zeigen solche Parolen Wirkung bei national gekränkten Deutschen, die das Schreckgespenst eines verdummten Volks von Dichtern und Denkern vor Augen haben.

Wenn sich soziale Proteste in konformistischen Revolten niederschlagen, sind auch die Demagogen von Attac zur Stelle und attackieren noch die letzten Schranken der Vernunft, in dem sie dem nationalen Zusammengehörigkeitsgefühl die stereotypen Feindbilder liefern. Man müsse sich gegen «eine Amerikanisierung der Bildungspolitik» zur Wehr setzen. Das Geld für die Bildung sei bei den Banken zu holen. Eine Umverteilung müsse stattfinden – als sei das Problem der kapitalistischen Produktionsweise das eines bösen Weihnachtsmannes, der die Geschenke unter den Kindern ungerecht verteilt.

Natürlich partizipieren auch Linke, die sich vom Standortnationa-

lismus abzugrenzen versuchen, an den Studentenprotesten. Ihre Kritik greift aber meistens zu kurz. Sie murren erst, wenn allzu deutlich von «unserem Land» oder «unserer Volkswirtschaft» die Rede ist. Der Standortnationalismus ist aber nicht eine Beigabe, die von reaktionären Gruppierungen wie Attac oder der CDU-Jugend (letztere versuchte, den Studentenprotest in Berlin zu unterwandern) in die Bewegung hineingetragen wurde, sondern ist logische Folge einer studentischen Argumentationsweise, die sich schon längst auch Linke zu eigen machten. Ihr Kern kommt in den beiden zentralen Forderungen nach «Chancengleichheit» und nach «Freiheit von Forschung und Lehre» zum Ausdruck.

Die Forderungen werden jeweils als letzte Argumente angeführt, die keiner weiteren Begründung bedürfen. Dabei bezieht man sich aber nicht auf einen moralischen Imperativ, sondern verweist auf Autorität, die gleich wie im infantilen Stadium äusserlich bleibt. An die Stelle des Vaters tritt der Staat, dem man zuschreibt, das Gemeinwohl zu vertreten. Daraus resultiert die Unfähigkeit, Interessen als eigene Bedürfnisse zu artikulieren. Diese werden zuerst derart deformiert, dass sie als Staatsinteressen auftreten können. Was dabei herauskommt, sind Floskeln wie «Chancengleichheit» und «Freiheit von Forschung und Lehre», die der Forderung nach Bildung, die der freien Entfaltung des Menschen dient, geradezu entgegengesetzt sind.

Chancengleichheit oder Bildung für alle?

Chancengleichheit formuliert ein Interesse des Staates als «ideellem Gesamtkapitalisten» (Agnoli). Das Bildungssystem soll nämlich gewährleisten, dass wirklich die Besten zur Elite aufsteigen. Ob dies nun Arbeiter- oder Direktorenkinder sind, ist grundsätzlich egal. Durch ihre verinnerlichte Arbeits- und Leistungsideologie als strebsame Aufsteiger avancieren erstere fast noch zu den effizienteren potentiellen Ausbeutern, weshalb sie auf Chefposten gar nicht ungern gesehen werden. Ein Wesenszug des Kapitalismus besteht gerade darin, dass das dynastische Prinzip zu Gunsten eines Leistungsprinzips aufgehoben ist. Wer sich auf Chancengleichheit beruft, hat dieses Leistungsprinzip verinnerlicht. Alle sollen bei der freien Konkurrenz die gleichen Chancen haben. Geradezu absurd ist es, wenn die Forderung nach Chancengleichheit mit der Parole «Bildung für alle» verbunden wird. Wenn Letztere mit Bildung eine minimale Grundausbildung meint, dann wäre sie inhaltsleer, da dies zumindest in Europa und den USA ja längst verwirklicht ist. Wenn die Parole aber ausdrücken soll, dass alle Menschen Zugang zu höherer Bildung beanspruchen dürfen, dann steht sie im Widerspruch zur Einforderung der Chancengleichheit. Wer auf Chancengleichheit pocht, erklärt sich damit einverstanden, dass die Hochschulbildung nur einer Minderheit vorbehalten bleibt; nur sollen im Ansturm auf die begehrten Plätze die gleichen Chancen für alle gelten. Die Mehrheit, die früh vom Bildungssystem ausgeworfen wird, wird möglichst rasch in den Produktionsprozess integriert oder wartet als industrielle Reservearmee auf Einsatz. Ihre Reproduktionskosten sollen sich dabei auf ein Minimum beschränken, damit Staat und Kapital ihre Arbeitskraft auch wohlfeil kaufen können. Dass aber durch die Selektion nicht zu viele wertvolle Wissenschafter verloren gehen, dafür sorgt die Chancengleichheit.

Es bleibt noch der Hinweis, dass Chancengleichheit nicht nur Interesse des Staates, sondern auch dessen ideologisches Schlagwort ist. Chancengleichheit wird natürlich real nie verwirklicht. Ein Arbeitermädchen, das in einer engen Mietswohnung täglich Haushaltsarbeiten verrichten muss, wächst mit vollkommen anderen Lernvoraussetzungen auf als ein Arztsohn, der in seiner Freizeit in der Privatbibliothek seines Vaters schnuppern darf. Wenn man Chancengleichheit erst bei Einführung oder Erhöhung von Studiengebühren gefährdet sieht, ist dies geradezu lächerlich. Doch dies sei nur nebenbei erwähnt. Die Forderung nach Chancengleichheit bleibt ein Schlagwort für Staatstreue, auch wenn sie von kritischen Sozialwissenschaftern erhoben wird, die mit ihren Kenntnissen über kindliche Sozialisierung auftrumpfen.

Ähnlich verhält es sich mit der vom Staat gewährten Freiheit, die Lernende und Lehrende durch Bildungsreformen bedroht sehen. Die Studierenden tun so, als wäre die Freiheit von Forschung und Lehre ihre Errungenschaft, die es zu verteidigen gelte. Sie steht aber keineswegs im Dienst der Studierenden, die ihren Wissensdurst befriedigen und sich gedanklich austoben dürfen. Vielmehr ist sie ein Instrument von Staat und Kapital, möglichst viel Wissen anzueignen, das ihre Macht sichert. Diese Machtsicherung wird auf zwei Arten erreicht. Erstens soll mit der gewährten Freiheit garantiert werden, dass möglichst viel Wissen produziert wird. Es ist egal, ob dabei auch viel Unsinn oder Unverwertbares entsteht – Hauptsache, der Topf, aus welchem Staat und private Unternehmen ihre Macht schöpfen, ist möglichst gross. Zweitens weist eine staatlich verordnete Freiheit immer auch auf Unfreiheit hin, sonst müsste sie nicht so scheinbar grosszügig gewährt werden. Die Unfreiheit herrscht vor, wo die menschlichen Beziehungen untereinander geregelt werden, das heisst in Wirtschaft und Politik. Im Dienst dieser Unfreiheit steht die Freiheit. Dem angehäuften Wissen kommt nur instrumentelle Bedeutung zu. Der Vernunft sollen innerhalb der Grenzen des Campus keine Grenzen gesetzt sein. Sie darf den Campus aber nicht verlassen, um etwa auch die Gesellschaft vernünftig einzurichten. Es ist Aufgabe des Staates, die Vernunft zu verwalten und so zu verhindern, dass ihr zum Durchbruch verholfen wird. Der kritische Gedanke, der in letzter Konsequenz immer zur Praxis drängt, wird somit erstickt. Mit dem von Max Weber aufgestellten Postulat nach «Wertfreiheit der Wissenschaft» wird ihr instrumenteller Charakter für Staat und Kapital besiegelt.

Bildung vom Staat – oder von Coca-Cola?

Völlig zu unrecht befürchten Studierende, dass durch die Tendenz zur Privatfinanzierung von Bildungseinrichtungen die Freiheit von Lehre und Forschung abgeschafft würde. Diese bietet für die Aufrechterhaltung der Staatsmacht und Profitmaximierung der Unternehmen die beste Vo-

raussetzung, auf die sicherlich nicht freiwillig verzichtet wird. Der Hauptbereich des Bildungswesen bleibt in staatlicher Hand. Nur in anwendungsorientierten Teilbereichen wird sich private Finanzierung durchsetzen. Zudem macht es keinen prinzipiellen Unterschied, ob das Unternehmen Staat oder das Unternehmen Coca-Cola der Sponsor für die «wertfreie» Wissenschaft ist. Es mag sein, dass Letzteres wegen seines im Vergleich zum Staat eingeschränkten Warensortiments zu mehr Eingriffen neigt. Eine grundsätzliche Differenz ist aber nicht auszumachen. Bildung ist durch ihren Warencharakter geprägt, egal ob sie unter privater oder öffentlicher Obhut steht.

Wenn die Attacis und ihr Freundeskreis von Sozialstaatsromantikern und Nationaltrotzkisten in die Welt posaunen, «Bildung ist keine Ware», so sitzen sie eben nicht nur einem Irrtum auf. Im Irrtum verbirgt sich Ideologie. Sie wollen im Staat keinen Warenproduzenten und repressiven Wächter über Warenbeziehungen sehen, sondern einen uneigennützigen Hüter des Gemeinwohls, der die Bürger vor den materialistischen Werten der Globalisierung schützt. Genau in dieser gesinnungsethischen Verklärung des Staates liegt der Realitätsverlust und Wahn begründet, der als Kehrseite den Hass auf die USA als internationalen Garanten des Warentauschs zur Folge hat.

Standortnationalismus allenthalben

Optimisten könnten hoffen, dass durch die staatlich gewährte Narrenfreiheit an den Universitäten, so etwas wie ein Freiraum entstehen könnte, in welchem auch Kritik entwickelt würde, mit der gleichsam der kapitalistischen Warengesellschaft ein trojanisches Pferd in ihre Mitte gesetzt würde. Dass ein solcher Freiraum nicht mit staatstragenden Argumenten, sondern mit dem Bedürfnis nach kritischer Wissenschaft begründet werden müsste, sei nur nebenbei angemerkt. Damit die Optimisten aber sicherlich nicht recht behalten, dafür sorgen die Studierenden schon selbst. Der Verband der Schweizer Studierendenschaften (VSS) verfasst gerne Broschürchen mit gewichtigen Titeln wie «Perspektiven 2007», in welchen er «im Namen der Schweizer Studierenden deren Visionen einer idealen Hochschullandschaft» präsentiert. Für Nischen kritischer Theorie hat es in dieser Hochschullandschaft sicherlich keinen Platz. Dafür sorgt «eine griffige Evaluation mit einem ausgereiften Massnahmekatalog». Die Studierenden seien auf «eine praxisorientierte Ausbildung angewiesen», deshalb sei auch eine «intensive Zusammenarbeit» mit Wirtschaft bzw. Industrie zu begrüssen. Damit die griffigen Evaluationen auch richtig greifen können, sollen alle Lehrenden nur noch befristet angestellt werden; denn «die Studierenden fordern, dass vermehrt auf neue Arbeitsmarktstrukturen eingegangen wird.»

... und der Staat ein Garant des Gemeinwohls

Die Broschüre, die immerhin die Positionen der Dachorganisation der Schweizer Studierenden wiedergeben soll, ist auch ein Beispiel dafür, wie schnell man von Forderungen nach Chancengleichheit, Demokratisierung und Freiheit von Lehre und Forschung bei krudem Standortnationalismus landet. Nachdem die Autoren sich für «Jugendliche aus nicht perfekten sozio-ökonomischen Verhältnissen» stark gemacht und die Chancengleichheit mit sozio-ökonomisch perfekten Argumenten eingefordert haben, geben sie sich heimatlichen Gefühlen hin. Hochschulen sollten «als nationale ‹Think Tanks› in ihrer Struktur auch die traditionsreiche, aufgeklärte und demokratische Kultur unseres Landes widerspiegeln.» Der VSS sei zudem besorgt um die Schweizer Demokratie; denn «die hauptsächliche Ressource, welche der Schweiz ...) zur Verfügung steht», sei eine gute Bildung und die werde bedroht. In einer Mischung aus Grössenwahn und grenzenlosem Konformismus will er Staat und Wirtschaft belehren: Die ökonomische Theorie zeige, «dass eine quantitativ ausreichende und qualitativ hochstehende Hochschulbildung der Humankapital-Akkumulation förderlich ist und somit den Wohlstand eines Landes erhöht.» «Eine Kosten-Nutzen-Rechnung» offenbare, «dass es sich lohnt, in die Hochschulbildung zu investieren», deshalb müssten die Hochschulen ausschliesslich öffentlich finanziert werden.

Kürzlich führte der Wirtschaftsverband «economiesuisse» eine Kosten-Nutzen-Rechnung durch. Die Experten in Sachen Kapitalakkumulation kamen zu einem anderen Ergebnis als die Hobby-Ökonomen vom VSS. Sie fordern eine Erhöhung der Semestergebühren auf 5000 Franken jährlich. Studentischer Protest wäre angebracht. Doch solange die Studierenden sich auf staatstreue Argumente verlassen und die Wirtschaft mit Volkswirtschaftsrechnungen beeindrucken wollen, kann man nur hoffen, dass Protest ausbleibt. ■

Mütter des Djihad

Für die Hamas ist klar, welche Rolle der Frau im palästinensischen Befreiungskampf zukommt: Sie hat Märtyrer zu produzieren, am besten gleich massenweise. Homosexuelle gibt es laut der Palästinensischen Autonomiebehörde gar nicht. Der Begeisterung vieler Linken zum Trotz: Auch was die Geschlechterfrage angeht, ist vom palästinensischen Nationalismus nichts Befreiendes zu erwarten.

von Nicole Burgermeister

Die Zionisten sind nicht nur schuld an allem sonstigen Übel auf der Welt: Sie sind auch – so ist es in der Charta der Hamas nachzulesen – diejenigen, die dahinterstecken, wenn muslimische Frauen, beeinflusst von zionistischer Propaganda, feministische Ideen vertreten und sich nicht ihrer natürlichen Bestimmung entsprechend verhalten. Wie diese Bestimmung aussieht, erfährt man in den Artikeln 17 und 18 der Charta: «Die muslimischen Frauen haben keine geringere Rolle im Befreiungskampf als die muslimischen Männer; sie produzieren Menschen und spielen eine grosse Rolle hinsichtlich der Führung und Erziehung der (neuen) Generation. Die Feinde haben diese Rolle der Frauen verstanden, sie haben begriffen, dass sie, sollten sie es schaffen, die muslimischen Frauen auf eine Weise zu führen und zu erziehen, die sie vom Islam distanziert, den Krieg gewonnen haben.»[1] Umso wichtiger sei es, den Schulen und den Lehrplänen, nach denen muslimische Mädchen erzogen werden, gebührend Aufmerksamkeit zu schenken, damit aus ihnen «rechtschaffene Mütter» würden, die ihren Haushalt sparsam und sauber führen und sich ihrer Pflicht im Befreiungskampf bewusst seien. «Die Frau im Haus und der Familie des Djihad-Kämpfers, ob sie nun Mutter oder Schwester ist, hat die wichtige Rolle, für das Heim zu sorgen und die Kinder nach den vom Islam abgeleiteten moralischen Konzepten und Werten aufzuziehen; ihre Söhne zur Befolgung der religiösen Weisungen in Vorbereitung für die sie erwartende Pflicht des Djihad zu erziehen.»[2]

Es ist keineswegs Zufall, dass die Geschlechterfrage für nationalistisch-islamistische Bewegungen wie die Hamas einen zentralen Stellenwert einnimmt, dass es gerade die Generationen von modernen, emanzipierten muslimischen oder nicht-muslimischen Frauen sind, die von solchen Gruppierungen als Affront gegenüber nationalen, kulturellen und religiösen Normen wahrgenommen und bekämpft werden. Man würde es sich zu einfach machen, würde man solche Bestrebungen mit dem Hinweis darauf, dass es sich dabei um Positionen von vereinzelten extremen Gruppen handle, nicht ernst nehmen. Immerhin ist die Hamas mit ihrer nicht zu unterschätzenden Unterstützung in der Bevölkerung ein starker Faktor in der palästinensischen Politik. Reaktionäre Geschlechterpolitiken sind zudem keineswegs bloss Merkmale islamistischer Bewegungen: Während bislang die Kategorie Geschlecht in Diskussionen rund um Nationen und Nationalismen meist ausgeblendet wurde, versuchen feministische Sozial- und Literaturwissenschaftlerinnen seit Anfang der 90er Jahre, das Zusammenwirken von Nation, Nationalismus und Geschlecht in den Blickpunkt zu rücken. Dies zu Recht, denn nicht nur spielen Geschlechterverhältnisse und Sexualität eine Schlüsselrolle beim Aufbau von Nationen und der Konstruktion von nationalen Identitäten, Nationalismen entwickeln auch je spezifische Diskurse und Politiken über Männer und Frauen. Nationen basieren auf klassenspezifischen und patriarchalen Hierarchien und Normen, die über den Nationalstaat wiederum kontrolliert, institutionalisiert und legitimiert werden, wobei die Kontrolle über den Zugang zu den Errungenschaften der Gesellschaft, der Reproduktion, Sexualität, etc. dabei in der Regel den Männern der Elite zukommt.[3]

Das Kollektiv reproduzieren

Wie aus der Charta der Hamas deutlich hervorgeht, werden Frauen und Männern im nationalen, bzw. nationalistischen Kontext je spezifische Bedeutungen zugeschrieben: Während die Männer kämpfen, sorgen die Frauen für den Nachschub an kämpfenden Männern, also: Soldaten, Märtyrern, nationalen Helden. Die Frau wird als diejenige definiert, welche die Nation biologisch, ideologisch und kulturell reproduziert; häufig wird ihr zudem die Aufgabe der symbolischen Repräsentation über ihren Körper, ihre Kleidung oder gewisse Tugenden übertragen. Mythen, die auf traditionellen Geschlechterrollen basieren, haben dabei Vorbildcharakter: Die männlichen Helden ziehen in den grossen Kampf, während die Mütter ihre Söhne und Ehemänner der Nation opfern und die Wunden der Krieger pflegen, die treuen Ehefrauen zu Hause den Herd warm halten und die nächste Generation an Helden zur Welt bringen.[4]

Inzwischen gibt es einige Untersuchungen dazu, wie Nationen und Nationalismen sowohl auf politischer, sozialer als auch symbolischer Ebene «gendered» sind, auch im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt. Dabei werden jedoch zumeist die Geschlechterkonzeptionen auf der israelischen Seite analysiert und kritisiert. Wissenschaftlerinnen wie Tamar Mayer, Simona Sharoni oder Uta Klein haben die Bedeutung von stereotypen Geschlechterrollen im israelischen Nationalismus, insbesondere im Zusammenhang mit der Militarisierung der israelischen Gesellschaft, analysiert. Knapp zusammengefasst lässt sich sagen, dass die zionistische Gleichheitsideologie dabei im Widerspruch zu einer pro-natalistischen Familienpolitik steht, die Frauen in erster Linie als Mütter definiert und sie über ihre Mutterschaft ins nationale Kollektiv einbindet, während Männer hauptsächlich in ihrer Rolle als heldenhafte Soldaten integriert werden. Trotz der Präsenz von Frauen in der Armee gilt Mutterschaft als erste nationale Pflicht für jüdische Frauen, einerseits, um das demographische Wettrennen mit der palästinensischen Bevölkerung zu gewinnen, andererseits, um ausreichend Söhne als Soldaten in den Krieg schicken zu können. «The best men to the airforce, the best women to the airman» lautet eine

populäre Redensart in Israel. Ben-Gurion verglich Frauen, die nicht mindestens vier gesunde Kinder zur Welt bringen, mit Soldaten, welche den militärischen Dienst verweigern: «Increasing the Jewish birthrate is a vital need for the existence of Israel, and a Jewish woman who does not bring at least four children into the world ... is defrauding the Jewish mission.»[5] Bis heute ist die Geburtenrate ein viel diskutiertes Thema in der israelischen Öffentlichkeit. Pläne dafür, wie man schwangere Frauen davon überzeugen könnte, nicht abzutreiben, wurden von offizieller Seite her beispielsweise noch 1998 präsentiert. Damit steht Israel aber nicht allein. Dass die israelische Gesellschaft wie alle Gesellschaften von patriarchalen Strukturen und damit verknüpften hegemonialen Weiblichkeits- und Männlichkeitskonzepten geprägt ist, dass Männer und Frauen, die sich diesen Geschlechterkonzepten nicht unterwerfen, Diskriminierungen ausgesetzt sind, daran besteht kein Zweifel. Nichtsdestotrotz finden in Tel Aviv jedes Jahr Christopher Street Day-Paraden mit Zehntausenden von TeilnehmerInnen statt, während Homosexualität durch die Palästinensische Autonomiebehörde als «Verbrechen gegen den Islam» verfolgt wird, bzw. es «keine Homosexuellen gibt, die in den Autonomiegebieten leben», wie Freikh Abu Meday, ehemaliger Justizminister der Autonomiebehörde, behauptet.[6]

Frauen – Behälter der palästinensischen Identität

Diskussionen zur Frage nach den Geschlechterverhältnissen in Palästina beschränken sich meist auf die konkrete Situation von Frauen unter der Besatzung, ihre Überlebensstrategien oder ihr Engagement in Friedensbewegungen. Die Besatzung wird dabei als Hauptursache für die schwierige Situation der Palästinenserinnen herausgestrichen. Ausgeblendet werden häufig nicht nur die patriarchalen Strukturen der palästinensischen Gesellschaft, verkannt wird auch, dass der palästinensische Nationalismus und die von nationalistischen Bewegungen propagierte reaktionäre Geschlechterpolitik eng miteinander verknüpft sind und isoliert voneinander gar nicht verstanden werden können. Am Beispiel der Hamas ist klar erkennbar, welch wichtige Funktion der Repression und Kontrolle von Frauen und ihrer Sexualität zukommt. Palästinensische Frauen, so die Sozialwissenschaftlerin Nahda Younis Shehada, würden als «Behälter der palästinensischen Identität» wahrgenommen.[7] Wenn Aufrechterhaltung von Tradition und die Rückbesinnung auf kulturelle Werte gefordert werden, geht es aber nicht bloss, wie viele Solidaritätsbewegte glauben, um den Erhalt von Werten wie Familie, Gemeinschaft und romantischem Dorfleben, sondern immer auch um politische Kontrolle und Interessen. Was als kulturelle Tradition dargestellt wird, wie beispielsweise spezifische gesellschaftliche Normen und Regeln betreffend Sexualität, Heirat und Verwandtschaftsbeziehungen, dient immer auch der Reproduktion ethnischer oder nationaler Grenzziehung und der Aufrechterhaltung von Herrschaftsverhältnissen. Arrangierte Ehen und die Verheiratung von Mädchen bereits im frühen Alter, wie sie in der palästinensischen Gesellschaft immer noch die Norm sind, müssen vor diesem Hintergrund verstanden werden. Ebenso wie Homosexuelle werden Frauen, die sich von traditionellen Rollen abkehren, Partnerschaften mit Nicht-Angehörigen der jeweiligen Gemeinschaft eingehen, etc. bekämpft und als Verräterinnen gebrandmarkt. Frauen, welche die althergebrachten Normen durchbrechen und ihre Sexualität nicht in den Dienst der Kollektivs stellen, werden als Gefahr für die soziale Ordnung wahrgenommen. Von Islamisten werde jeglicher Versuch, die Situation von palästinensischen Frauen zu verbessern, als westliche Verschwörung gegen den Islam wahrgenommen, so Shehada.[8]

Parolen wie «Israelis beat us at the border but we beat them in bedroom»[9] stehen dabei exemplarisch für die Bedeutung, welche Sexualität, Sexismus und damit verbundenen Männlichkeits- und Weiblichkeitskonzepten in diesem Konflikt zukommen. Zentral ist dabei auch das, was die Frauen auf einer symbolischen Ebene verkörpern, als Symbol für Reinheit und Tugend des Kollektivs, der Fruchtbarkeit, als Repräsentantinnen von kulturellen Traditionen, als zu beschützende Jungfrauen und als dem Land Söhne schenkende Mütter. Die Gleichsetzung von Land und Frauen ist im nationalistischen Kontext häufig anzutreffen. So wird Gaza beispielsweise in einem Gedicht von Nabil Hawajri als «Braut des Landes», Haifa als «die ewige Dame», die Frau als «Symbol der fruchtbaren Erde» besungen oder Palästina als Mutter dargestellt.[10]

Frauenfeindliche Politik

Dabei ist die Rolle, welche den Frauen auf politischer und symbolischer Ebene zukommt, immer ambivalent: Sie sind verletzlich im Bezug auf das, was von aussen kommt; Angriffe auf oder die Beeinflussung von Frauen, die sich in der ihnen zugeschriebenen passiven, empfangenden Rolle nicht

«Behälter der Identität»

wehren können, haben eine signifikante Bedeutung auf einer kollektiven Ebene, sind ein feindlicher Akt gegenüber dem Kollektiv der Männer einer Nation. Wiederum ist es kein Zufall, dass es, den Hamas zufolge, die Frauen sind, welche von den Zionisten und den westlichen Einflüssen verdorben werden, die so leicht beeinflussbar und somit das Ziel jener sind, welche die «Gesellschaft zerstören, Werte vernichten, Tugenden ins Schwanken bringen und den Islam auslöschen wollen». Dass Frauen aktiv entscheiden könnten, sich den traditionellen Rollen zu entziehen und für eine emanzipierte Gesellschaft zu kämpfen, wird offensichtlich gar nicht in Betracht gezogen.

Die «Anderen» werden dabei imaginiert als die, welche in den nationalen Raum eindringen, «unse-

re» Frauen entführen, damit «unsere Identität» stehlen und «unsere Kultur» zersetzen.[11] Was Julie Mostov für die ethnonationalistischen Bewegungen auf dem Balkan beschrieben hat, trifft für den palästinensischen Nationalismus nicht weniger zu. So beschreibt die Palestinian National Charta beispielsweise die «zionistische Invasion von Palästina» als eine Vergewaltigung des Landes; die Zionisten werden als männliche Feinde «gewaltbereiter sexueller Natur» dargestellt.[12]

Mit Blut, Schweiss und Tränen ins Paradies

In diesem Kontext müssen auch die Bestrebungen der Hamas zur verstärkten Durchsetzung von religiöser Symbolik in den Strassen verstanden werden. Während der ersten Intifada forderte die Hamas die Bevölkerung zum Kampf gegen alle Manifestationen «unislamischen Verhaltens» auf, insbesondere im Gazastreifen, wo die Frauen gezwungen wurden, sich zur Demonstration ihrer «Sittsamkeit und nationalen Rechtschaffenheit» zu verhüllen. Dutzende von Frauen wurden als «Kollaborateure» zusammengeschlagen oder sogar ermordet, weil ihr Verhalten nicht den von Hamas auferlegten Normen entsprach.[13] Auch die Schikanierung von Schwulen ist laut Agudah, dem israelischen Lesben- und Schwulenverband, weit verbreitet. Ernsthafte Bemühungen beispielsweise von Seiten der PLO, solche Entwicklungen zu bekämpfen und zu verhindern, sind bis heute ausgeblieben. Die vereinte Führung der ersten Intifada, so kritisiert Shehada, in der alle säkularen und demokratischen Kräfte vereint waren, hätte die sozialkonservative Agenda der Hamas akzeptiert, auf nationale Einheit gepocht und deren frauenfeindliche Politik stillschweigend unterstützt.[14]

Alles andere als romantisch

Der Märtyrer gibt uns Steine von seinem Blut
Von seinem Blut wird die Rose rot
Seine Mutter ruft nach ihm voller Freude
Er hat sein Blut für die Nation gegeben.[15]

Gedichte und Lieder mit solchen Inhalten sind sehr populär in Palästina. Entwickelt wird in solcher Literatur meist eine organische Vision der Gesellschaft, die natürliche Verbindung des palästinensischen Volkes mit dem als Mutter und Ahnin identifizierten Land wird betont. Die Nation wird sexualisiert und feminisiert, das Land wird als weiblicher Körper dargestellt, der die Männer lockt, der als rein, jungfräulich und mit Blumen geschmückt verehrt wird, aber auch geschändet, vergewaltigt werden kann und deshalb beschützt werden muss. «Vielleicht sterbe ich als Märtyrer in Deinem Schoss», wünscht sich ein Sohn Palästinas in einem Gedicht von Nabil Hawajri.[16] In einem Lied schreit ein palästinensisches Mädchen den israelischen Invasoren zu: «The land of my country is both my wedding and my veil. »[17] Zwar bejubeln die Dichter die Teilnahme der Frauen und Mädchen an der Intifada, zelebriert werden dabei aber vor allem traditionelle Geschlechterstereotype. Der eigentliche Held solcher Poesie ist der Mann, der von seiner Heimat, seiner Mutter Palästina gerufen wird, um sie zu verteidigen, um ehrenvoll für sie zu sterben. Derjenige ist ein richtiger Mann, der sein Leben dem Kampf verschreibt. Für Knaben wird das Steinewerfen zu einem Test ihrer Männlichkeit[18], wer möglichst viele Jüdinnen und Juden umbringt, ist ein Held. Die arabisch-sprachigen Internetseiten von Organisationen wie Hamas oder Fatah sind voll mit Photos von Männern, die mittels militärischer Machoposen zum Djihad aufrufen.

Aber auch der Mufti von Jerusalem, Sheik Ikrima Sabri, weiss um die Bedeutung der Frauen für den Djijad. Auf die Frage eines Journalisten der ägyptischen Wochenzeitung Al-Ahram Al-Arabi, warum die Mütter der Selbstmordattentäter vor Freude weinen würden, wenn sie vom Tod ihrer Söhne erfahren, antwortete dieser: «Sie opfern ihre Nachkommen absichtlich dem Ziel der Freiheit (...) Die Mutter hat Anteil an der grossen Belohnung des Heiligen Krieges zur Befreiung der Al-Aksa-Moschee (...) Ich sprach mit einem jungen Mann, der mir sagte, er wolle die schwarzäugigen Frauen im Himmel heiraten – am Tage darauf wurde er zum Märtyrer. Ich bin sicher, dass seine Mutter vor Freude über seine himmlische Hochzeit erfüllt war. Solch ein Sohn muss solch eine Mutter haben!»[19]

Wie häufig in Konflikten werden die Bilder der klagenden Mütter und Ehefrauen, die trauernden Töchter und Schwestern als Symbol für die nationale Tragödie und Anlass für Rache auch von palästinensischen Fernsehstationen in die ganze Welt ausgestrahlt. In Abschiedsfilmen junger Massenmörder sieht man immer öfters auch deren Mütter, die mit Stolz die Opferung ihres Sohnes preisen, haben sie doch die in der Hamas-Charta festgehaltene weibliche Pflicht, Märtyrer und Helden für Palästina zu produzieren, erfüllt.

Jene, die hierzulande so euphorisch mit dem palästinensischen Nationalismus sympathisieren, interessieren die damit verknüpften geschlechtsspezifischen Widersprüche offensichtlich genauso wenig wie der Antisemitis-

mus. Lieber projeziert man seine revolutionsromantischen Wünsche in das «kämpfende Volk» und imaginiert Bilder von idyllischen und ursprünglichen Gemeinschaften, von tapferen Kriegern und gütigen Müttern, die einen warm empfangen. «Er sieht aus wie ein Wüstensohn aus fernen Ländern», schwärmt beispielsweise Margrit Sprecher in der Weltwoche beim Anblick ihres palästinensischen Gastgebers und staunt: «Immer weitere Töchter und Schwiegertöchter kommen aus der Küche, tischen immer neue Speisen auf.»[20] Mit einer Heroisierung des palästinensischen Widerstands wird man der alles andere als romantischen Alltagsrealität der in Palästina lebenden Menschen, gerade der Frauen und Mädchen, keinesfalls gerecht. Ob der palästinensische Befreiungskampf für sie tatsächlich zu einer Befreiung führt, ist angesichts der von den führenden islamistisch-nationalistischen Kräften propagierten Geschlechterpolitik und -ideologie ernsthaft zu bezweifeln. ■

1) Charta der Hamas, zu finden beispielsweise unter: http://www.fas.org/irp/world/para/docs/880818.htm

2) Ebd.

3) Vgl. Mayer, Tamar: Gender Ironies of Nationalism. In: Mayer, Tamar (Hrsg.): Gender Ironies of Nationalism. Sexing the Nation. Routledge, London und New York 2000.

4) Mostov, Julie: Sexing the Nation/Desexing the Body. Politics of National Identity in the former Yugoslawia. In: Mayer, Tamar, ebd. S. 95.

5) Klein, Uta: The Gendering of National Discourses and the Israeli-Palestinian Conflict. In: European Journal of Women's Studies. Volume 4, 1997. S. 345.

6) Informationen zur Situation von Homosexuellen im Nahen Osten sind erhältlich bei der israelischen Schwulen- und Lesbenorganisation «Agudah»: www.agudah.israel-live.de

7) Shehada, Nahda Younis: A significant step towards linking women's issues with National Concerns. http://www.whrnet.org/fundamentalisms/docs/doc-wsfmeeting-2002.html

8) Shehada, Nahda Younis: The Rise of Fundamentalism and the Role of the «State» in the specific political Context of Palestine. http://www.whrnet.org/fundamentalisms/docs/doc-wsfmeeting-2002.html

9) Abdo, Nahla: Nationalism and Feminism: Palestinian women and the Intifada – No going back? In: Moghadam, Valentine M. (Hrsg.): Gender and National Identity. London, New Jersey and Karachi 1994. S. 151.

10) Hawajri, Nabil: Traum vom Leben. Gedichte zur Intifada. Fischer, Frankfurt am Main 1990.

11) Mostov, Julie, ebd. S. 92.

12) Klein, Uta, ebd. S. 342.

13) Vgl. Shehada, ebd., sowie Abdo, Nahla, ebd. S. 165.

14) Shehada ebd.

15) Hudson, Leila: Coming of Age in occupied Palestine: Engendering the Intifada. In: Göcek, Fatma Müge und Balaghi, Shiva (Hrsg.): Reconstructing Gender in the Middle East. Columbia, New York 1994.

16) Hawajri, Nabil, ebd.

17) Hudson, Leila, ebd. S. 128.

18) Ebd.

19) www.israel-nachrichten.de/israel-nachrichten/2000/news-3a.htm

20) Weltwoche vom 9. Januar 2002.

Impressum

RISSE Magazin
Postfach 3119
CH-8021 Zürich

risse@risse.info · www.risse.info

Redaktion
Erica Burgauer (eb@risse.info)
Pascal Germann (pg@risse.info)
Alexander Hasgall (ah@risse.info)
Nicole Peter (np@risse.info)
Alex Riva (ar@risse.info)
Thomas Schwendener (ts@risse.info)
Simone Wassmer (sw@risse.info)

Fester Mitarbeit
Nicole Burgermeister

Inserate
Nicole Peter, Alexander Hasgall (inserate@risse.info)

Layout
Thomas Schwendener, Alexander Hasgall, Simone Wassmer

Druck
Teutsch Druck, Bregenz

Titelfoto
http://www.anti-svp.ch.vu
Fotomontage: Risse

Abo-Preise
Jahresabo: 4 Ausgaben
36.– Fr. / 26.– Euro
inkl. Versandkosten

Postkonto
CHF: 87-79417-6
EUR: 91-81841-7

Beiträge sind erwünscht und können per Post oder E-mail an uns geschickt werden. RISSE haftet nicht für unverlangt eingesandte Manuskripte.

Buchhandlung am Helvetiaplatz

Stauffacherstrasse 60
8026 Zürich 4
Telefon 01 241 42 32
Telefax 01 291 07 25
helvetiabuch@smile.ch

Politik und Literatur

Von > Agamben

bis > Zwetajewa

Lesungen, Buchvernissagen und Gespräche in der Katakombe

Antisemitischer Terror am Bosporus

Die Anschläge auf die Neve Shalom Synagoge und die Bet Israel Synagoge in Istanbul beweisen einmal mehr die Globalisierung des antisemitischen Terrors.

Von Thomas Schmidinger

Bei den Anschlägen gegen die beiden Synagogen in Istanbul am 15. November 2003 und den zwei Anschlägen gegen das Britische Konsulat und die HSBC-Bank in Istanbul am 29. No-vember kamen nach offiziellen Angaben insgesamt 61 Menschen ums Leben und über 700 wurden verletzt. Der Terror richtet sich einerseits gegen Jüdinnen und Juden, andererseits gegen eine kosmopolitische Weltstadt, die mit ihrer Vielfalt und Weltoffenheit keinen Platz im Weltbild islamistischer Fanatiker hat.

Lange Tradition jüdischer Gemeinden in der Türkei

Die Türkei stellt gemeinsam mit dem Iran einen dem letzten islamischen Staaten dar, in der noch eine große jüdische Minderheit lebt. Die jüdischen Gemeinden der Türkei, die heute noch knapp 30'000 Mitglieder zählen, blicken auf eine Geschichte zurück, die bis in die Antike reicht. Bereits bei Ausgrabungen römischer Städte wurden antike Synagogen gefunden. Die kleinen jüdischen Gemeinden des Osmanischen Reiches erlebten jedoch vor allem nach der großen Vertreibung der jüdischen Bevölkerung Spaniens 1492 ihren bedeutendsten Zustrom. Unter den Sultanen Bajazid, Selim und Suleiman wurde den jüdischen Flüchtlingen nicht nur Asyl geboten, sondern auch religiöse und ökonomische Entwicklungsmöglichkeiten und Freiheiten eingeräumt. Bereits 1574 beherbergte Istanbul rund 30.000 Jüdinnen und Juden, von denen die Mehrheit Nachkommen von Vertriebenen aus Spanien und Portugal waren. Der aus Portugal vertriebene Samuel Usque schwärmte in seinem Buch «Trost für die Unterdrückungen Israels» vom «großen Türkenreich», das sich «grenzenlos wie die umspülenden Meere» vor ihm auftat: «Offen stehen vor dir, du Sohn meines Volkes, die Tore der Freiheit: Ohne Scheu darfst du dich zu deinem Glauben bekennen, du kannst ein neues Leben beginnen, das Joch der dir von den Völkern aufgezwungenen verkehrten Lehren und Bräuche abschütteln und zu der uralten Weisheit deiner Vorfahren zurückfinden.» Im gesamten Osmanischen Reich entstanden neue Gemeinden, die weiterhin die alte Sprache aus Spanien, das Ladino, pflegten, neue Synagogen errichteten und eine geistige Blüte erlebten. Das Zentrum dieser aufstrebenden jüdischen Gemeinden stellte Istanbul, die kosmopolitische Metropole am Bosporus, dar. So vielfältig wie die Stadt selbst war auch die jüdische Gemeinde Istanbuls. Waren Teile der alten griechischsprachigen jüdischen Gemeinde seit dem 16. Jahrhundert in denen der zahlenmäßig bedeutenderen sephardischen Zuwanderer aufgegangen, so zog es schließlich auch italienische und aschkenasische Jüdinnen und Juden in die Metropole des osmanischen Reiches. Seit 1831 gab es in Istanbul ein eigenes aschkenasisches Bethaus. Im September 1900 wurde der «Österreichische Tempel» eingeweiht, der noch heute die aschkenasische Gemeinde beherbergt. Neben den rabbinischen jüdischen Gemeinden existierte in Istanbul auch eine heute nur mehr gut hundert Mitglieder zählende, karäische Gemeinde mit einer eigenen Synagoge und einem eigenen Friedhof.

Auch ausserhalb Istanbuls existierten im Osmanischen Reich blühende jüdische Gemeinden. In der heutigen Türkei sind davon allerdings nur die einige Tausend Mitglieder zählende Gemeinde in Izmir und die viel kleineren Gemeinden in Ankara und Bursa geblieben. Reste jüdischer Gemeinden gibt es zudem noch in den Provinzen Hatay und Gaziantep. Von der ehemals großen Gemeinde in Edirne sind nur wenige Familien geblieben. Die große Synagoge steht leer und verfällt.

Aktives jüdisches Gemeindeleben

Auch andere jüdische Gemeinden haben in den letzten Jahrzehnten viele Mitglieder verloren. Seit einigen Jahren sind auch Jüdinnen und Juden aus Istanbul nach Israel und in die USA ausgewandert. Immer häufiger werden zudem Mischehen geschlossen. Die Kinder aus diesen Ehen sehen sich nur selten als Jüdinnen oder Juden. Die Sprache der sephardischen Jüdinnen und Juden, das Ladino, wird fast nur noch von der älteren Generation beherrscht. Verglichen mit anderen Staaten mit mehrheitlich islamischer Bevölkerung kann dieser Rückgang jedoch nicht als dramatisch betrachtet werden. Während in den meisten arabischen Staaten die jüdischen Gemeinden nur noch aus wenigen hundert, meist alten Menschen bestehen oder schon völlig zusammengebrochen sind, gibt es in der Türkei noch ein aktives Gemeindeleben mit fast vierzig Synagogen. Allein zwanzig davon befinden sich in Istanbul. Dort erscheint auch eine jüdische Zeitung, die auch eine Seite in Ladino publiziert. Insgesamt existieren in der Türkei zudem 19 jüdische Stiftungen und fünf jüdische Schulen. Die türkische Republik scheint als Schutzmacht für ihre jüdische Bevölkerung in die Fußstapfen des Osmanischen Reiches getreten zu sein. Nicht nur die Beziehungen zur eigenen jüdischen Bevölkerung scheinen ungetrübt. Die Türkei anerkannte bereits 1949 als erstes islamisches Land Israel und wurde schließlich zu dessen engstem ökonomischen Partner und militärischen Verbündeten. Auch die neue «islamische» AKP-Regierung hat dieses Bündnis nie in Frage gestellt.

Konvertiten als Zielscheibe des Antisemitismus

Allerdings stellte auch das Osmanische Reich und die spätere türkische Republik nicht nur ein Paradies für Jüdinnen und Juden dar. Zur bedeutendsten Krise im Verhältnis der osmanischen Herrscher zu ihren jüdischen Untertanen kam es im 17. Jahrhundert, als Sabbatai Zwi, ein von seinen AnhägerInnen als Messias verehrter Mann, die jüdischen Gemeinden Salonikis, Iszmirs und Istanbuls in Unruhe versetzte. Sabbatai Zwi konvertierte mit seinen Anhängern schließlich unter Druck des osmanischen Sultans zum Islam. Im Geheimen praktizierten seine Gefolgsleute jedoch weiterhin ihre jüdische Religion und ihren Glauben an den Messia-

nismus Sabbatai Zwis. Von der muslimischen Bevölkerung skeptisch als «Dönmeh» («sich wendende») bezeichnet, wurden sie im zwanzigsten Jahrhundert immer wieder zu einer der Hauptprojektionsflächen für Antisemitismus in der Türkei. Da sie äußerlich nicht von den Muslimen zu unterscheiden waren, konnten unliebsame Muslime jederzeit als Dönmeh denunziert werden. So betrachten islamistische Gruppen in der Türkei heute oft sogar Mustafa Kemal als Dönmeh, da es für sie unvorstellbar erscheint, dass ein Muslim den strikten Laizismus der Türkischen Republik durchgesetzt habe. Da niemand wirklich weiss, wer Dönmeh ist, kann es jeden treffen. Der Antisemitismus gegen (vermeintliche) Dönmeh erinnert entfernt an die Marranen-Verfolgungen nach der Zwangskonversion jener Jüdinnen und Juden, die Spanien nach der Zerstörung des letzten islamischen Reiches in Andalusien nicht verlassen wollten.

Unterstützung islamistischer Gruppen gegen die PKK

In einem Gespräch mit VertreterInnen der jüdischen Gemeinde in Istanbul im Sommer 2001 wurde mir erklärt, dass sich antisemitische Tiraden islamistischer Zeitungen heute kaum offen gegen Juden, hingegen meist gegen (vermeintliche) Dönmeh richten. Laizistische Politiker würden kurzerhand zu Dönmeh erklärt, womit deren vermeintliche Feindschaft zum Islam erklärt werde. In der jüdischen Gemeinde fühlten sich die Juden Istanbuls damals jedoch noch sicher. Dabei betonten meine GesprächspartnerInnen die guten Beziehungen zur türkischen Regierung und zur laizistischen Gesellschaft. Probleme gäbe es nur mit kleinen fanatischen islamistischen Gruppen wie der türkischen Hisbollah. Für politisch relevant wurden diese jedoch nicht gehalten. Tatsächlich können Gruppen wie die Hisbollah oder die «Frontkämpfer für einen islamischen Osten» (IBDA-C) kaum über eine Basis in der türkischen Gesellschaft verfügen. Insbesondere in der Weltstadt Istanbul finden diese extremistischen Gruppierungen kaum AnhängerInnen. Etwas anders liegen die Dinge jedoch im Osten, um die türkisch-kurdische Kleinstadt Bingöl, aus der auch die Attentäter der jüngsten Anschläge in Istanbul stammen. Hier, wo seit der Mitte der 80er Jahre der Bürgerkrieg zwischen der Kurdischen Arbeiterpartei PKK und der türkischen Armee tobte, hatte die türkische Regierung lange Zeit die Hisbollah und die IBDA-C geduldet und teilweise sogar gefördert. Beide Gruppierungen wurden gemeinsam mit konservativen kurdischen Familienclans als Konterguerilla gegen die PKK und andere, kleinere linke Guerillagruppen gefördert. In ihren kriminellen und terroristischen Methoden unterschieden sich dabei die türkische Hisbollah und die IBDA-C nicht. Die Differenz bildete lediglich das Verhältnis zur Schia. Während die IBDA-C eine strikt antischiitische, sunnitische Gruppierung darstellte, akzeptierte die ebenfalls sunnitische Hisbollah auch Unterstützung aus dem Iran. Der Hass auf Schiiten oder Aleviten, einer aus der Schia hervorgegangenen und in Anatolien weit verbreiteten heterodoxen Strömung des Islam, spielte vor allem bei der IBDA-C eine wichtige Rolle in der Ergänzung ihres Antisemitismus. Diese antischiitische Ausrichtung verbindet die «Frontkämpfer für einen islamischen Osten» mit der ebenfalls strikt antischiitischen al-Qaida, die bereits im Februar 1998 die Gründung einer «Internationalen Islamischen Front für den Djihad gegen Juden und Kreuzzügler» bekannt gab. Usama bin Laden und Ayman al-Zawahiri, die die Gründung dieser islamistischen Internationale in Afghanistan bekannt gaben, umgaben die eigentlich arabische al-Qaida so mit einem Ring djihadistischer Organisationen, deren Kern meist Afghanistankämpfer bildeten. So entstand ein Netzwerk, das von Indonesien bis in den Maghreb reichte. Die so gegründete djihadistische Internationale scheint allerdings weniger eine stramm organisierte Kaderorganisation zu sein, als ein Netzwerk lose zusammenarbeitender Gruppen. Die Vermutung oder Hoffnung der türkischen Regierung, die türkischen Islamisten wären alleine zu einer solchen Terrorserie nicht fähig gewesen und al-Qaida müsse ihre Hände im Spiel gehabt haben, mag zumindest teilweise zutreffen. Ohne die einst geförderten türkischen Gruppen hätte al-Qaida jedoch kaum über die notwendigen lokalen Stützpunkte verfügt, die zur unauffälligen Vorbereitung solcher Anschläge notwendig sind. Welche Hintergründe auch immer nach der Identifizierung der Selbstmordattentäter und der Verhaftung von Yusuf Polat, einem der mutmaßlichen Drahtzieher der Anschläge, noch an die Öffentlichkeit dringen mögen: Die laizistischen türkischen Militärs werden sich ähnliche Fragen gefallen lassen müssen, wie die USA nach dem 11. September: Warum wurden in den 80er Jahren Gruppen gefördert, die sich nun so mörderisch gegen ihre einstigen Unterstützer wenden? Und wie lässt sich die gefährliche Logik, dass der Feind des Feindes immer der Freund sein müsse, endlich durchbrechen?

Angst vor weiteren Anschlägen

Diese Logik trug dazu bei, die Bevölkerung Istanbuls in Angst und Schrecken zu versetzen und bei den jüdischen Gemeinden der Türkei eine nachhaltige Verunsicherung zu hinterlassen. So sehr sich die Juden der bekundeten Solidarität der türkischen Öffentlichkeit sicher sein konnten, so tief sitzt die Angst, eine kleine, aber gut organisierte Minderheit mörderischer Fanatiker könnte es auf weitere jüdische Einrichtungen abgesehen haben. Wer die engen verwinkelten Straßen von Galata kennt, weiss, dass nicht nur die Neve Shalom Synagoge, sondern auch die anderen dort liegenden Synagogen, darunter auch die italienische und österreichische Synagoge, letztlich nicht ausreichend vor Selbstmordattentaten geschützt werden können. Auch die Bet Israel Synagoge in Şişli liegt in einer kleinen Gasse in dicht besiedeltem Gebiet. Genauso wenig wie die Synagogen ausreichend zu bewachen sind, beschränken sich Anschläge auf dieselben. So wurden bei den Anschlägen vom 15. November auch sehr viele muslimische Nachbarn ermordet. Es bleibt zu hoffen, dass die Angehörigen der ermordeten Nachbarn das Sicherheitsrisiko nicht in der Anwesenheit einer Synagoge sehen, sondern in jenem mörderischen Antisemitismus, der sich eben auch gegen den weltoffenen Geist dieser Stadt richtet und damit auch Muslime und Christen gefährdet. ■

Thomas Schmidinger ist Politikwissenschafter, Redakteur der Zeitschrift Context XXI.

Die Iranpolitik der USA und Europas

Während die europäische Union mit Iranpolitik auf einen «konstruktiven Dialog» setzt, unterstützen die USA die Bestrebungen der demokratischen Opposition nach einem «Regime Change». Das Misstrauen der nach Freiheit und Demokratie strebenden iranischen Bevölkerung ist aus historischen Gründen auch gegenüber den USA gross.

von Sabine Kahl

Das verheerende Erdbeben in der ostiranischen Stadt Bam im letzten Dezember, bei dem Tausende von Menschen ums Leben kamen, schien den Weg zu einer Verbesserung der iranisch-amerikanischen Beziehungen zu öffnen. Amerikanische Hilfstrupps konnten nach Iran reisen und wurden von der iranischen Bevölkerung herzlich begrüßt. Bush gab bekannt, drei Monate lang einen Teil der Sanktionen gegen Iran aufzuheben. Die iranische Regierung jedoch reagierte reserviert: bessere Beziehungen seien erst dann möglich, wenn Amerika seine bisherige Iranpolitik grundsätzlich ändere. Von Iran gewünscht wird vor allem eine vollständige Aufhebung der Sanktionen. Während der religiöse Führer Khamenei weiterhin der alten Rhetorik folgt und Amerika als den «großen Satan» und ein dem Untergang geweihtes Imperium bezeichnet, treten die religiösen Reformer moderater auf. Am 22. Januar erklärte Präsident Khatami am dem Weltwirtschaftsforum in Davos zwar, daß Washington für einen von wechselseitigem Respekt geprägten Dialog noch nicht bereit sei, doch gleichzeitig äußerte er, daß man in Iran wahrgenommen habe, daß Amerika einen anderen Ton angeschlagen habe. Wenn dies kein Trick sei, sei es ein positives Zeichen.

Auch wenn Vertreter der amerikanischen Regierung für unterschiedliche Haltungen gegenüber Iran eintreten, ist man sich in einigen Punkten einig: Iran müsse seine Unterstützung terroristischer Vereinigungen, seine Ablehnung des Nahost-Friedensprozesses und seine Versuche, in den Besitz von Massenvernichtungswaffen zu gelangen, vollständig aufgeben. Ende Januar rief Bush in einer Rede vor dem Kongress die iranische Regierung außerdem zum wiederholten Male dazu auf, den Wunsch der Iraner nach Freiheit zu erfüllen. Von der iranischen Bevölkerung werden derartige Äußerungen begrüßt und viele hoffen auf die Hilfe Amerikas, um ihre Forderungen nach Freiheit und Demokratie umzusetzen, doch die Zweifel und die Ablehnung von Amerika haben auch außerhalb von Regierungskreisen tiefe geschichtliche Wurzeln.

Iranpolitik der USA seit den 50er Jahren

Grundlage hierfür ist vor allem der Putsch im August 1953 gegen die demokratische Regierung Mossadegh, bei dem der CIA in Zusammenarbeit mit dem englischen Geheimdienst MI6 den Schah unterstützte. Gegen den Willen großer Teile der Bevölkerung unterstützten die USA offen eine auf Terror fußende Diktatur. Selbst heute, nachdem sich Außenministerin Madeleine Albright zur Zeit von Präsident Clinton bei den Iranern für diesen Putsch entschuldigt hat, haben die Iraner, selbst erklärte Gegner des Mullah Regimes, dies nicht vergessen. Amerikanische Firmen profitierten damals von den neuen Erdölverträgen, der CIA organisierte den Savak des Schahs, einen der gefürchtetsten Geheimdienste der Welt, und baute die iranische Armee auf, damit sie in der Region zugunsten Amerikas Einfluss ausübe. Auch wenn Jimmy Carter den Schah drängte, seine despotische Herrschaft zu reformieren und die Menschenrechte zu achten – die dadurch entstehenden Freiheiten wurden in Iran als «Jimmykratie» berühmt –, änderte dies nichts an der Abneigung gegen Amerika. Bei der Revolution von 1979 gewannen die fundamentalistischen Geistlichen, die sich der aufgezwungenen Modernisierung des Schahs widersetzten, die Oberhand, der Schah wurde gestürzt und die Amerikaner aus dem Land gejagt. Die zwei Hauptparolen der islamischen Revolution «Freiheit» und «Unabhängigkeit» waren gleichbedeutend mit Widerstand gegen den Schah und Amerika. Das Verbrennen der amerikanischen Flagge wurde zum festen Bestandteil staatlich organisierter Massendemonstrationen.

Das Ende der Beziehungen zu Amerika führte allerdings auch zum Zusammenbruch der wichtigsten Industriezweige, die eng mit der amerikanischen Wirtschaft verbunden waren. 1980 begann der fast acht Jahre dauernde Krieg mit dem Irak, bei dem europäische Länder, aber auch Amerika, beide Seiten mit Waffen versorgten. Es folgten eine anhaltende wirtschaftliche Krise, Arbeitslosigkeit, institutionalisierte Korruption, Unterdrückung und staatliche Einmischung bis in das Privatleben. Obwohl sich lange Zeit auch große Teile der zerstrittenen iranischen Opposition – mit Ausnahme einiger Liberaler und der Schahanhänger – einem gegen die USA gerichteten Antiimperialismus verschrieben hatten, bewirkte im Laufe der Zeit der verordnete Antiamerikanismus innerhalb Irans das Gegenteil. Die Reaktion der Bevölkerungsmehrheit, insbesondere der jungen Menschen – ca. 60% der Bevölkerung sind unter 20 Jahre alt und wurden nach der Revolution geboren – bestand in einer allmählichen Hinwendung zu westlicher Kultur und insbesondere zu Amerika. Amerika geriet zur positiven Projektionsfläche eigener Wünsche und Hoffnungen; oft entspricht dieses Bild der Realität so wenig, wie das antiamerikanische Wahngebilde der herrschenden Propaganda.

Europa drängt sich vor

Entsprechend ist auch das Verhältnis Irans zu Europa geprägt. Bereits in der Schahzeit unterhielt zwar auch Deutschland enge politische und ökonomische Beziehungen zu Iran, aber erst der Abbruch der wirtschaftlichen Beziehungen mit den USA in Folge der Islamischen Revolution räumte Europa seine momentane Vorrangstellung ein. Nach dem zweiten Golfkrieg verfolgte außer Iran nur der Irak eine ähnliche antiamerikanische Politik, von der die europäischen Länder wirtschaftlich profitierten. Die Außenpolitik der meisten europäischen Länder, insbesondere Frankreichs und Deutschlands, bestand in den letzten Jahren darin, sich für den Fortbestand der Islamischen

Republik einzusetzen und sie dazu zu bewegen, Reformen innerhalb des islamischen Rahmens durchzuführen. Die Europäische Union begrüsste daher die Wahl Khatamis zum Präsidenten und den Sieg der religiösen Reformer bei den Präsidentschaftswahlen. Für die Europäische Union bot sich mit der Wahl eine günstige Gelegenheit, ihre Iranpolitik gegenüber Amerika, das Sanktionen gegenüber Iran forderte, und gegenüber der eigenen Bevölkerung, die jeden Tag in den Medien neue Berichte über Menschenrechtsverletzungen in Iran las, zu begründen. Man propagierte, daß Iran vor weitreichenden demokratischen Veränderungen stehen würde und Reformen im Rahmen der Verfassung der Islamischen Republik der einzige Weg zur Verwirklichung einer Demokratie in Iran seien. Liberale Kräfte und andere Teile der iranischen Opposition, welche Demokratie und die Einhaltung der Menschenrechte mit der Beibehaltung der religiös-ideologisch legitimierten Regierung für unvereinbar hielten, wurden ignoriert. Man warf ihnen vor, mit ihrer Kritik den Reformprozess in Iran zu gefährden und versuchte ihre Stimmen aus den Medien zu verdrängen.

Seine größten Erfolge konnte Khatami in der Außenpolitik erzielen. Bereits 1999 reiste er nach Italien und Frankreich. Italienische und französische Firmen wie die Mineralölkonzerne Elf-Acquitaine und Eni beteiligten sich mit millionenschweren Verträgen am «Dialog der Kulturen». 2001 vereinbarte Putin mit Khatami eine umfassende Kooperation im Öl-, Waffen- und Nukleargeschäft. Russland übernahm die Fertigstellung eines von Siemens begonnen Atomkraftwerks. Die Bekanntgabe des iranischen Außenministers, keine staatlichen Killerkommandos nach Salman Rushdie auszuschicken, öffnete trotz weiterhin bestehenden Embargos den Weg für die englische Wirtschaft. Deutschland, bereits zuvor Haupthandelspartner des Irans, eilte sich, nicht ins Hintertreffen zu geraten. Im Juli 2000, fast zeitgleich mit dem Jahrestag der Niederschlagung der Studentenproteste, betrat mit Khatami nach 33 Jahren zum ersten Mal wieder ein iranisches Staatsoberhaupt deutschen Boden. Die Wirtschaftsbeziehungen florierten, Hermesbürgschaften wurden auf eine Milliarde Mark angehoben. Im April 2001 folgte das erste Treffen der deutsch-iranischen Wirtschaftskommission nach zehn Jahren, jegliche öffentliche Kritik zu den im Land herrschenden Repressionen war im Vorfeld ausgeklammert worden. Man konnte milliardenschwere Verträge abschließen, darunter die Lieferung von drei petrochemische Anlagen.

«Konstruktiver Dialog» und Entspannungspolitik

Die rot-grüne Regierung in der BRD verwandelte den «kritischen» Dialog ihrer Vorgänger in einen «konstruktiven» Dialog und war bereit, zunehmend zu freundschaftlichen Beziehungen überzugehen. Doch nach einer anfänglichen Öffnung nahmen in den folgenden Jahren der Präsidentschaft von Khatami die Menschenrechtsverletzungen zu und wurden offensichtlicher. Die Zahl der politischen Gefangenen ist unverändert hoch, Folterungen sind an der Tagesordnung. Sämtliche unabhängigen Zeitungen wurden verboten und Journalisten inhaftiert. Nach und nach kam ans Licht, daß Iran über mehrere Atomanlagen verfügt und Inspektoren der Internationalen Atomenergiebehörde fanden Spuren waffenfähigen Uraniums. Nachdem die Außenminister Deutschlands, Grossbritanniens und Frankreichs im Oktober 2003 nach Iran reisten, unterzeichnete Iran das Zusatzabkommen des Atomwaffensperrvertrages. Viele bezweifeln aber, dass Iran wirklich bereit ist, sein ambitioniertes Atomprogramm aufzugeben. Zeitgleich arbeitete der Iran auf Hochtouren an einem neuen Langstreckenraketenprogramm. Die kürzlich entwickelte Shahab 3 Rakete reicht bis Israel, dem auch religiöse Reformer wie Khatami die Existenzberechtigung absprechen.

Gleichzeitig versuchte Khatami das amerikanisch-iranische Verhältnis möglichst zu entspannen. Nachdem er in einem Interview mit CNN sein Bedauern über die Geiselnahme in der amerikanischen Botschaft in Teheran zum Ausdruck brachte, konnte er zwar eine Lockerung der Sanktionen der USA bewirken. Die amerikanische Regierung widersetzte sich jedoch trotz Kritik seitens der EU und der einheimischen Ölkonzerne einer Aufhebung der Sanktionen und verlängerte die Iran-Lybia-Sanctions Act (ILSA). Bush erklärte Iran schließlich zu einem der drei Länder auf der Achse des Bösen. Die iranische Regierung versuchte dies zu nutzen, die iranische Bevölkerung hinter sich zu einen. Diesmal jedoch war die öffentliche Meinung in Iran auf der Seite Amerikas. In einer halboffiziellen Meinungsumfrage, die Ende 2002 durchgeführt wurde, hatten 80% der Iraner, besonders die Jugendlichen, Beziehungen zu Amerika befürwortet und erklärt, daß sie die Politik der iranischen Regierung gegenüber Amerika ablehnen. Nicht zuletzt erhofft man sich von besseren Beziehungen zu Amerika eine Verbesserung der anhaltend schlechten wirtschaftlichen Lage. Während der letzten Demonstrationen, die mehr als zwei Monate anhielten,

Khatami und Schröder im Dialog der Kulturen

forderten die Menschen den Rücktritt Khatamis, sprachen offen Parolen zugunsten von Präsident Bush aus und befürworteten eine amerikanische Einmischung in Iran. Diese Hoffnung auf eine direkte Einflussnahme Amerikas zeigt auch die Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung vieler Menschen, selbst etwas gegen das Regime ausrichten zu können. Auch im Irak zeigt sich, daß die Hoffnung auf die USA zweischneidig ist. Die zunehmenden Klagen im Südirak über schlechte Strom- und Wasserversorgung, die den Amerikanern zur Last gelegt wird, zeigt wie unrealistisch das Bild ist, daß man sich von den Fähigkeiten der USA macht. Auch in Iran sind die in Amerika gesetzten Hoffnungen nach den Berichten über anhaltende Terroranschläge und Opfer unter der irakischen Zivilbevölkerung, Zweifeln gewichen.

Zugleich zeigen Meinungsumfragen, daß viele Iraner Deutschland, Frankreich und Russland als Beschützer der iranischen Despotie sehen. Bereits zur Zeit des Irak-Krieges warfen viele Iraner diesen Ländern vor, die Diktatur in Irak aufgrund eigener wirtschaftlicher Interessen zu stützen. Viele Iraner empfinden die Behauptung europäischer Staaten, daß für Iraner nur Reformen im islamischen Rahmen angemessen seien als Beleidigung und Erniedrigung. Zwar wurde die Verleihung des Friedensnobelpreises an Shireen Ebadi von fast allen Iranern mit Stolz und Begeisterung aufgenommen, weniger enthusiastisch reagierte man allerdings auf die Erklärung des Nobelkomitees, die Ebadi als «bewusste Muslimin» bezeichnete, die keine Widerspruch zwischen Islam und Menschenrechten sehe. Die ersten Stellungnahmen Ebadis, die dies bekräftigten, und ihre Rede in Oslo, bei der sie jede Kritik an den Menschenrechtsverletzungen in Iran vermied, ließ die Enttäuschung weiter steigen.

Erhoffte Demokratisierung

In der Region ist Iran das Land, in dem eine Demokratisierung am aussichtsreichsten erscheint. Die Iraner haben bereits in der Vergangenheit Erfahrungen mit demokratischen Regierungen gemacht, die Bildungsrate ist hoch und sehr viele Iraner haben in Europa und den USA studiert. Iran ist das einzige Land das über mehr als zwei Jahrzehnte Erfahrung und kritische Auseinandersetzung mit ei ner religiös-ideologisch legitimierten Regierung verfügt. Während in anderen islamischen Ländern die Vorstellung einer wie auch immer gestalteten islamischen Regierung bei Teilen der Bevölkerung noch den Traum einer gerechten Herrschaft hervorruft, ist man in Iran desillusioniert und die Mehrheit, darunter selbst Geistliche, fordert eine klare Trennung von Religion und Staat. Die Unterstützung der religiösen Reformer durch die iranische Bevölkerung war ein letzter Versuch, Veränderungen innerhalb des Systems zu erreichen. Gründe für die anfänglich große Unterstützung von Khatami waren auch das Fehlen einer anderen Opposition und die Angst vor einem allzu blutigen gewaltsamen Umsturz, denn in Iran ist man sich sicher, daß die kleine Minderheit der herrschenden fundamentalistischen Geistlichkeit nicht freiwillig zurücktreten wird.

In den letzten Jahren geriet die Politik der Europäischen Union, die Reformen innerhalb des islamischen Rahmens propagierte, in die Krise. Größere Veränderungen in Iran scheiterten regelhaft am Veto des Wächterrates und des religiösen Führers, etwa eine Gesetzesvorlage, die den gewählten Vertretern mehr Macht zusprechen wollte. In Teheran demonstrieren derzeit reformorientierte Parlamentarier gegen die Ablehnung ihrer Kandidatur durch den Wächterrat bei der anstehenden Parlamentswahl, doch Massenproteste von Seiten der Bevölkerung blieben aus. Gleichzeitig empfing die französische Regierung Rohani, den derzeitigen Vorsitzenden des iranischen Sicherheitsrates. Rohani gehört dem Flügel um den Pragmatiker Rafsandjani an, der wirtschaftlichen Liberalismus nach außen mit politischer Despotie im Inneren verbinden will. Durch Zugeständnisse auf wirtschaftlichem Gebiet hoffen Rafsandjani und seine Anhänger, Europa dazu bewegen zu können, über Repressionen und die Verletzung der Menschenrechte in Iran hinwegzusehen. Die achtjährige Amtszeit Rafsandjanis als Präsident haben gezeigt, daß dieser Kurs erfolgversprechend ist. Um die Aufhebung der Sanktionen zu erreichen, ist er auch bereit in direkten Kontakt mit Amerika zu treten. Sollten sich die USA dafür entscheiden – wie es etwa Colin Powell vorschwebt – das iranische Regime weiter mittels einer Eindämmungspolitik und Verhandlungen kontrollieren zu wollen, so könnte Rafsandjanis Strategie Wirkung zeigen und die Hoffnung der Iraner auf eine grundlegende Veränderung der politischen Strukturen auf längere Sicht enttäuscht werden. Weil die Iraner den Wahlurnen fernblieben, siegten bei den Kommunalwahlen im letzten Jahr die Konservativen und Fundamentalisten. Dies wiederholte sich auch bei den Parlamentswahlen vom vergangenen 20. Februar. Nach dem Ausschluss von rund 2500 Kandidaten von der Wahl sahen sich reformorientierte Bürger der Möglichkeit beraubt nach ihrer Überzeugung zu wählen. Die Wahlbeteiligung lag dementsprechend tief, mit gut 50 % so tief wie noch nie seit der Gründung der islamischen Republik vor 25 Jahren. Unabhängig aber vom Ausgang der Wahlen und der zukünftigen Politik Europas und Amerikas wird die iranische Regierung die Forderungen der Bevölkerungsmehrheit nach Freiheit und Demokratie auf Dauer nicht unterdrücken können. ■

PHASE 2 DEZ 03

ZEITSCHRIFT GEGEN DIE REALITÄT.

»WHEN WORST COMES TO WORST – VON RASSISMUS UND ANTISEMITISMUS«

AUSGABE NR 10
enthält u.a.:

THOMAS SCHMIDINGER: »Integration über Judenhass?«

CAFÉ MORGENLAND: »Die Auschwitz-Option«

Interview mit MOISHE POSTONE: »Und er ist es heute wieder ...«

BGR Leipzig: »Der große Perspektivenschwindel«

GEORG KLAUDA: »Globalizing Homophobia«

PHASE 2 Leipzig: »Die Viktimisierung der Deutschen«

PHASE2 ERSCHEINT ALLE 3 MONATE UND KOSTET 4 EURO
ABO: 5 AUSGABEN FÜR 18 EURO
---ABO@PHASE-ZWEI.ORG

PHASE 2 - ZEITSCHRIFT GEGEN DIE REALITÄT
BORNAISCHE STR. 3D - 04277 LEIPZIG

WWW.PHASE-ZWEI.ORG

Les deux niveaux de la haine

Die antisemitische Gewalt in den Banlieues bekommt diskursiven Feuerschutz. Der Brand in einer jüdischen Schule in Gagny am 15. November 2003 und der Anschlag auf zwei Synagogen in Istanbul mit insgesamt 25 Toten und über 300 Verletzten am selben Tag sind die jüngsten Anlässe für die Ausweitung einer bereits seit zwei Jahren sich zuspitzenden Auseinandersetzung um den Antisemitismus mit muslimisch-migrantischem Hintergrund in Frankreich.

von Henriette Glaas und Max Sander

Zwar geht die Zahl antisemitischer Gewalttaten gemäß neuester französischer Polizeistatistiken seit Anfang 2003 zurück;[1] was daraus allerdings nicht hervorgeht ist, dass gerade in der Zeit von 2000 bis 2003 die gewalttätigen Übergriffe – von tätlichen Angriffen auf jüdische Menschen und jüdische Einrichtungen bis zu antisemitischen Schmierereien – ein überdurchschnittliches Ausmaß angenommen hatten.

Ariel Goldman, Sprecher eines vom CRIF (Conseil représentatif des institutions juives en France, entspricht dem Zentralrat der Juden in Deutschland) eingerichteten Sicherheitsdienstes zum Schutz der jüdischen Gemeinde, bestätigt den Rückgang von Sachbeschädigungen, betont aber gleichzeitig die heftige Verschärfung von physischen Gewalttaten und Beleidigungen in einem «antisemitischen Klima, das sich jenseits jeglichen Einzelvorfalls etabliert hat».[2]

Besonders die Ereignisse der Jahre 2000, nach Ausrufung der Zweiten Intifada, und 2002 sind in der Erinnerung noch präsent. So zum Beispiel: In Marseille brannte eine Synagoge fast vollständig aus, die Vorderwand eines jüdischen Gebetshauses in La Duchère wurde eingedrückt, in einer Vorstadt von Paris wurden jüdische Jugendliche des Fußballklubs Maccabée von einer gewalttätigen Bande angegriffen.[3] Insgesamt wurden zwischen September 2000 und Januar 2002 405 antisemitisch motivierte Straftaten registriert.[4]

In Reaktion auf diese Vorfälle wurde im Februar dieses Jahres ein neues Gesetz erlassen, um die juristische Verfolgung antisemitischer Straftaten zu erleichtern. Dieses Gesetz sieht verschärfte Strafen vor für Verbrechen, die begangen werden «aufgrund einer angenommenen oder tatsächlichen Zugehörigkeit oder Nicht-Zugehörigkeit des Opfers zu einer bestimmten Ethnie, Nation, Rasse oder Religion».[5] Diese Gesetzesänderung wird im Falle des Brandes von Gagny Anwendung finden, insofern es zu einem Prozess kommt.

Das Unwohlsein vieler Juden in Frankreich bestätigt der israelische Botschafter in Frankreich, Nissim Zvili: «Viele Juden aus Frankreich sorgen sich um ihre Zukunft in diesem Land. Das Phänomen des Antisemitismus in Frankreich hat beunruhigende Ausmaße angenommen.»[6] Ähnlich äußerte sich der höchste Rabbiner Frankreichs, Joseph Sitruk, der den Juden riet, aus Sicherheitsgründen die Kippa mit einer Baseball-Kappe zu vertauschen.[7] Unterschiedliche Meinungen finden sich bezüglich der Bezeichnung und politischen Einordnung der Anschläge. Während beispielsweise der Philosoph Alain Finkielkraut darauf besteht, dass es sich hierbei um Akte des Antisemitismus handele,[8] warnt der ehemalige Präsident des CRIF, Theo Klein, vor dem Hintergrund seiner eigenen Erfahrungen mit dem «wirklichen Antisemitismus» vor dem inflationären Gebrauch des Begriffs. Seinen Rat zu besonnenem Umgang mit diesem Begriff verbindet er mit dem Aufruf, nicht eine Kampagne zu befördern, die die jüdische Community nur spalten würde. Frankreich habe es versäumt, einen großen Anteil der Jugend mit migrantischem Hintergrund zu integrieren und es sei bedauernswert, dass die Juden dafür bezahlen müssten. Jedoch sei dies nicht ein Problem allein der Juden, sondern aller Franzosen.[9]

Diese integrationsstrategische Position deutet einerseits auf die – auch innerjüdische – Breite der Debatte hin, andererseits auf eine neue Qualität, die der in Frankreich in den letzten Jahren verstärkt spürbare Antisemitismus angenommen hat. Es handelt sich nicht mehr vornehmlich um einen Antisemitismus der extremen Linken oder Rechten. Ein hoher Prozentsatz der antisemitischen Akte wird von meist jugendlichen Immigrantennachkommen arabisch-maghrebinischen Hintergrunds begangen. Die doppelte Problematik von Antisemitismus und Rassismus macht den eigentlichen Kern des Streits aus.[10] Neben den gewaltsamen Ausformungen gibt es gleichzeitig eine intellektuelle Auseinandersetzung, die sich im Umfeld des muslimischen Intellektuellen Tariq Ramadan, Teilen der Antiglobalisierungsbewegung und unter französischen Intellektuellen entwickelt hat.

Die intellektuelle Debatte

Gegenseitige Vorwürfe spitzten sich in letzter Zeit zu. Anlass war die Publikation eines Artikels mit dem Titel Critique des (nouveaux) intellectuels communautaires («Kritik der (neuen) kommunitaristischen[11] Intellektuellen») über den Verteiler des Forum social europeén (FSE, Europäisches Sozialforum) und auf den Internetseiten von oumma.com durch den in Lyon lebenden und lehrenden islamischen Theologen Tariq Ramadan.[12]

Ramadan (38), Schweizer ägyptischer Herkunft, ist bekannt als Intellektueller, der eine Modernisierung des Islam in Europa fordert und forciert. Er gilt als «Brückenbauer» zwischen «islamischen Werten und westlicher Kultur» und wurde kürzlich vom TIME-Magazin als einer der «Innovators of the Month» und «Spiritual Leader» vorgestellt.[13] Sein Großvater ist der Gründer der «Islamischen Bruderschaft», die seit den späten zwanziger Jahren über Ägypten hinaus Bedeutung erlangte. Ramadan wendet sich vor allem an junge MigrantInnen der zweiten oder dritten Generation, die mit den Herkunftsländern ihrer Eltern oder Großeltern zwar einen muslimischen Hintergrund besitzen, selbst aber nur lose mit dem Islam verbunden sind oder ihn nicht praktizieren. Ramadans Anliegen ist es, diese Jugendlichen für den Islam wiederzugewinnen, indem er an das Interesse, welches die in der Regel in benachteiligten Verhältnissen lebenden Jugendlichen der Antiglobalisierungs-Bewegung entgegen bringen, anknüpft. Linke Inhalte vermischt mit islamischem Fundamentalismus bringen ihm eine wachsende Anhängerschaft.

In oben genanntem Text wirft Ramadan den französischen, (vermeint-

lich) jüdischen Intellektuellen u.a. vor, sich immer mehr von den universalistischen Prinzipien der Republik zu entfernen, stattdessen pro-israelisch zu argumentieren und damit kommunitäre Ziele zu verfolgen. Gewisse, «in den Medien omnipräsente» Intellektuelle unterstützten die Irak-Politik des «notorischen Zionisten» Paul Wolfowitz und verfolgten dabei nur ihre eigenen «jüdischen» Interessen.

Die beschuldigten Intellektuellen nahmen zum Teil Stellung, so Bernard-Henry Lévy,[14] der sich im Wochenmagazin Le Point entschieden gegen die Wiederbelebung verschwörungstheoretischer Ansätze verwehrte und den «ekelerregenden» Text Ramadans mit dem «berühmten antisemitischen Pamphlet», den «Protokollen der Weisen von Zion», verglich. Besonders eindringlich wandte er sich an die Mitglieder der «Altermondalisations»-Bewegung mit dem Rat, sich von Ramadan zu distanzieren.[15] Anlaß dafür war die Teilnahme Ramadans am Europäischen Sozialforum Mitte November in Paris. Dort wurde Ramadan auf zwei Podien die Gelegenheit zur Selbstdarstellung geboten, die dieser aber nur begrenzt nutzte. Die Veranstaltungen waren gut besucht, jedoch beschränkten sich die Diskussionsthemen auf die Rechte der Frauen im Islam und die (in Frankreich ausführlich ausgetragene) Debatte um das Tragen von Kopftüchern in der Schule.[16] Ramadan beglückwünschte die VeranstalterInnen des FSE, nicht «eingeknickt» zu sein mit ihrer Einladung, trotz des «Hexenprozesses», der ihm gemacht worden sei.

Bernard Cassen, Ehrenpräsident von Attac, betonte hingegen, Ramadan sei ein «sehr subtiler Rhethoriker», der opportunistische und demagogische Methoden einsetze. Ein Charakteristikum des Europäischen Sozialforums sei jedoch das Einbrechen in migrantische und islamische Organisationen.[17] Pierre Khalfa, ebenfalls Verwaltungsmitglied von Attac, hält den Text Ramadans nicht für antisemitisch und warnt davor, das «rote Tuch des Antisemitismus bei egal welchem Anlass zu schwenken». Der Text sei hingegen seinerseits geprägt vom kommunitären Argumentationsstrukturen seines Autors.

In der aktuellen Debatte ist somit zu bemerken, dass sich nun auch ein intellektueller islamischer Antisemitismus in Frankreich entfaltet, wo vorher die «Propaganda durch die Tat» dominierte. Dieser islamische Antisemitismus stellt ein besonderes Kapitel in der Geschichte des französischen Antisemitismus dar. An ihm kann aber gezeigt werden, dass der Antisemitismus auch eine Folge des Kolonialismus ist und wie schwer es der französischen Gesellschaft fällt, das Problem zu begrenzen und zu bekämpfen.

Der rassistische Kampf gegen illegale Migration ist hegemonial im politischen Frankreich. Mehrheitsfähig ist auch die Bereitschaft zur Integration der legalen MigrantInnen. Der entrichtete «Preis» für diese Integration ist die Akzeptanz des Antisemitismus. Zwei Prämissen in der Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus werden dabei gemacht. Erstens wird von einer quasinatürlichen radikalen Israel-Feindschaft aller Muslime ausgegangen, eine explizit ethnisierende Deutung. Zweitens sei es die Armut in den banlieues, die (natürlich) Hass auf Juden erzeuge, was aber wiederum nichts mit Antisemitismus zu tun haben müsse. Der Zusammenhang von Modernisierungsverlierertum und Antisemitismus (wenn er so genannt wird) wird automatisiert. Nicht ernst genommen wird dabei eine massive antisemitische Ideologie (inklusive Shoah-Leugnung oder -Verherrlichung) und eine antisemitische Praxis, die sich zunehmend auch gegen Menschen richtet.

Der islamische Antisemitismus wird im Folgenden untersucht anhand des Zusammenwirkens von (neo-) kolonialen Strategien, Dekolonialisierungsprozessen, traditionellem französischem Antisemitimus und dem Negationismus – der Leugnung der Shoah – in der französischen Rezeption des Nationalsozialismus. Die Kapitulation der französischen Linken vor dem Thema des islamischen Antisemitismus zeigt, wie sehr sie Teil des Problems ist.

Migration, Islam und Antisemitismus

Die Entwicklung des Islam in Frankreich kann als eine dreistufige erfasst werden.[18] Sie stellt gleichzeitig die Geschichte der Desintegration muslimisch-maghrebinischer MigrantInnen dar. Der Islam der ersten Generation, der der (temporären) ArbeitsmigrantInnen der Nachkriegsjahrzehnte, wurde in Frankreich gar nicht oder als vorübergehendes Phänomen wahrgenommen. In der zweiten Phase stabilisierte sich der Islam der Angekommenen in den 70er und 80er Jahren. Er stieß auf offen rassistischen Widerstand der französischen Mehrheitsgesellschaft, teilweise motiviert durch das desaströse Ende der französisch-kolonialen Maghreb-Ambitionen. In dieser Phase entstanden die Dependancen weltweiter Organisationen, die französischen islamischen Verbände und die ausprägte Ghettobildung in den banlieues de l'Islam (Kepel). Der Rassismus der Bevölkerung wurde flankiert durch einen immer noch kolonial geschulten behördlichen Paternalismus. In der banlieue wuchsen in der dritten Phase die TrägerInnen des Islams der jungen Generation heran. Bei ihnen changieren die identitären Muster zwischen Jugendlichkeit, Außenseiterstolz und einer Ethnisierung und Religiösierung der kollektiven Selbstwahrnehmung.

Die Genese des muslimischen Antisemitismus ist untrennbar verbunden mit französischen Kolonialstrategien, nachholender Nationenbildung und der Entstehung eines globalen politischen Islam. Die jüdischen Communities waren über Jahrhunderte akzeptierter und geschätzter Bestandteil nordafrikanischer islamischer Gesellschaften. Antisemitismus, vor allem in seiner verschwörungstheoretischen Ausprägung, war unbekannt. Zum Massenphänomen wurde der Antisemitismus nach der Staatsgründung Israels und den nachfolgenden Kriegen. Seit 1967 ist er hegemonial in den islamischen Gesellschaften. Die Bestände der antijüdischen Feindbilder, entwickelt im modernen Antisemitismus seit der Französischen Revolution, kamen aus Europa. Ansätzen der differenztheoretischen Nationalismusforschung folgend, kann der Antisemitismus, wenn nicht als Hauptursache, so doch als konstitutiv für die Formierung der europäischen Nationalstaaten verstanden werden: Die Konstruktion der Nation gegen die Juden. Die staatsbürgerschaftliche Exklusion von Juden war Regel, nicht Ausnahme. Die nachholende Formierung der arabischen Nationalstaaten wiederholte im Zusammenhang der Dekolonialisierung diese Ausschlüsse. Lediglich in Marokko und Tunesien sind noch nennenswerte Reste der ehemals großen jüdischen Gemeinden vorhanden. Der arabische Nationalismus ist längst überwunden durch islamisti-

sche Konzepte mit Anspruch auf alleinige Weltgeltung. Statt einer Nation ohne Juden ist das Ziel eine Welt ohne Juden: ohne den Staat der Juden und ohne Juden in Staaten.

Der Weg dahin war weit. Der politische Islam hatte sich zur dringlicheren Aufgabe gemacht, den «Feind im Inneren zu bekämpfen», die innerislamischen «Widersprüche» aus dem Weg zu räumen. Der Nationalismus wurde aus negativer Motivation heraus «nachgeholt», durch das Ziel der Bekämpfung der Regierungen der postkolonialen islamischen Staaten selbst. Im Rahmen des fundamentalistischen Schubes Mitte der 80er Jahre[19] wurde der Antisemitismus nicht nur für die islamischen Zentren, sondern auch in ländlichen Regionen und in der muslimischen Diaspora hegemonial. Der Kampf gegen die Jüdinnen und Juden konnte nun überall geführt werden, auch an Orten, an die man sich national nicht gebunden fühlte.

Israel und die Juden wurden in die islamische Großerzählung von Abstieg und Elend der Muslime in der Moderne eingeschrieben, die eine mobilisierende Wirkung haben sollte. «Der Jude» wurde zum ewigen Widersacher des Islams historisiert.[20] Aufrechterhalten wird die Vorstellung eines Kampfes von Gemeinschaft (die weltweite der Gläubigen) gegen Gesellschaft (Demokratie, «Westen», v.a. Israel und USA). Die Gründung des Staates Israel und mehr noch das Scheitern alles militärischen wie ökonomischen Aktionismus gegen diesen Staat wurde als Demütigung verstanden. Die «unerklärliche» Stärke des kleinen Staates wurde irrationalisiert und die Verschwörungstheorien inflationiert. An ein geschlossenes fundamentalistisches Weltbild ist der Hass auf Israel nicht gebunden.

Schuld sei Israel nicht nur an der Okkupation «islamischer Erde», sondern auch an der prekären Situation aller islamischen Gesellschaften. Einigkeit besteht über die Enge des Konnex von Israel und USA, ausgedrückt im Hassobjekt «Busharon». Im Feindbild «des Juden» bestehen alle Komponenten fort, die von Kolonialherren, Nationalsozialisten und Partnern im Kalten Krieg konturiert wurden. Das beliebteste aller «Feindbildmodule» ist dabei die ideelle und graphische Zusammenführung von Davidstern und Hakenkreuz, die zur zentralen Ikone antisemitischer Propaganda wurde.

Antisemitismus und Negationismus

Nach 1945 war der Antisemitismus zunächst diskreditiert und der illegalisierte jüdische Exodus ins Britische Mandatsgebiet Palästina fand breite gesellschaftliche Unterstützung. In der Rezeption von nationalsozialistischer Herrschaft und Vichy-Regime setzte sich die einheitsstiftende Lesart De Gaulles durch, ganz Frankreich sei Opfer der Nazis gewesen, habe aber einen kontinuierlichen Kampf dagegen geführt – der Résistance-Mythos. Im Gegensatz zu vielen anderen europäischen Ländern galten Juden als anerkannte Opfer, «gefallen für das Vaterland». Nichtsdestotrotz kam es unter dem Dach der De Gaulleschen Deutung zu einer compétition des mémoires (Finkielkraut) zwischen jüdischen und nichtjüdischen Opfern der NS-Jahre. 1967 schwenkte die französische Regierung von einer israelfreundlichen Politik um zu einer vorbehaltlosen Unterstützung der arabischen Nachbarstaaten und der PalästinenserInnen, verbunden mit offen antisemitischen Anklagen an den jüdischen Staat. Die Linke hatte diese Wende in weiten Teilen bereits vollzogen. Hauptabwurfstellen des inflationierten Faschismusbegriffs wurden die USA und Israel. Im Oktober 1978 erschien im französischen Wochenmagazin L'Express ein Interview mit Louis Darquier unter dem Titel «A Auschwitz, on n'a gazé que les poux» – «In Auschwitz wurden nur die Läuse vergast».[21] Der Befragte verbreitete antisemitische Hasstiraden, rechtfertigte antijüdische Maßnahmen, bestritt die Existenz von Gaskammern und wurde damit zu einer zentralen Figur des négationisme (Rousso). Mit den Negationisten war der Hass auf etwas wieder aktuell, das im Vichy-Frankreich als Anti-France definiert wurde: Bolschewiken, Juden, Ausländer, Freimaurer und Terroristen. Auch einzelne Linke bedurften zur Verdichtung ihres kruden Ökonomismus der «Auschwitzlüge». Mit der wiedererstarkenden französischen Rechten und dem Negationismus lebten ab 1980 Antisemitismus und Rassismus der Dritten Republik wieder auf.

Der arabische Antisemitismus bezieht sich oft genug explizit positiv auf die Vernichtung der Juden. Der Negationismus, dem nach Angaben der Organisation SOS-Racisme weit über die Hälfte der muslimisch-maghrebinischen Jugendlichen anhängt, hat eine besondere Bedeutung bei dem Versuch, Israel zu delegetimieren. Das Existenzrecht ergäbe sich, so wird hier die internationale Haltung rezipiert, aus dem Leid von Jüdinnen und Juden während der Shoah. Habe diese nicht stattgefunden, gäbe es kein Existenzrecht – so die einfache Logik. Die negationistische Propaganda erreicht heute über das Internet, Satellitenfernsehen und arabische Presse alle Migrantencommunities.[22]

Seit 1978 kam es in Frankreich mit Morden, Schießereien, Attentaten und Bombenlegungen auf Juden zu blutigen Angriffen. Die Regierung reagierte selbst mit antisemitischen Mustern, indem sie «Juden» und «unschuldige Franzosen» als Opfer unterschied. Ein Teil der Angriffe verwies auf französischen rechts- bzw. linksradikalen Hintergrund, andere Muster verrieten TerroristInnen aus dem Nahen Osten. Die Polizei reagierte nachlässig. Dagegen erhob sich der Versuch, den Antisemitismus beim Namen zu nennen und zu bekämpfen.[23] Mit dem Regierungsantritt der Sozialisten unter Mitterand im Sommer 1981 waren viele Hoffnungen bezüglich eines Endes des Antisemitismus verbunden. Schon 1982 wollte dieser aber eine Opposition schaffen «gegen die Vernichtung des palästinensischen Volkes». Um die Dimension des angeblichen jüdischen Terrors plastisch zu machen, appellierte er mit Oradur-sur-Glane an die Franzosen.[24] Das damals in den Augen des (nichtjüdischen) Frankreich schlimmste Verbrechen durch Nazis an der Zivilbevölkerung wurde in eins gesetzt mit den Geschehnissen im palästinensisch-israelischen Konflikt – die Araber als französische Zivilisten, die Juden als Nazis.

Trotz der Sympathien für antiisraelische Haltungen der meisten muslimischen ArbeitsmigrantInnen aus dem Maghreb schlug diesen in den 70er und 80er Jahren offener Rassismus entgegen. Als die «auffälligeren Anderen» in Frankreich ging ein Aufwallen des rassistischen Ressentiments teilweise mit einem nachlassenden Antisemitismus einher. Eine gesteigerte Aufmerksamkeit erhielt der Antisemitismus 1985 unter anderem durch Claude Lanzmanns Film Shoah. Das Augenmerk wurde auf die jüdischen Opfer von

Vichy und Nationalsozialismus gerichtet. Als es Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre zur Schändung jüdischer Friedhöfe kam, demonstrierten Hunderttausende. Der Antisemitismus schien durch die neunziger Jahre marginal – bis zum September 2000.

La Gauche

Gewahr der Tatsache einer krassen gesellschaftlichen Exklusion von MigrantInnen durch Illegalisierung, Prekärisierung und Ghettoisierung, durch rassistische Diskurse und eine systematische rassistische Praxis bezieht die antirassistische Linke eindeutig Stellung gegenüber den maghrebinisch-arabischen MigrantInnen, bleibt aber indifferent gegenüber Juden. Erstere werden gegen Kritik – angemessen oder nicht – in Schutz genommen, letztere genießen Verständnis, sobald sie sich von Israel distanzieren. Die Gleichsetzung von Israelis und Nationalsozialisten erfolgt in innenpolitischer Perspektive darin, eine Melange aus (konservativen und/oder militanten) Jüdinnen und Juden und NeofaschistInnen zu konstruieren. Die MRAP (Mouvement contre le racisme et pour l'amitié des peuples), KP-nahes Flaggschiff des staatstragenden französischen Antirassismus, ist Repräsentantin dieser Haltung. In einem umfangreichen Bericht bezichtigte sie jüngst jüdische PublizistInnen, mit französischen Nazis gemeinsame Sache zu machen.[25]

Die angewandte Erklärung für den Antisemitismus ist zugleich seine praktische Entschuldigung. Das imperialistische Israel unterdrücke die PalästinenserInnen, was zwangsläufig zu Übergriffen auf Juden weltweit führen müsse, selbstverständlich voraussetzend, dass Muslime sich automatisch und derart mit den Palästinensern solidarisieren müssten. Diese Haltung ist dominant unter (ex-)antiimperialistischen AntirassistInnen. Im Kontext des Antirassistischen Grenzcamps 2002 wurden in Strasbourg Synagogen angegriffen. Die campinterne Diskussion bagatellisierte dies.[26] Die Unterstützung des Kampfes gegen den Antisemitismus hört aber auch bei den französischen AnarchistInnen, soweit sie nicht selbst Teil der antisemitischen Mobilisierung sind, spätestens da auf, wo auch ein Ende der Angriffe auf Juden in Israel gefordert wird. Bei Indy-Media France begnügte man sich nicht mit exzessiver Israelkritik. Im Juni 2002 wurden Beiträge veröffentlicht, in denen die Shoah geleugnet wird. Lediglich ein Teil der BetreiberInnen distanzierte sich. Erst nach massiver Kritik von außen zerbrach die Plattform in regionale Strukturen.

Die Imprägnierung gegen eine Kritik des islamischen Antisemitismus in Frankreich erfolgt durch die argumentative Standardwaffe «Arabophobie» – «antiarabischer Rassismus». Die Kritik an spezifischen Formen des Antisemitismus wird damit zu einem Teil des französischen Rassismus und damit politische Kritik zum bloßen Ressentiment erklärt. Notorisch perzipiert die französische Linke den Antisemitismus als Subform des Rassismus (u.a. das Netzwerk SOS-Racisme), um dann, da sie sich als antirassistisch versteht, gar nicht antisemitisch sein zu können. Die muslimisch-maghrebinischen MigrantInnen werden als Hauptopfer gesehen, Juden und Jüdinnen nur als «Unteropfer», in der globalen Perspektive gar als TäterInnen. Jüdischer Selbstschutz wird als Aggression denunziert, die Gewalt aus den Banlieues als fehlgeleiteter Sozialprotest. ■

Dieser Artikel wurde zuerst in «Phase 2» Nr. 10 abgedruckt. www.phase2.nadir.org

1) Vgl. Le Monde vom 17. November 2003: 96 Fällen von Sach- und Personenschäden in den ersten zehn Monaten des Jahres 2003 stehen 184 Fälle im Vorjahr gegenüber; im selben Zeitraum 2002 gab es 685 gegenüber 295 (2003) Fällen von antisemitischer Bedrohung.

2) Ebd., Alle Übersetzungen durch die AutorInnen.

3) Vgl. dazu ausführlich Bernard Schmid, Die Gewaltwelle in den Jahren 2000 und 2002, in Hagalil vom 2. November 2003.

4) Vgl. das «Weißbuch» der jüdischen Studentenunion (UEJF) und SOS Racisme, Les Antifeujs. Livre blanc. 2002

5) Zit. n. Le Monde vom 17. November 2003.

6) Am 16. November 2003 im staatlichen israelischen Rundfunk, zit. n. Le Monde vom 17. November 2003.

7) Vgl. Le Monde vom 19. November 2003.

8) So Finkielkraut in einem Interview des Radiosenders RFI am 22. November 2003.

9) Vgl. Le Monde vom 17. November 2003.

10) Zusätzlich verkompliziert wird die Argumentation dadurch, dass zwei Drittel der französischen Juden aus dem Maghreb stammen, z.T. arabischsprachig sind und ebenfalls in den großstädtischen Vororten, den banlieues, wohnen.

11) «Kommunitaristisch» wird hier im Sinne von «allein auf die Partikularinteressen einer Gruppe bezogen» übersetzt.

12) Der Text ist u.a. auf den Seiten von Indymedia Paris und in Auszügen in Le Monde vom 11. Oktober 2003 zu finden.

13) http://www.time.com/time/innovators/spirituality/profile_ramadan.html

14) Lévy versuchte schon 1981 mit L'ideologie française eine Debatte über den französischen Antisemitismus in Gang zu bringen und verwies dabei auf eine fast hundertjährige Kontinuität faschistischer Ideologien in Frankreich.

15) Zit. n. Le Monde vom 10. Oktober 2003.

16) Vgl. Le Monde vom 15. November 2003, «Tariq Ramadan, intellectuel contesté, en vedette d'un jour» (T. R., umstrittener Intellektueller als Held des Tages).

17) Vgl. Le Monde vom 10. Oktober 2003.

18) Nicola Tietze, Islamische Identitäten. Formen muslimischer Religiosität junger Männer in Deutschland und Frankreich, Hamburg 2001.

19) Emmanuel Sivan, Islamischer Fundamentalismus und Antisemitismus, in: Herbert A. Strauss (Hrsg.), Anti-semitismus in der Gegenwart, Frankfurt a.M. 1990, 84–100.

20) So verkündete die Hamas während der (ersten) Intifada: «Das Verschwinden Israels ist schon eine im Koran festgestellte Geschichtsnotwendigkeit.» Zit. n. Michael Kiefer, Antisemitismus in den islamischen Gesellschaften: Der Palästina-Konflikt und der Transfer eines Feindbildes, Düsseldorf 2002, 12.

21) Louis Darquier war im Vichy-Regime der Verantwortliche des «Generalkommissariats für Judenfragen» und hielt sich zum Zeitpunkt des Interviews versteckt in Spanien auf.

22) Vgl. Jüdische Allgemeine 24/2003, 2.

23) Neben dem oben erwähnten Werk Lévys beschäftigte sich auch Shmuel Triganon 1982 in La République et les juifs mit der erneuten Welle des Antisemitismus. Die Haltung der französischen Republik schlösse jeden positiven Ausdruck jüdischen Lebens aus und zeige durch einen ritualisierten, «universalistischen» Patriotismus keine Toleranz.

24) In dem Ort ermordeten Deutsche im Juni 1944 die männlichen Einwohner durch Erschießungen und Frauen und Kinder durch Verbrennen. Das Massaker ist das zentrale Symbol des Erinnerns bezüglich der nichtjüdischen französischen Opfer des NS.

25) Dazu ausführlich: Justus Wertmüller, Französische Zustände. Antirassisten machen mobil: gegen Juden, Zionisten und andere Rechtsextremisten, in: Bahamas 42 (2003).

26) Exemplarisch für das elaborierte Desinteresse deutscher AntirassistInnen gegenüber dem Thema Antisemitismus kann ein Artikel von Susanne Lang und Florian Schneider, AktivistInnen aus dem Netzwerk «Kein Mensch ist illegal», der unter den Titeln «Eine leidenschaftliche Kritik» und «Die Grenzen des no border-Camps in Strasbourg» in den Zeitschriften off limits (35, 2002) und arranca! (25, 2002) erschien, gelten. Das Camp wird scharf kritisiert, Militanz und Schwarzer Block, vor allem aber ein unkonstruktives Diskursklima. Die Auseinandersetzung über Antisemitismus wird als ein notorisch nervendes Thema diskreditiert, als eine x-beliebige, den Konsens störende Scheindebatte gerade mal erwähnt.

Von der Nötigung dialektisch und zugleich undialektisch zu denken

Theodor W. Adorno und Jean Améry haben sich gegenseitig kritisiert. Ihre Auseinandersetzung, die sowohl von den verschiedenen Verfolgungserfahrungen als auch von den gegensätzlichen philosophischen Orientierungen herrührt, hat sich dem Denken und den Schriften beider eingeprägt

von Gerhard Scheit

In keiner der Biographien, die anläßlich des 100. Geburtstags von Theodor W. Adorno erschienen sind, findet sich auch nur ein Wort über die Auseinandersetzung mit Jean Améry (dessen 25. Todestag ins selbe Jahr fiel). Das hartnäckige Schweigen über Améry, das seit einiger Zeit allerorten zu beobachten ist, kennzeichnet dabei den Zustand der intellektuellen Öffentlichkeit mindestens ebenso wie der Versuch, Adorno biographisch beizukommen: belanglose Dinge aus dessen Privatleben (etwa daß er «ungarische Schnulzen» lieber mochte als Jazz) sind ihr natürlich wichtiger als die elementaren Fragen, die in der Konfrontation mit Améry auftauchen: denn diese Fragen rühren an die Grundlagen der Gesellschaft, die sich nach Auschwitz konstituiert hat.[1]

Adorno liest Améry

Im Juli 1965, in einer der letzten Stunden seiner Philosophie-Vorlesung, griff Adorno den Essay über «Die Tortur» auf, den Améry im «Merkur» publiziert hatte und der – zusammen mit dem Text über den Intellektuellen in Auschwitz («An den Grenzen des Geistes») – zum Grundstein seines berühmten Buchs «Jenseits von Schuld und Sühne» werden sollte. Darin beschreibt und reflektiert Améry, was mit ihm geschah, als die Gestapo ihn, den österreichischen Widerstandskämpfer, in der belgischen Festung Breendonk folterte. Der Zusammenhang, in dem Adorno diesen Text eines ihm «im übrigen völlig unbekannten Autors namens Jean Améry» heranzieht, lautet Metaphysik und Tod nach Auschwitz: es handle sich um einen Aufsatz, der ihm, so Adorno, «mit seiner philosophischen Armatur, nämlich der des Existenzialismus, keineswegs gemäß ist, doch die Veränderungen in den Gesteinsschichten der Erfahrung, die durch diese Dinge bewirkt worden sind, in einer geradezu bewundernswerten Weise zum Ausdruck bringt.»[2]

Amérys Essay ermöglicht es Adorno in dieser Metaphysik-Vorlesung vom Sommersemester 1965, einen Begriff von Erfahrung zu entwickeln, der sich der Ontologie Martin Heideggers widersetzt. Es geht um Erfahrungen, die «von einer so furchtbaren Gewalt sind, daß keiner, der sie auch nur gleichsam von fern berührt hat, dem je wieder entgehen kann, – so wie Améry sehr überzeugend in jenem Aufsatz sagt, daß wer einmal gefoltert worden ist, das niemals und nie auch nur für einen Augenblick in seinem Leben wieder vergessen kann.» Was Améry davon zum Ausdruck bringt, trifft die Heideggersche Philosophie in ihrem innersten Kern: Weil er die Tragweite der zugefügten physischen Qual und des drohenden gewaltsamen Todes in extremis entfaltet, muß jeder Versuch, sie zu ontologisieren und als Grundbefindlichkeit des Daseins zu beschwören, kenntlich werden: das «Sein zum Tode» als Möglichkeit, Tortur zu rehabilitieren.

Diesem «Sein zum Tode» widersprechend, haben es Amérys Reflexionen immer nur mit einer bestimmten und bestimmbaren Realität zu tun, in der allerdings die Tortur zur Essenz werden kann, in der Auschwitz möglich ist. Negative Dialektik, wie sie Adorno begreift, hätte sich darum an der Erfahrung dieses Äußersten zu bewähren, nur dann könne sie das Ganze als das Unwahre erkennen. Die Differenz Adornos zur «philosophischen Armatur» Amérys wird jedoch sofort deutlich, wenn Adorno hinzufügt, er meine mit dieser Erfahrung der Tortur «auch etwas Objektives, und das möchte ich Ihnen doch sagen, abermals mit der Intention, daß sie diese Dinge, über die ich heute rede, nicht einfach in die Subjektivität des Erfahrenden auflösen.» Vom Extremsten schließt Adorno auf das Gewöhnlichste, von Amérys Erfahrung der Tortur kommt er in äußerster Verkürzung auf die anonym erfahrenen Produktionsverhältnisse zu sprechen: «Die absolute Fungibilität und Ersetzbarkeit eines jeden Menschen, auch unter formaler Freiheit, die heute, in der gegenwärtigen Gestalt der Arbeitsorganisation, unter gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Produktionsverhältnisse, erreicht ist, – daß also jeder Mensch durch jeden anderen und damit eigentlich überhaupt ersetzbar ist: das Gefühl infolgedessen der Überflüssigkeit und, wenn Sie so wollen, Nichtigkeit eines jeden einzelnen von uns für das Ganze: das ist die in der objektiven Entwicklung heute liegende Begründung jenes Gefühls auch unter den Bedingungen der formalen Freiheit.»[3] Betrachtet man die Passage isoliert, dann könnte dialektisches Denken auch so gedeutet werden: angesichts dieses falschen Ganzen sind alle Opfer. Aber wie um eine solche Deutung zu verhindern, ist der emphatische Bezug auf den Essay Jean Amérys eingefügt.

Adorno hat die Vorlesungen zu einem zentralen Kapitel der «Negativen Dialektik» umgearbeitet: kondensiert, wie er selbst sagt. Es handelt sich um sein zentrales philosophisches Werk – übrigens im selben Jahr wie «Jenseits von Schuld und Sühne» erschienen. In den Passagen, die unmittelbar mit der Vorlesung korrespondieren, den «Meditationen zur Metaphysik», fehlt aber nun der Name Améry und jeder Hinweis auf den Aufsatz über die Tortur. Dies fällt umso mehr ins Auge, als Adorno auch an anderen entscheidenden Stellen des Buches auf die Erfahrung der Folter Bezug nimmt, zum Teil in Formulierungen, die jene Lektüre des Améryschen Essays kaum verleugnen können. Nicht zuletzt durch sie gelang es ihm in seinem Spätwerk, zu neuer Klarheit und Schärfe in der Kritik des deutschen Idealismus zu kommen. Die der Tortur ausgelieferte Physis wird zum archimedischen Punkt des Denkens.

Dennoch ging zusammen mit dem Hinweis auf Améry auch etwas von dem verloren, was die ursprüngliche Auseinandersetzung mit dem Tortur-Essay so bemerkenswert macht – und nunmehr dank der Publikation der Vorlesungen nachvollziehbar wird: es ging etwas verloren vom vollen Bewußtsein,

daß die extreme Spannung zwischen dem Subjektiven und dem Allgemeinen sich nicht nach einer Seite hin auflösen läßt, und eben darin die Kritik der metaphysischen Philosophie zu entwickeln wäre.

Améry liest Adorno

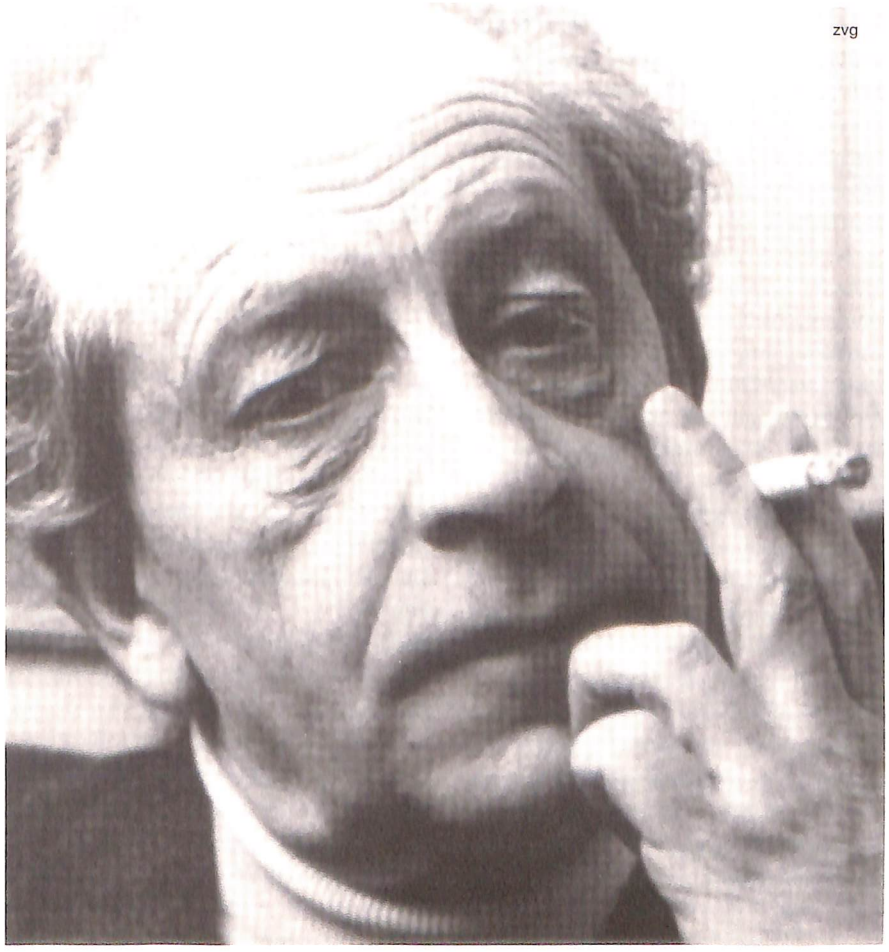
Die spätere Kritik Amérys an Adorno, am «Jargon der Dialektik», kann genau darauf aufmerksam machen. Nicht zufällig konzentriert sich Améry auf eben jene Passagen, die Adorno zunächst in unmittelbarer Beziehung zum Essay über die Tortur entworfen hatte – wobei Améry sicherlich nichts davon wußte, daß sein eigener Essay einmal Thema der Vorlesungen war, die dem letzten Teil des philosophischen Hauptwerks zugrunde lagen; daß er selbst also auf diese Weise inkognito in die «Negative Dialektik» eingegangen war. In Adornos später kritischer Theorie werde die Dialektik, so Améry, gleichsam «noch einmal ‹dialektisiert›, und zwar in Denkbewegungen, von denen zum Teil – wie in den so deutlich wie deutend und deutbar geschriebenen Seiten über den Tod – eine außerordentliche Faszination ausgeht.» Améry zitiert hier einen langen Satz Adornos aus den «Meditationen zur Metaphysik», und leitet das Zitat mit den Worten ein: «Verdrießlich genug für den leider Getroffenen, daß wieder einmal Auschwitz herhalten muß, ein dialektisches Exerzitium zu inspirieren.»[4] Adornos Satz richtet sich dagegen, daß aus dem Schicksal der Opfer «ein sei's noch so ausgelaugter Sinn gepreßt» werde. Erstaunlich ist, daß gerade diese Kritik Améry fragwürdig erscheint, setzte doch auch er in «Jenseits von Schuld und Sühne» seine Situation als Intellektueller in Auschwitz und als jüdisches Opfer explizit gegen jeglichen Versuch der Sinngebung. Nun aber wendet er ein: «die Opfer haben unter Umständen sehr wohl ihrem Geschick einen Sinn abgerungen» – wie, lasse sich nachlesen in Jean-François Steiners «Treblinka».[5]

Der Unterschied liegt in der Subjektivität, mit der sich Améry solidarisch erklärt – und damit stellt er sich gleichsam schützend vor seine Lagerkameraden. Es geht ihm in der Polemik mit Adorno offenkundig darum, die Existenz des einzelnen Opfers, seine individuelle Art zu reagieren, der philosophischen Abstraktion nicht einfach preiszugeben. Adorno selbst wußte von dieser Problematik und revidierte aus diesem Grund sein berühmtes Diktum, nach Auschwitz ein Gedicht zu schreiben, sei barbarisch, mit den Worten: «Das perennierende Leiden hat soviel Recht auf Ausdruck wie der Gemarterte zu brüllen.»[6]

Was aber Améry vor allem geachtet wissen will, ist eine präzise Trennung zwischen Tätern und Opfern: «Den dialektischen Denkern sitzt allerwegen die Furcht vor der Banalität im Nacken – etwa der Banalität, Opfer Opfer und Quäler Quäler sein zu lassen, wie sie es beide waren, als geschlachtet wurde.»[7] Wenn Améry die dialektischen Denker kritisiert, so geht es ihm vor allem um deren Anhänger, die rebellierenden deutschen Studenten: «Es konnte keine gelehrigeren und keine begabteren Schüler geben als die Deutschen. Die Flucht in eine abstrakte Historizität rettete sie vor ihrer konkreten, eben erst katastrophal in ihrer eigenen äußersten Verdichtung zur Hölle gefahrenen Geschichte. Dialektische Geistesschärfe höchster Ordnung brachte das Irreduktible, was sich in diesem Land ereignet hatte, unter in einer keimfreien Denkstruktur. [...] Der Tod war kein Meister aus Deutschland. Er war faschistisch oder faschistoid.»[8] Améry mußte bald einsehen, daß die Erhellung seiner Ressentiments, womit er Mitte der sechziger Jahre begonnen hatte und wodurch er in liberalen und auch theologischen Kreisen Aufsehen erregen konnte, innerhalb der Studentenbewegung und der radikalen Linken kaum irgendwelche Spuren hinterließ. Die «Unmeisterlichen Wanderjahre» sind – in allen Aspekten der Enttäuschung – das Zeugnis von Amérys Resignation über die 68er Studentenrevolte: «Ich kam, sah, verlor – und muckte nicht mehr auf.»[9]

Detlev Claussen – der selbst aus dieser Studentenbewegung kommt – hat Améry einmal als den Exponenten eines «undialektischen Festhaltens des Unterschiedes» bezeichnet,[10] und damit das Entscheidende zur Konstellation zwischen Adorno und Améry gesagt. (Aber in Claussens neuem Buch «Adorno. Ein letztes Genie» – sicherlich das beste, das im Adorno-Jahr erschienen ist – kommt Améry gar nicht mehr vor. Beim Porträtisten die gleiche Verdrängung also wie beim Porträtierten.) Und doch ist es, als würde Améry Adorno durchaus im Sinn Adornos kritisieren, der ja

zvg



in den «Minima moralia» (und zwar als das «Vermächtnis» Walter Benjamins) unmißverständlich die «Nötigung» festgehalten hatte, «dialektisch zugleich und undialektisch zu denken»[11] – und das ist kein netter Sophismus, denn das Beharren auf kategorischer Trennung von Opfern und Tätern muß als Inbegriff des notwendig Undialektischen gelten. Darin liegt vielleicht einer der Gründe, warum Adorno selbst auf den Angriff – oder die Angriffe – Amérys nicht reagierte. (Es war Ulrich Sonnemann, der stattdessen eine «Retourkutsche» abfertigte.[12]) Wie Irene Heidelberger-Leonard mitteilt, geht aus Adornos Briefen an Ernst Fischer hervor, wie viel ihm weiterhin daran lag, daß Améry, den er «sehr schätze», – bei aller wechselseitigen Kritik – «freundlich» zu ihm stehe.[13]

In diesem undialektischen Festhalten des Unterschieds liegt die einzigartige Bedeutung von Amérys Polemik – mag darin manchmal auch eine gewisse Gereiztheit Adorno gegenüber, vielleicht etwas wie Neid auf den Erfolg des großen Theoretikers (insbesondere bei den politisch aktiven Teilen der deutschen Jugend) störend hervortreten. Wie keine andere klärt diese Kritik über die Grenzen der Dialektik nach Auschwitz auf und öffnet die Augen für das Irreduktible, das sich ereignet hat und von dem zu abstrahieren vielfach die falsche Attraktivität von Theorie ausmacht.[14]

Das leicht verletzliche Fleisch

In den «Unmeisterlichen Wanderjahren» heißt es einmal, die Moral sei ebenso unheimlich wie die Geschichte: beide verbergen «den Menschen, dieses arme Bündel aus leicht verletzlichem Fleisch, ungreifbaren Empfindungen, Impressionen, diese arme Haut, die nichts will als sich schützen gegen Eiseskälte und versengende Hitze. Man kann niemals genug Nachsicht haben mit dem Menschen, dessen körperlich vulnerable Existenz ihn von innen zerreibt und verschlingt.»

Hier ist der Punkt markiert, von dem aus Améry alle intellektuellen Auseinandersetzungen führt. Der philosophische Rekurs auf den «quälbaren Leib» (Bertolt Brecht), auf die der Mißhandlung unmittelbar ausgelieferte Physis, verleiht den Auseinandersetzungen, die Améry geführt hat, eine Bedeutung, die über den Positivismusstreit hinausging, ein Gewicht, das innerhalb der linksliberalen Publizistik der sechziger und siebziger Jahre singulär geblieben ist.

An diesem Punkt ergab sich von Anfang an die Differenz zum Positivismus des Wiener Kreises, dem sich Améry seit seinen frühen Wiener Jahren verpflichtet fühlte, aber auch zum Existentialismus Jean-Paul Sartres, der Améry nach 1945 entscheidend prägte. Obwohl ihm dieser Existentialismus die Kraft gab, über Tortur und Auschwitz zu schreiben, obwohl er Sartre fast alles zu verdanken hat, da dessen Philosophie es eben erlaubt, strikt und undialektisch zwischen Opfern und Tätern zu trennen, bleibt hier dennoch ein Unterschied: Denn die kantianisch gestellte Frage der Moral, die Sartre formulierte, also der Begriff der existentiellen Freiheit an sich, löschte in dieser Abstraktheit auch die Erfahrung aus, um die es Améry geht. Zu Sartres Diktum, «daß auch die Folter uns nicht unsere Freiheit nimmt»,[15] stehen Amérys Essays in einem äußersten Spannungsverhältnis. Es verhält sich keineswegs so, daß sie einfach widersprechen und das Gegenteil behaupten würden. Vielmehr machen sie sichtbar, worüber dieses Diktum ungerührt hinweggeht, sprechen aus, wovon dessen Begriff schweigt. Für Sartre ist der physische Schmerz «nur ein Beispiel» für die Kontingenz – es gebe «tausend andere ihrerseits kontingente Weisen, unsere Kontingenz zu existieren.»[16] Auch wenn Sartre dem Körperlichen selbst in der Beziehung zwischen den Menschen konstitutive Bedeutung zuerkennt, er findet für dieses Nichtidentische keine Sprache. Solange er nicht mit der Heideggerschen Begrifflichkeit bricht, erscheint ihm alles, was dem Körper widerfährt, identisch. Genau hier widerspricht Améry: Der physische Schmerz der Tortur ist nicht ein Beispiel wie tausend andere.

Es gibt vielleicht nur eine einzige zeitgenössische Philosophie, die darin mit Améry wirklich konvergiert – eben jene, von Améry gerade in den «Unmeisterlichen Wanderjahren» fast leidenschaftlich befehdete, negative Dialektik Adornos. Wie Amérys Reflexion des Erfahrenen untrennbar ist von dem, was er «arme Haut» und «leicht verletzliches Fleisch» nennt, und woran er die Meisterschaft jeglichen Bewußtseins zuschanden gehen sieht, so hat Adorno in der «Identifikation mit dem unerträglichen Schmerz», im «Moment des Abscheus vor dem physischen Schmerz, des quälbaren Körpers, der irgendeinem Menschen angetan wird»,[17] die einzig mögliche Basis materialistischer Kritik bestimmt – besonders eindrücklich in der «Negativen Dialektik», mit unwiederholbarer Spontaneität in den Vorlesungen zur Metaphysik. Dabei geht es weder Améry noch Adorno um bloßes Mitleid, Sensualismus, Einfühlung. Beide weigern sich – mit verschiedener «philosophischer Armatur» – das Leid als Unmittelbares, als unmittelbar Gegebenes, einfach hinzunehmen.[18]

Dieses Adorno und Améry Gemeinsame ist untrennbar von der Erfahrung der Verfolgung, auch wenn die Verfolgung selbst in kaum vergleichbarer Weise erlebt wurde. Améry, der Gefolterte, mußte beim Schreiben seiner Essays erkennen, daß seine Situation «nicht voll enthalten ist im Begriff des ‚Naziopfers'», er fand sich schließlich «im Bilde des ‚jüdischen Opfers'» und endete seinen Band mit der Bemerkung: «Nichts anderes unterscheidet mich schließlich von den Leuten, unter denen ich meine Tage hinbringe, als eine schwankende, manchmal stärker, manchmal schwächer fühlbare Unruhe. Doch ist es eine soziale Unruhe, keine metaphysische. Nicht das Sein bedrängt mich oder das Nichts oder Gott oder die Abwesenheit Gottes, nur die Gesellschaft [...].»[19] Adorno, der Exilant, hatte in einem Brief an Max Horkheimer 1940 geschrieben: «Mir geht es allmählich so, auch unter dem Eindruck der letzten Nachrichten aus Deutschland, daß ich mich von dem Gedanken an das Schicksal der Juden überhaupt nicht mehr losmachen kann. Oftmals kommt es mir vor, als wäre das, was wir unterm Aspekt des Proletariats zu sehen gewohnt waren, heute in furchtbarer Konzentration auf die Juden übergegangen. Ich frage mich, ob wir nicht [...] die Dinge, die wir eigentlich sagen wollen, im Zusammenhang mit den Juden sagen sollten, die den Gegenpunkt zur Konzentration der Macht darstellen.»[20] Das Proletariat kann aber nicht einfach durchs Judentum ersetzt werden. Der veränderte Zusammenhang verändert auch den Begriff von Macht und Ohnmacht, Individuum und Kollektiv; für den, der sich über antisemitische Verfolgung, die auf physische Vernichtung zielt, keine Illusionen mehr macht, verliert das Diktat des marxistischen Klassenbegriffs wie das der idealistischen Kategorie seine Wirksamkeit: das Ein-

zelne rückt in ein anderes Verhältnis zum Allgemeinen – eines, das die Physis apprehensiv hervortreten läßt.

Nachsatz: Die Kunst und der quälbare Leib

Amérys Essay über die Tortur nimmt in der Ausarbeitung der «Negativen Dialektik» eine Stellung ein, wie sie sonst bei Adorno wesentlich der Musik zukommt. In seinen Aufzeichnungen zu dem großen Beethoven-Buch «Philosophie der Musik», das Adorno noch der «Negativen Dialektik» zur Seite stellen wollte, heißt es, die Symphonie sei die Musik, «welche selber zum Leib wird. Die Symphonie ist der musikalische Leib, daher die spezifische Art der symphonischen Teleologie, die nicht zu einem ‹Ziel› führt: vermöge des symphonischen Prozesses vielmehr wird die Musik als Leib enthüllt. Die Symphonie bewegt, regt ‹sich›; bleibt stehen, geht weiter und die Totalität ihrer Gesten ist die intentionslose Vorstellung des Leibes.»[21] Vor allem aber bäumt sich dieser Leib auf und bricht zusammen – unter den Schlägen, die ihm versetzt werden: Adornos Studien zu Mahler, Schönberg und Berg gewinnen ihre Stringenz aus der fortwährenden Reflexion auf die Formen, in denen das Kunstwerk das unmittelbar Leibliche evoziert. Sie realisieren dabei, jede auf ihre Weise, was dem einzelnen zugefügt wird unter den Bedingungen einer Gesellschaft, die das Potential der Vernichtung in sich trägt: «Mahlers Musik ist Traum des Individuums vom unaufhaltsamen Kollektiv. Zugleich aber drückt sie objektiv aus, daß Identifikation mit ihm unmöglich sei. [...] Identifiziert Mahlers Musik sich mit der Masse, so fürchtet sie diese zugleich. Die Extreme ihres kollektiven Zuges, etwa im ersten Satz der Sechsten Symphonie, sind jene Augenblicke, wo der blinde und gewalttätige Marsch der vielen dazwischen fährt: Augenblicke des Zertrampelns.»[22] «Eine musikalische Physiognomik» lautet der Untertitel der Monographie über Gustav Mahler: Adorno erkennt im Leibhaften, das die Musik darstellt, noch Mahlers Verhältnis zum Judentum – vermittelt durch das Bild, das von ihm kursiert: «das Grelle, zuweilen Näselnde, Gestikulierende und durcheinander Redende», das Mahlers Musik offen artikuliert, «macht genau, ohne Beschönigung, jenes Jüdische zur eigenen Sache, das den Sadismus reizt.»[23]

Ebenso sieht Adorno in Schönbergs neuer Musik, hindurchgegangen durch die Determination des Komponierens mit zwölf nur aufeinander bezogenen Tönen, an entscheidender Stelle das Körperliche hervorbrechen und darin erst ihre Kritik zu Ende geführt: wie in ihren Ursprüngen greife Musik «übers Reich der Intentionen» hinaus – diese Musik ist «gestischer Art» und nah verwandt dem Ursprung des Weinens: «Es ist die Geste des Lösens. Die Spannung der Gesichtsmuskulatur gibt nach, jene Spannung, welche das Antlitz, indem sie es in Aktion auf die Umwelt richtet, von dieser zugleich absperrt. [...] Die Sentimentalität der unteren Musik erinnert in verzerrter Gestalt, was die obere Musik in der wahren am Rande des Wahnsinns gerade eben zu entwerfen vermag: Versöhnung.»[24]

Der Gegensatz zu Strawinsky wird hier am deutlichsten. (Nur wer, wie Peter Bürger, vom «quälbaren Leib» vollständig abstrahiert, kann dabei von einem «schwer nachvollziehbaren Dezisionismus der Wertung» sprechen, ja Adorno überhaupt des «Anti-Avantgardismus» bezichtigen.[25]) Strawinskys Musik zu «Sacre du Printemps» ist auf andere Art gestisch: sie erzeugt aus der Darstellung der leibhaftigen Vernichtung ästhetische Effekte, ästhetisiert das Grauen. Die «Erwählte», die in diesem Ballettstück über einen heidnischen Kult aus dem alten Rußland geopfert werden soll, «tanzt sich selber zu Tode»[26], bejaht durch die Musik ihre eigene Vernichtung im vorgeführten Ritual. In solcher Kunst «wird ausgerottet, was als Individuiertes vom Kollektiv sich unterscheidet.»[27] Adornos Strawinsky-Kritik wäre durchaus als Parallele zu seiner Auseinandersetzung mit Heidegger zu lesen: ästhetische Kritik am Sein zum Tode. Zugleich ergeben sich erstaunliche Konvergenzen mit Amérys Polemik gegen den «Ästhetizismus der Barbarei» in der neueren Literatur, etwa bei Michel Tournier.[28]

Schönberg gilt der «Philosophie der neuen Musik» als Gegenpol dieser regressiven Tendenzen der Moderne, denn seine Musik negiert mit allen zur Verfügung stehenden ästhetischen Mitteln eine Ästhetisierung des Grauens – und die von ihr «am Rande des Wahnsinns» entwickelten Mittel sind dazu wie geschaffen: sie verhindern, daß die Grausamkeit ausgekostet werden kann. Man denke nur an seine Komposition des «Tanzes um das Goldene Kalb» aus «Moses und Aron», die wie eine Antwort auf das «Frühlingsopfer» Strawinskys gehört werden kann. Es geht ihr um die Aufdeckung gesellschaftlicher Selbstzerstörung, nicht um die Beschwörung eines naturhaften Rituals: die Rhythmen sind nicht einfach repetierend oder effektvoll in Synkopen stampfend, sie sind irregulär, voller störender Gegenrhythmen.[29] Während die Musik des «Sacre» sich mit der vernichtenden Instanz identifiziert und ihr alles Individuelle opfert – darin liegt der Genuß, den sie bietet –,[30] kann Schönbergs Komposition in allem die Einheit als falsche, infernale vorführen, weil sie gegen den Zwang zur Vereinheitlichung unbedingt am Individuierten festhält.

Es ist dieses Festhalten am Individuierten, das sich in der Darstellung des Schmerzes, des quälbaren Leibs, bewährt: es verhindert die Ästhetisierung des Grauens und bewirkt die Wahrheit der Kunst. Adorno fand es wieder, als er den Essay von Jean Améry über die Tortur las. ■

1) Der vorliegende Beitrag geht von Fragen aus, die ich bereits im Nachwort von Band 2 (Jenseits von Schuld und Sühne / Unmeisterliche Wanderjahre / Örtlichkeiten, Stuttgart 2002) und Band 6 (Aufsätze zur Philosophie, Stuttgart 2004) der neuen Ausgabe der Werke Jean Amérys, herausgegeben von Irene Heidelberger-Leonard, formuliert habe.

2) Theodor W. Adorno: Metaphysik. Begriff und Probleme (Vorlesung 1965). Hg. v. Rolf Tiedemann. Nachgelassene Schriften. Hg. v. Theodor W. Adorno Archiv. Abt. IV: Vorlesungen Bd. 14. Frankfurt am Main 1998, S. 166

3) Ebd. S. 170f.

4) Jean Améry: Jargon der Dialektik (1967). Jean Améry: Aufsätze zur Philosophie. Werke. Hg. v. Irene Heidelberger-Leonard. Bd. 6. Hg. v. Gerhard Scheit. Stuttgart 2004, S. 289

5) Ebd.

6) Theodor W. Adorno: Negative Dialektik. Gesammelte Schriften. Hg. v. Rolf Tiedemann. Bd. 6. Frankfurt am Main 1997, S. 355

7) Améry, Jargon der Dialektik, S. 290

8) Jean Améry: Unmeisterliche Wanderjahre (1971). Werke. Hg. v. Irene Heidelberger-Leonard. Bd. 2. Hg. v. Gerhard Scheit. Stuttgart 2002, S. 314f.

9) Ebd. S. 316. Er muckte aber dennoch immer wieder auf: am entschiedensten gegen den Antizionismus der Neuen Linken. Nahmen auch Adorno und Horkheimer gegen diese verdeckten Formen des Antisemitismus Stellung, die nach dem Sechstagekrieg in der Neuen Linken plötzlich her-

vortraten, so ist hier Améry weitaus konsequenter in seiner Kritik. In seinem zwischen dem ersten Selbstmordversuch und dem Freitod geschriebenen Vorwort zur Neuausgabe von «Jenseits von Schuld und Sühne» von 1977 wird besonders deutlich, wie wenig Resignation ihn je hindern konnte zu revoltieren, wenn es um seine Erfahrungen ging: «Das sowohl politische wie jüdische Nazi-Opfer, das ich war und bin, kann nicht schweigen, wenn unter dem Banner des Anti-Zionismus der alte miserable Antisemitismus sich wieder hervorwagt.» (Jean Améry: Jenseits von Schuld und Sühne. Werke Bd. 2, S. 16f.)

10) Detlev Claussen: Eine kritische Differenz. Zum Konflikt Jean Amérys mit Theodor W. Adorno und Max Horkheimer. In: Stephan Steiner (Hg.): Jean Améry (Hans Maier). Basel - Frankfurt am Main 1996, S. 203 f.

11) Theodor W. Adorno: Minima moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben. Gesammelte Schriften, Bd. 4, S. 171

12) Ulrich Sonnemann: Jargon der Dialektik? Kleine Abfertigung einer Retourkutsche. In: Merkur 1968/4, S. 379-382. Im selben Heft findet sich auch Amérys Antwort auf Sonnemann (S. 382-384).

13) Irene Heidelberger-Leonard: Jean Améry. Revolte in der Resignation. Biographie. Stuttgart 2004, S. 216 f.

14) Améry, Unmeisterliche Wanderjahre, S. 236

15) Jean-Paul Sartre: Das Sein und das Nichts. Deutsch von Hans Schöneberg u. Traugott König. Reinbek 1994, S. 903

16) Ebd. S. 597

17) Adorno, Metaphysik, S. 182f.

18) Améry fordert – durchaus in den Begriffen Sartres – den Aufstand gegen das Vergangene, damit gegen eine Vernunft, die nur das positiv Vorhandene anerkennen will: «Darf ich denken und handeln auf das hin, was sein soll, dann darf ich auch zumindest erwägen, was hätte sein müssen.» Hier spricht er von der «Unvernunft des Wirklichen», von der Notwendigkeit des Irreseins, als «Verstoß gegen die Grundlagen des Realitätsprinzips» (Améry, Unmeisterliche Wanderjahre, S. 313f.). Auf der Möglichkeit zu insistieren, daß es anders hätte sein können – und damit: daß es anders sein soll, darin stimmen Améry und Adorno immer überein.

19) Améry, Jenseits von Schuld und Sühne, S. 22 u. 177

20) Theodor W. Adorno an Max Horkheimer, 5. 8. 1940. Max Horkheimer: Gesammelte Schriften Bd. 16. Briefwechsel 1937-1940. Hg. v. Gunzelin Schmid Noerr. Frankfurt am Main 1995, S. 764

21) Theodor W. Adorno: Beethoven. Philosophie der Musik. Fragmente und Texte. Hg. v. Rolf Tiedemann. Nachgelassene Schriften. Abt. 1. Fragment gebliebene Schriften Bd. 1. Frankfurt am Main 1993, S. 170

22) Theodor W. Adorno: Mahler. Eine musikalische Physiognomik. Gesammelte Schriften Bd. 13, S. 182f.

23) Ebd. S. 291

24) Theodor W. Adorno: Philosophie der neuen Musik. Gesammelte Schriften Bd. 12, S. 122

25) Peter Bürger: Zur Kritik der idealistischen Ästhetik. Frankfurt am Main 1983, S. 128-135. Was Bürger an der idealistischen Ästhetik kritisiert – Autonomiestatus, «auratischer Werkbegriff» und «kontemplative Rezeption» – ist gerade die Form, die es der Kunst erlaubt, das Leibhafte bewußt zu machen, garantiert also den eigentümlichen Materialismus der Kunst, während Bürgers Liquidation aller ästhetischen Distanz – akademische Mimikry an Futurismus und Agitprop – auf einen vorkritischen Idealismus hinausläuft, der nichts mehr von seinen eigenen Voraussetzungen weiß.

26) Adorno: Philosophie der neuen Musik, S. 147

27) Ebd. S. 145f.

28) Vgl. hierzu Jean Améry: Aufsätze zur Literatur und zum Film. Werke. Hg. v. Irene Heidelberger-Leonard. Bd. 5. Hg. v. Hans Höller. Stuttgart 2003, S. 174-188

29) Vgl. zur genaueren Analyse Nicolas Schalz: «Ein Opfer der Masse». Der Tanz um das Goldene Kalb aus Arnold Schönbergs Oper Moses und Aron. In: Künste im Exil (Jahrbuch für Exilforschung Bd. 10). Hg. v. Claus-Dieter Krohn u. a. München 1992. S. 118; Gerhard Scheit: Verborgener Staat, lebendiges Geld. Zur Dramaturgie des Antisemitismus. Freiburg 1999, S. 477-488

30) Über die zugleich in bestimmten Momenten wirksamen Gegentendenzen in Strawinskys eigener Musik hat niemand anderer als Adorno ausführlich geschrieben. Vgl. hierzu Philosophie der neuen Musik, S. 148. Umgekehrt – und das zeigt die ganze Größe des Künstlers Strawinsky – ließ die Kritik Adornos den Komponisten offenbar nicht unbeeindruckt, wie Heinz-Klaus Metzger berichtet: «Adorno hat Strawinsky verändert. Man kann die 11. Feuerbach-These von Marx paraphrasieren: Die Musikkritiker haben Strawinsky nur verschieden interpretiert, es kömmt drauf an, ihn zu verändern. Das hat Adorno getan. Strawinsky gehörte zu den allerersten Lesern der ‹Philosophie der neuen Musik›, das bestätigte mir sein Freund und Biograf Robert Craft. Strawinsky fühlte sich von Adornos Kritik wohl bis ins Mark getroffen. Er ließ diese tödliche Attacke nicht auf sich sitzen und besorgte mit Hilfe der Reihentechnik seine eigene Wiederauferstehung.» (Heinz- Klaus Metzger: «Adorno hat auch gut gesungen». Jens Wernscheid sprach mit Metzger über den Komponisten und Musikkritiker Adorno. In: Jungle World, 3. 9. 2003.) Im Zusammenhang mit dieser das Spätwerk von Strawinsky prägenden Auseinandersetzung mit der Schönberg-Schule wären nicht nur im rein kompositorischen Sinn die fünfsätzigen «Movements» für Klavier und Orchester von 1958/59 zu sehen, sondern darüber hinausreichend etwa auch die Ballade «Abraham und Isaak» von 1962/63, die mit dem hebräischen Text aus dem Alten Testament das Thema des Menschenopfers in vollständig veränderter Form wiederaufnimmt. Tritt auch in den späten Kompositionen ein rituelles Moment deutlich hervor, ist es doch ganz anderer Art als jenes des «Sacre du printemps».

Gerhard Scheit ist Publizist und Musikwissenschafter. U.a. gibt er die Bände 2 und 6 der neuen Ausgabe von Jean Amérys Werken (Klett-Cotta) heraus.

iz3w ▶ Zeitschrift zwischen Nord und Süd

»... über die Jahre im Spitzenfeld politischer Zeitschriften überhaupt...«
WDR

Die iz3w berichtet alle sechs Wochen über die Zumutungen des globalen Kapitalismus, über Soziale Bewegungen, Rassismus, Ökologie, Literatur und kritische Theorien.

52 Seiten, Einzelheft € 4,-
Abo € 32,- / erm. € 26,-

informationszentrum 3. welt
Postfach 5328 · D-79020 Freiburg
Fon (0761) 740 03 · Fax 70 98 66
info@iz3w.org · www.iz3w.org

Systematischer Zwang in der Psychiatrie

Eine neuere historische Studie beschäftigt sich mit sozialen und institutionellen Aspekten von psychiatrischen Zwangsmassnahmen. Sie zeigt auf, dass die Disziplinierung von PatientInnen weit mehr den Anstaltsalltag bestimmt als die therapeutische Zielsetzung. Im übrigen fällt die Studie vor allem durch ihre konzeptuellen Mängel auf.

von Alex Riva

Im Auftrag der Zürcher Gesundheitsdirektion haben drei Wissenschafterinnen der universitären Forschungsstelle für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte die Dossiers der Insassen von zwei kantonalen psychiatrischen Kliniken im Zeitraum von 1870 bis 1970 ausgewertet. Marietta Meier, Gisela Hürlimann und Brigitta Bernet gehen in ihrem Bericht der Frage nach, wie, in welchem Ausmass und aus welchen Gründen Zwangsmassnahmen in der Psychiatrie zur Anwendung kamen.

Ergangen ist der Auftrag zur vorliegenden Studie aufgrund der Kritik am eugenischen Engagement führender Zürcher Psychiater seit dem Ende des 19. Jahrhunderts. Im Vordergrund standen bei dieser Kritik die Sterilisationen und Kastrationen, die im Kanton Zürich an Tausenden von Menschen durchgeführt wurden, meist, nachdem sie durch Behörden und Psychiater in eine Zwangslage versetzt worden waren.

Die Verfasserinnen der Studie kommen zum Schluss, dass eugenisch motivierte Übergriffe einen statistisch verschwindend kleinen Teil der Zwangsmassnahmen in den psychiatrischen Anstalten ausmachen. Auf den ersten Blick mag das überraschen, leiteten doch so fanatische Eugeniker wie August Forel oder Eugen Bleuler die grosse psychiatrische Anstalt «Burghölzli». Unter Berücksichtigung der Arbeitsteilung innerhalb des kantonalen sozialhygienischen Programms ist der Befund jedoch leicht zu erklären. Betroffen von den Sterilisationen waren insbesondere Personen, die von den Psychiatern als «minderwertig» eingestuft, aber nicht oder nicht dauernd psychiatrisch interniert wurden. Ihre Körper und ihre Sexualität unterstanden nicht der direkten Kontrolle, wie sie in einer Anstalt ausgeübt wird. Damit sie trotzdem im wahnverfallenen Sinn der Volkshygiene keine «unerwünschten» Kinder hätten, griff sie der verlängerte Arm derer, die das vermeintliche Volkswohl zu hüten ermächtigt waren, aus der Gesellschaft heraus und führte sie in grösstenteils nicht-psychiatrischen Kliniken der Sterilisation zu. Auf den Versuch, sich zu widersetzen, wurde der betreffenden Person oft mit der Drohung geantwortet, sie in eine Anstalt zu stecken, falls sie nicht einwillige. Externes eugenisches Verfahren wurde bevorzugt, weil es weniger kostspielig war als die psychiatrische Internierung.

Rassenhygienische Dimension

Grundsätzliche Überlegungen zur rassenhygienischen Dimension der Schweizer Psychiatrie sucht man in der Untersuchung vergeblich, obschon gerade die Kritik an der Eugenik den Anstoss zur Aufarbeitung gegeben hatte. Die offen rassenhygienischen Verfahren werden im Fall der Zwangssterilisationen nur unzureichend analysiert, im Fall der Verfolgung und häufigen Psychiatrisierung von Fahrenden im Zuge des Projekts «Kinder der Landstrasse» überhaupt nicht. Auf die Jenischen, Roma und Sinti zielte bis 1973 eine langfristige, rassistische Dezimierungspolitik ab, in der die Psychiatrie eine entscheidende Rolle spielte. Obwohl die Kindswegnahmen, oft verbunden mit disziplinarischer Internierung der Heranwachsenden, oder die psychiatrische «Begutachtung» von Fahrenden mit anschliessender Sterilisation grösstenteils in den untersuchten Zeitraum fallen, kommen Jenische, Roma und Sinti in den Fragestellungen gar nicht vor. Für diese Auslassung sind wie für die anderen konzeptuellen Unzulänglichkeiten in erster Instanz Jakob Tanner und Marietta Meier verantwortlich, die das Studienprojekt entworfen und geleitet haben.

Zu diesen Schwächen gehört auch das Fehlen einer klaren Auffassung von Eugenik. Aus der Sicht der Autorinnen schliessen Kostenüberlegungen und eugenische Motive sich gegenseitig aus, während in Wirklichkeit die Einsparung von Sozialkosten bekanntlich regelmässig ein Moment der Eugenik bildet. Die irrtümliche Auffassung verleitet zur Verharmlosung oder zu Legitimationen wie derjenigen, dass Zwangssterilisationen in erster Linie zur Finanzierung des Wohlfahtsstaates durchgeführt wurden (S. 5).

Disziplinierung und Therapie

Statt der eugenischen Praxis der Zwangssterilisationen stehen, wie gesagt, die in psychiatrischen Anstalten selber angewandten Zwangsverfahren im Zentrum der vorliegenden Untersuchung.

Aus den PatientInnendossiers geht hervor, dass schon der Eintritt in eine psychiatrische Klinik bei der grossen Mehrzahl der Eingewiesenen unfreiwillig erfolgte (S. 75). Bei den darauf an den Internierten vollzogenen Methoden unterscheiden die Autorinnen zwischen therapeutischen und disziplinarischen Massnahmen. Auf die Problematik, dass sie sich dabei hauptsächlich auf die Aufzeichnungen in den PatientInnenakten, also auf Äusserungen der Behandelnden bzw. Misshandelnden stützen, wird weiter unten noch eingegangen. Erstaunlich ist vorerst einmal, dass selbst diese Gruppe ihr psychiatrisches Vorgehen in den meisten Fällen für disziplinarisch motiviert erklärt. «Durchschnittlich war die Wahrscheinlichkeit für eine therapeutisch motivierte Behandlung zweimal kleiner als für eine disziplinarische Massnahme» (S. 123), stellen die Autorinnen in Bezug auf den gesamten Untersuchungszeitraum fest. Disziplinarische Absichten wurden nicht allein mit Isolation, Abteilungsversetzungen und Deckelbädern verfolgt, sondern auch mit den damals als heilsam angepriesenen «Kuren»: Elektro- und Insulinschocks, Schlaf- und Malariakuren bis hin zur Lobotomie (chirurgische Verstümmelungen am Gehirn). Solche meist erzwungenen Massnahmen wurden zur leichteren Aufrechterhaltung der Anstaltsordnung, manchmal auch zum Schutz von Personal und anderen PatientInnen ergriffen.

Ein weiteres aufschlussreiches Resultat der Studie ist, dass den harten

«Kuren» mehrheitlich Frauen unterzogen wurden. Über die ganze untersuchte Zeitspanne hinweg sind Frauen doppelt so häufig «therapeutisch» behandelt worden wie Männer (S. 126). Die Untersuchung bietet hierzu einige stichhaltige Erklärungsansätze. So werden von den grösstenteils männlichen Psychiatern geschlechtsstereotype und im allgemeinen strengere Erwartungen an Frauen herangetragen. Frauen erhalten von vornherein schwerere Krankheiten diagnostiziert (Schizophrenie, Psychose, usw.), was auch belastendere Behandlungsformen nach sich zieht. Aus den Aufzeichnungen in den Akten geht hervor, dass die psychiatrische Vorstellung von einer geistig «gesunden Frau» ruhiges und friedliches Verhalten sowie Gehorsam und Sauberkeit voraussetzt. Zudem wird von Frauen eine emotionale Zugänglichkeit gefordert, während bei Männern Arbeitsbereitschaft und intellektuelle Aufnahmefähigkeit hinreichen. Die psychiatrische Klinik erweist sich somit auch als eine Einrichtung, in der die Einhaltung der ungleichen, gesellschaftlich vorgegebenen Geschlechterrollen mit allen verfügbaren Mitteln erzwungen wird.

Einseitigkeiten

Diese aufschlussreichen Ergebnisse kontrastieren mit den teils konzeptuell bedingten Mängeln der Studie. Aufgrund einer fachspezifischen Selbstbeschränkung versuchen die Historikerinnen, medizinischen, psychiatrischen und allgemein naturwissenschaftlichen Themen auszuweichen – mit dem Resultat, dass sie ideologische Komponenten solcher Fachrichtungen stellenweise reproduzieren: «Da bei Frauen mehr Massnahmen durchgeführt wurden und das Motiv Therapie stark überwiegt, stellt sich die Frage, ob und inwiefern Frauen als ‹das verrückte Geschlecht› zu betrachten seien. Der festgestellte ‹gender bias› lässt sich nicht allein auf genetische oder neurobiologische Faktoren zurückführen, sondern muss auf soziokulturelle und ökonomische Dimensionen hin analysiert werden» (S. 129f.). So gut dieser Vorsatz ist, so unnötig ist es, die Diskrepanz «nicht allein» und damit eben doch ein bisschen auf die Gene zurückzuführen. Um zu wissen, dass eine solche biologistische Behauptung auf wissenschaftlich verbrämter Misogynie beruht, müssten historische Kenntnisse allerdings ausreichen.

Was die Tätigkeit der Psychiater anbelangt, überwiegen in der Studie übertriebene Vorsicht in der Beurteilung und falsche Rücksicht auf das fachfremde akademische Spezialistentum. Wo das Urteil unumgänglich wird, führen die Autorinnen gar das schlechteste Argument zur Begründung von begangenem Unrecht an: die gute Absicht. «Obwohl solche Verfahren», gemeint sind psychiatrische Schocktherapien, «aus heutiger Sicht mehrheitlich der wissenschaftlichen Legitimation entbehren, wäre es verfehlt, ihnen ex post die therapeutische Zielsetzung abzusprechen» (S. 110).

Durch Konzentration der empirischen Erhebung auf die PatientInnendossiers und auf die darin geäusserten Motive des psychiatrischen Personals entstehen überhaupt Einseitigkeiten. Es fragt sich bei Methoden wie Elektroschock, Insulinkur oder Lobotomie, deren therapeutischer Wert allenfalls so relevant ist wie der kulinarische Wert von Giftpilzen im Endeffekt nämlich zu vernachlässigen ob nicht den Auswirkungen auf die Traktierten mehr Gewicht beizumessen wäre als den Motiven der Traktierenden.

Es liesse sich z.B. feststellen, dass die Lobotomien oder Leukotomien, die in der Klinik «Burghölzli» über 150 Mal angewandt wurden, bevor diese Praktiken in den 50er Jahren wieder aufgegeben wurden, eine ähnliche Wirkung hervorriefen wie die sie ablösende Verabreichung der verschiedenen Psychopharmaka. Die Hirnschnitte wurden meist als letzte Massnahme nach einer Reihe von erfolglosen Versuchen durchgeführt, eine psychiatrisierte Person zu disziplinieren und ruhigzustellen. Diese Art finale Therapie diente in erster Linie der längerfristigen und leichteren Aufrechterhaltung der Anstaltsordnung. Die Wirkung, die diesem Zweck entsprach, nämlich ein dauerhafter Dämmerzustand bei den PatientInnen, liess sich mit den in den 50er Jahren aufkommenden Neuroleptika leichter und sicherer erzielen. Das kann ein Anhaltspunkt dafür sein, weshalb sich in den untersuchten PatientInnendossiers seit Einführung der Psychopharmaka therapeutische und disziplinarische Motive für eine Behandlung nicht mehr klar unterscheiden lassen. Die beiden Motive scheinen seit der psychopharmakologischen Wende für das psychiatrische Verständnis zusammenzufallen. Die PatientInnen jedoch laufen seither Gefahr, von Beginn weg einer finalen Therapie unterzogen zu werden, die ihre psychischen Probleme nicht angeht, sondern bloss unter Herausbildung einer Medikamentensucht ihr reibungsloses Funktionieren in Anstalt und Gesellschaft garantiert.

Damit ist ein weiterer Mangel der Studie angesprochen: die fehlende Sicht, der fehlende Standpunkt der PatientInnen. Der kurze letzte Teil, der den Widerstand gegen psychiatrische Zwangsmassnahmen in Einzelfällen thematisiert, wirkt alibihaft und vermag diesen konzeptuellen Mangel der Studie nicht wettzumachen. Unumwunden ziehen es die Autorinnen «aus erkenntnistheoretischen Gründen in Zweifel [...], dass die authentische Sicht geisteskranker Menschen HistorikerInnen wirklich zugänglich ist», und begründen damit – womöglich weil deren Sicht in den PatientInnendossiers völlig authentisch zum Ausdruck kommt und somit selbst folterähnliche Behandlungsmethoden nachvollziehbar werden – ihre «Konzentration auf die Motive und Handlungsspielräume der ÄrztInnen» (S. 197). An anderer Stelle ist die Rede davon, dass «eine auf Empirie basierende Untersuchung auch aus methodischen Gründen nicht auf der sehr individuellen Sicht verschiedener PsychiatriepatientInnen beruhen [kann], die sich zuweilen objektiven Prinzipien verweigert» (S. 98). Liegt das nun an der Empirie oder an den PatientInnen? Oder am Ende gar an einem ganz eigentümlichen Objektivitätsanspruch? Wie dem auch sei, es spricht einiges dafür, dass in der subjektiven Sicht der Objekte von Zwangsmassnahmen eine für die kritische Beurteilung psychiatirischer Praxis nicht unerhebliche Objektivität enthalten wäre. ■

Marietta Meier, Gisela Hürlimann, Brigitta Bernet. Zwangsmassnahmen in der Zürcher Psychiatrie 1870-1970. Bericht im Auftrag der Gesundheitsdirektion des Kantons Zürich. Projektleitung: Jakob Tanner, Marietta Meier. Zürich 2002.

Niemand verantwortlich für Schweizer Eugenik

In den zwei vom Nationalsozialismus militärisch nicht besetzten Ländern Schweden und Schweiz hat man es nach 1945 nicht für nötig gehalten, die eigenen rassenhygienischen Projekte aufzugeben. Eugenisch instruiertes Personal hat bis in die 70er bzw. 80er Jahre Zwangssterilisationen an Menschen durchgeführt, die für «minderwertig» befunden wurden. In Schweden haben die Opfer von Zwangssterilisationen nach einem Beschluss der Regierung von 1999 Anrecht auf umgerechnet rund 30 000 Franken Entschädigung. Eine ähnliche Regelung lässt in der Schweiz weiterhin auf sich warten. Dies obwohl viele Opfer der eugenischen Politik, die in den 30er und 40er Jahren besonders intensiv betrieben wurde, schon alt sind und unter schwierigen Verhältnissen leben.

Eine nationalrätliche Kommission für Rechtsfragen hat, aufgrund der von Margrith von Felten 1999 eingebrachten parlamentarischen Initiative, im letzten Jahr einen gesetzlichen Vorschlag zur Entschädigung der Opfer und zur Verhinderung von weiteren unfreiwilligen Sterilisationen ausgearbeitet. Wer davon ausgeht, dass die Befürwortung dieser beiden Anliegen selbstverständlich sei, sieht sich spätestens seit der bundesrätlichen Stellungnahme vom August 2003 eines schlechteren belehrt.

Eine Entschädigung an zwangssterilisierte Menschen hat der damalige Bundesrat unter Vorwegnahme der erklärten Sparwut des heutigen zu verweigern empfohlen. Da üblicherweise eine Haltung, je weniger sie zu rechtfertigen ist, desto mehr Argumente für sich in Anspruch nimmt, können hier nicht alle Gründe wiedergegeben werden, aus denen der Bundesrat eine effektive Anerkennung des begangenen Unrechts ablehnt. Bloss deren vier seien erwähnt.

1. Der Bundesrat widerspricht unbekümmert einem Grundsatz der Menschenrechte, wonach ein «Eingriff an einer einwilligungsunfähigen Person» nur zu deren «unmittelbaren Nutzen» vorgenommen werden darf. Demgegenüber möchte der Bundesrat auch andere Interessen, vor allem die des persönlichen Umfelds der Opfer, berücksichtigt wissen. Selbst für die heutige Sterilisationspraxis will er entgegen dem nationalrätlichen Vorschlag Bedürfnisse von Nahestehenden miteinbeziehen und Eingriffe auch dann zulassen, wenn die direkt betroffene Person sich ablehnend dazu äussert. Diese Propagierung eines halben Verbots von Zwangssterilisationen geht Hand in Hand mit der Revision des Begriffs in historischer Perspektive: «Es scheint uns demnach problematisch, jeden an einer urteilsunfähigen Person vorgenommenen Eingriff, der nicht in deren ausschliesslichem Interesse erfolgte, als Zwangssterilisation zu taxieren, die zu einem Entschädigungsanspruch führen kann.» Damit versucht der Bundesrat das Ausmass der Zwangssterilisationen herunterzuspielen. Gleichzeitig verschweigt er in seiner immerhin dreizehnseitigen Stellungnahme, dass es sich bei der Zwangssterilisation nach international üblichem Rechtsverständnis um den Tatbestand der «schweren Körperverletzung» handelt.

2. Besonders gewitzt ist die Berufung darauf, dass zu den Zwangssterilisationen des letzten Jahrhunderts historiographische Daten fehlen. Das darf der Bundesrat nicht zuletzt sich selber zuschreiben, denn statt der 1997 parlamentarisch postulierten, umfassenden Untersuchung über die Hintergründe von Zwangssterilisationen hatte er bloss eine begrenzte Vorstudie in Aussicht gestellt, worauf der Nationalrat den Vorschlag zu einer solchen Studie 1999 überhaupt verwarf. Vier Jahre später schreibt der Bundesrat: «Wir erachten es als problematisch, eine spezielle Entschädigungsregelung zu schaffen, ohne über die Situation der Zielpersonen, die Umstände der Eingriffe und die aktuellen Bedürfnisse der betroffenen Personen besser Bescheid zu wissen.» Nicht genug, dass die Bestrafung der damals anordnenden und ausführenden Personen im eugenischen Apparat der Schweiz heute gar nicht erst zur Debatte steht. Die oberste Exekutive entwickelt auch noch die mehr als eigenwillige Auffassung, dass selbstverschuldete Unkenntnis den Staat vor Entschädigungszahlungen schützt.

3. Angezweifelt wird die Zuständigkeit des Bundes. Nach Ansicht des Bundesrates müssten für eine allfällige Entschädigung allein die Kantone aufkommen, da ihnen das Fürsorge- und Gesundheitswesen unterstellt ist. Eine solche Haltung verkennt, dass die Eugenik sich prinzipiell nach dem Staat ausrichtet und somit, wo sie politisch umgesetzt wird, den gesamten Nationalstaat betrifft. Der Bundesrat widersteht aber der teuflischen Verlockung eines solchen Eingeständnisses: «Zwar könnte man versucht sein, dem Bund eine Unterlassung vorzuwerfen, weil dieser es versäumt hat, rechtzeitig klare Schranken für Sterilisationen festzulegen. Allerdings würde ein gefährlicher Präzedenzfall geschaffen, wenn ein Entschädigungsanspruch immer dann zugestanden würde, wenn der Bund seine Rechtskompetenz nicht sofort in Anspruch nimmt.» Nicht sofort? Immerhin hat es von den ersten Zwangssterilisationen in der Schweiz mehr als hundert Jahre gedauert, bis nun endlich ein Gesetzesentwurf dagegen vorliegt. Der Bundesrat drückt sich nicht versehentlich so salopp aus, kann er doch auch schreiben:

4. «Die Anerkennung, welche die Gesellschaft den Opfern von Zwangssterilisationen schuldet, muss nicht unbedingt in Form einer finanziellen Entschädigung erfolgen, zumal diese für einen Teil der Opfer ohnehin zu spät käme. Statt ständig vergangene Ungerechtigkeiten kompensieren zu wollen und bei den Betroffenen möglicherweise Wunden zu öffnen, die im Laufe der Zeit verheilt sind, ziehen wir es vor, die vorhandenen Mittel für die Verbesserung der Hilfeleistung gegenüber [...]» usw., usw. Entschädigungszahlungen sind also zu vermeiden zum Wohl und im Interesse der Betroffenen. Etwas Dummdreisteres könnte man sich gar nicht einfallen lassen gegenüber Opfern eines irreversiblen Übergriffs, deren Wille und Ansprüche schon einmal übergangen worden sind.

Alex Riva

Der Ameisensozialist

Die Wirkung des Schweizer Psychiaters August Forel, eines Gründervaters der Eugenik, reichte bis in den Nationalsozialismus hinein. Trotzdem blieb der rassistische Ameisenfreund, dessen Konterfei bis vor kurzem auf der Tausendfrankennote zu sehen war, lange Zeit eine eidgenössische Nationalikone.

von Simon Hofmann

«Man kann sagen, dass diese Insekten uns eine perfekte Art von Sozialismus, der in seiner praktischen Ausführung bis zur äussersten Grenze getrieben wird, vorleben. Sie zeigen uns zugleich, was dem Menschen fehlt und vor allem wovon er zuviel hat (Individualität), um sich selbst in dieser Weise regieren zu können.»[1] Der das schrieb, war ein begeisterter Ameisenforscher, zudem eine zentrale Figur der Schweizer Psychiatriegeschichte. Es handelt sich um August Forel, von 1879 bis 1898 Chefarzt der psychiatrischen Anstalt «Burghölzli», einflussreicher Psychiater, Hirnforscher, Sozialreformer, bekennender Pazifist und Sozialist. Seine Faszination für die Ameisen hängt mit seiner Überzeugung zusammen, dass die Insekten den Menschen in vielerlei Hinsicht überlegen seien.

Forel sah in den Ameisensozietäten ein Modell des idealen Sozialismus, in dem das Individuum seine Existenzberechtigung durch das Funktionieren im Kollektiv findet: «Eine Ameise oder Biene liebt sozusagen nur die Gesamtheit ihrer Gefährtinnen. Sie opfert sich durchaus für keine einzelne auf, sondern nur für das Ganze; bei diesen Tieren wird das Individuum wirklich zu einer Nummer der Gemeinschaft (...).»[2] Solche Opferbereitschaft für das Ganze wünschte sich der Zürcher Arzt auch bei den Menschen. In einem 1906 gehaltenen Vortrag über «Sexuelle Ethik» propagierte er dann auch folgende «ethische Abstufung: 1. Rasse, 2. Gesellschaft, 3. nähere Umgebung oder Familie und endlich 4. das Ich selbst(...).»[3]

Menschliche Zuchtwahl

Zeitlebens sah sich Forel als Vorkämpfer für eine bessere, «ameisenartige» Gesellschaft, in welcher der Individualismus sozialen Instinkten gewichen ist. Besonders besorgt war er über die Gesundheit des Volkskörpers. Bei den Ameisen beobachtete er das Phänomen, dass eine Ameisenart eine andere im Zusammenleben auszubeuten schien. Er prägte dafür einen Begriff, der noch eine lange Karriere haben sollte: Sozialparasitismus. Von solchen Sozialparasiten sah er auch die menschliche Gesellschaft bedroht: «Umgekehrt besitzen wir einen ungeheuren Überschuss an siechen, verbildeten, blöden, geistig verschrobenen, verbrecherisch angelegten, faulen, verlogenen, eitlen, verschmitzten, geizigen (...) Menschen, die sehr viel von den anderen beanspruchen und selbst sehr wenig leisten oder sogar viel schaden.»[4]

Ausgehend von seiner Entartungslehre, die besagt, dass erworbene psychische und physische Schädigungen erblich seien, fürchtete der Psychiater eine zunehmende gesellschaftliche Degeneration. Da in der durch übertriebenen Humanismus verweichlichten Zivilisation die natürliche Zuchtwahl verhindert sei, die Kranken und Schwachen gar noch gefördert würden, strebte der Sozialdarwinist Forel eine eugenische Zuchtwahl an: «(...) von Untermenschen wimmelt es, und bei ihnen ist die Beschränkung der Zeugung am Platz.» Als geeignetes Mittel für diese «negative künstliche Zuchtwahl» propagierte und praktizierte er die Sterilisation oder die Kastration. Wenn sich das betroffene Individuum nicht aus Einsicht zum Opfer für die Gemeinschaft entschliessen konnte, wurden diese Eingriffe auch gegen seinen Willen vorgenommen. Gemäss neueren Studien sind im Kanton Zürich zwischen 1892 und 1970 Tausende von Frauen und weit weniger Männer in eugenischer Absicht unfruchtbar gemacht worden.

Forels Denken war stark rassistisch geprägt. «Welche Rassen sind für die Weiterentwicklung der Menschheit brauchbar, welche nicht? Und, wenn die niedrigsten Rassen unbrauchbar sind, wie soll man sie allmählich ausmerzen?»[5] Zum Schutz der «höheren Rassen» riet der Zürcher Professor gegen das «Wuchern der minderwertigen» vorzugehen.

Nachwirkungen

Unter Forel und seinem Schüler und Nachfolger Eugen Bleuler wurde Zürich zu einer Hochburg der eugenischen und rassenhygienischen Bewegung. Forel-Schüler wie Ernst Rüdin oder Alfred Ploetz trugen massgeblich zur Etablierung der Rassenhygiene in Deutschland bei. Ersterer sollte das 1933 erlassene «Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses» wesentlich mitgestalten. Unter dem Nationalsozialismus wurden in Deutschland zigtausende Menschen als Sozialparasiten bezeichnet und zum Schutz der «Rasse» vor Degeneration mit Massenvernichtungsmitteln ermordet. Diese Konsequenz ist von Forel noch nicht explizit intendiert, als Möglichkeit aber bei ihm schon angelegt.

zvg

August Forel: «Von Untermenschen wimmelt es»

Das Bild des moralisch-guten Wissenschaftlers Forel konnte sich lange halten. Der Hohepriester der Eugenik, dessen Konterfei bis vor kurzem auf der Tausendfrankennote prangte, avancierte zu einer eidgenössischen Nationalikone. Auch heute noch ist er allgegenwärtig: In Zürich etwa gibt es eine August-Forel-Stras-

se, einen Forel-Brunnen und eine Forel-Büste, welche schon seit 1932 im Eingang der Universität steht. In der Berner Kleinstadt Ostermundigen wurde im Jahr 2000 schon zum zweiten Mal ein Antrag zur Umbennenung der dortigen Forelstrasse abgelehnt. Es gehe nicht an, so ein Mitglied des Grossen Gemeinderats, über eine Person zu richten, die in ihrer Zeit eine angesehene Persönlichkeit war. Noch 1986 fand an der Universität Zürich eine grosse Forel-Ausstellung statt, die – liest man den Ausstellungs-Katalog – einer Heiligsprechung des Arztes nahe kam. Der damalige Rektor Konrad Akert etwa lobte Forel als «grossen Schweizer Gelehrten und Menschenfreund», der «uns noch heute Vorbild und Verpflichtung bedeuten kann». Die explizit eugenischen Forderungen Forels, die im Katalog abgedruckt waren, blieben unkommentiert.[6]

In einem Artikel in der Neuen Zürcher Zeitung aus demselben Jahr wird Forel als erster Schweizer Sexologe gewürdigt. Der Autor gesteht in gewohnt unbestimmter Manier ein, dass Forel «in vielen Irrtümern seiner Zeit befangen» war. Er sei aber, so folgt die Rehabilitierung noch im selben Satz, «viel zu ehrlich, gewissenhaft und selbstlos» gewesen, «um sich jemals für die geringste Unmenschlichkeit herzugeben».[7] Erst seit wenigen Jahren wird das eugenische Vermächtnis Forels im Zuge der Aufarbeitung der Zwangssterilisationen in der Zürcher Psychiatrie in Wissenschaft und auch in den Medien kritisch beleuchtet. ■

1) Forel, August. Les Fourmis de la Suisse. 1920. S. 313.

2) Forel, August. Die sexuelle Frage. München 1905. S. 97.

3) Forel, August. Sexuelle Ethik. Ein Vortrag gehalten am 23. März 1906 auf Veranlassung des ‹Neuen Vereins› in München. München 1906. S. 17.

4) Ebd. S. 18.

5) Forel, August. Rückblick auf mein Leben. Zürich 1935. S. 158.

6) Meier, Rolf. August Forel 1848-1931: Arzt Naturforscher Sozialreformer. Eine Ausstellung an der Universität Zürich. Zürich 1986.

7) Haeberle, Erwin J. August Forel – der erste Schweizer Sexologe. In: Neue Zürcher Zeitung, 19. Februar 1986

www.dampfboot-verlag.de

Elmar Altvater/ Birgit Mahnkopf
Grenzen der Globalisierung
Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft
6. Aufl. - Nachdr. der völlig überarb. und erw. 4. Auflage
2004 - 600 Seiten
€ 29,80 - SFR 52,50
ISBN 3-929586-75-4

Michael Heinrich
Die Wissenschaft vom Wert
Die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie zwischen wissenschaftlicher Revolution und klassischer Tradition
3. korr. Aufl. 2003 - 411 Seiten
€ 24,80 - SFR 44,50
ISBN 3-89691-454-5

Gerhard Hauck
Die Gesellschaftstheorie und ihr Anderes
Wider den Eurozentrismus der Sozialwissenschaften
2003 - 209 Seiten
€ 20,50 - SFR 35,50
ISBN 3-89691-551-7

Regina-Maria Dackweiler/ Ursula Hornung (Hrsg.)
frauen - macht - geld
(Forum Frauenforschung Band 17)
2003 - 284 Seiten
€ 24,80 - SFR 42,90
ISBN 3-89691-217-8

Karl Christian Führer/ Karen Hagemann/ Birthe Kundrus (Hrsg.)
Eliten im Wandel
Gesellschaftliche Führungsschichten im 19. und 20. Jahrhundert
2003 - 433 Seiten
€ 45,00 - SFR 75,50
ISBN 3-89691-550-9

Sabah Alnasseri
Periphere Regulation
Regulationstheoretische Konzepte zur Analyse von Entwicklungsstrategien im arabischen Raum
2003 - 264 Seiten
€ 24,80 - SFR 42,90
ISBN 3-89691-544-4

Verlag Westfälisches Dampfboot
Hafenweg 26a - D-48155 Münster
Tel.: 0251 39 00 48 0 - Fax: 0251 39 00 48 50
info@dampfboot-verlag.de

WIR SUCHEN WIEDERVERKÄUFERINNEN

WIEDERVERKÄUFERINNEN ERHALTEN 25 % RABATT

RISSE Magazin
Postfach 3119
CH-8021 Zürich
Tel.: ++41 (0)1 262 31 50
Fax: ++41 (0)1 262 31 45
risse@risse.info

alma mater

Vorlesungen und Veranstaltungen zu Women's und Gender Studies an der Universität Zürich

Infos zu Gleichstellung, Gender Studies, Nachwuchsförderung und Kinderbetreuungsangebot:

Wichtige Adressen von Frauenorganisationen

Bezug: StudentInnenläden oder bei alma@zuv.unizh.ch

Preis:
Fr. 5.- (Studierende)
Fr. 7.- (andere)

www.unizh.ch/frauenstelle

Gedenkstätten – Orte der Rekontextualisierung

Anhand der Gedenkstättenpolitik in Deutschland lassen sich geschichtspolitische Entwicklungen aufzeigen und Fragen nach der Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen beantworten. Aktuelle Bestrebungen nach Entkonkretisierung und Entkontextualisierung der Geschichte der Tatorte stellen einen Versuch dar, das Gedenken an die Opfer politisch instrumentell nutzbar zu machen, ohne sich einer realen Aufarbeitung des Nationalsozialismus zu stellen.

Von Marc Schwietring

In nahezu jeder Stadt und jedem Dorf in der Bundesrepublik gibt es einen Ort, der während des Nationalsozialismus Stätte von Verfolgung und Verbrechen war. Als konkrete historische Orte des Geschehens weisen diese Stellen «auf die Allgegenwart und Alltäglichkeit des nationalsozialistischen Terrors in der unmittelbaren Umgebung und Nachbarschaft hin.»[1] Als Erinnerungszeichen gelten sie als «Störfaktor» und Stachel in der «Wunde» deutscher Identitätsbedürfnisse. Sie sind die «Tatorte», der «Beweis» für die Realität des Geschehenen, für die millionenfach verübten Verbrechen – sichtbare Symbole der Taten. Viele Deutsche wären diese gern los, um leichter verdrängen zu können. Gleichzeitig sind dies, zumindest teilweise, immer noch Orte, an denen der Ermordeten gedacht, an sie erinnert, um sie getrauert wird.

Während der letzten 50 Jahre hat sich das Verhältnis der deutschen Gesellschaft zu diesen Orten und den an ihnen angelegten Gedenkstätten gewandelt. Der Stellenwert, die Deutung und Wahrnehmung von Gedenkstätten ist ein «Seismograph erinnerungskultureller Entwicklungen» in Deutschland.[2]

Mahnen, Verschweigen, Wiedererinnern

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges und der Befreiung der Konzentrationslager durch alliierte Truppen waren Überlebende, Angehörige und alliierte Soldaten selbst die ersten, die Mahnmale und Gedenksteine für die Ermordeten als Zeichen des Nicht-Vergessens errichteten. In dieser Phase waren die gerade erst befreiten Lager vorrangig Trauerorte. Andererseits hatten die Tatorte Beweischarakter. Orte, Objekte aus dem Lageralltag, Überlebendenberichte und Akten waren Beweise für die Geschehnisse – gesammelt und registriert gegen die Widerstände der Mehrheit der Deutschen, die mit sich selbst beschäftigt war und von den Verbrechen nichts hören wollte oder sie leugnete. Auch die Alliierten waren an der Sammlung und Aufbereitung von «Beweisstücken» interessiert, die sie für die Konfrontation mit deutschen BesucherInnen in den Lagern oder als Sachbeweise für Strafprozesse nutzten. Den KZs selbst wurde eine abschreckende Zeugnishaftigkeit beigemessen. Die ehemaligen Lager waren «gleichsam topografische Konkretionen, die Verharmlosungen, Verleugnungen oder Schlußstrichforderungen entgegenstanden.»[3]

Das Verhältnis des Großteils der deutschen Bevölkerung zu den ehemaligen Stätten des NS-Terrors lässt sich in der Zeit zwischen Kriegsende und den 1970er Jahren mit den Worten Verschweigen, Unsichtbarmachen, Umwidmen und Zerstören beschreiben. Da es in Deutschland ein engmaschiges Netz von KZ-Haupt- und Außenlagern gegeben hatte, das im Nachhinein die Alltäglichkeit der Verfolgung und Verbrechen und Mitverantwortung sowie Wissen um die Verbrechen des Großteils der Bevölkerung deutlich machte. Diese Orte verwiesen also per se auf die Mitverantwortung und mussten nun unsichtbar gemacht werden, wollte man sich des «symbolischen Zeigefingers» entledigen.

In dieser Zeit des Verschweigens wurde eine «Entpolitisierung des Gedenkens» betrieben: Täter und Tat blieben auf Denkmalstafeln ungenannt, der NS erschien als «Schicksalsmacht». Mitten im Kalten Krieg waren Gleichsetzungen an der Tagesordnung. So wurde der Opfer verschiedener «Ismen» gedacht, wobei auf der Ausgewogenheit des Gedenkens Wert gelegt wurde: «Den Opfern des Nationalsozialismus – Den Opfern des Stalinismus». Dabei wurde (und wird oftmals noch immer) ein Gedenken praktiziert, bei dem weniger die Tatsache des Getötet-Werdens als vielmehr die des Todes ins Zentrum rückte: «Im Tode sind wir alle gleich.»

Das ehemalige KZ Neuengamme ist ein Beispiel für den Versuch der Umdeutung der Ortsgeschichte durch «Umnutzung» des Geländes. Auf der Stätte des KZ wurde 1948 eine Justizvollzugsanstalt angesiedelt. Zur politischen Begründung hieß es, man wolle durch die Errichtung einer «vorbildlichen» und dem «modernen Strafvollzug» verpflichteten Vollzugsanstalt, die «grauenhaften Schrecken dieses Lagers» aus der Erinnerung tilgen.[4] Auf dem Gelände des Emslandlagers Esterwegen wurde hingegen ein Bundeswehrdepot angelegt.

Erst in den 1970er/1980er Jahren kam es aufgrund der gesellschaftlichen Umbruchsituation auch zu einem Umbruch in der Gedenkkultur der Bundesrepublik. Eine neue, nachgeborene Generation stellte Fragen nach der Täter- und Mitwissenschaft der Eltern und nach den Verbrechen des NS, die vor Ort geschehen waren. In dieser Zeit kam es zu zahlreichen Gedenkstättenneugründungen. Der Blick fiel nun auch verstärkt auf die vergessenen bzw. verdrängten Opfergruppen. 1982 wurde für die ermordeten Sinti und Roma des KZ Bergen-Belsen eine zusätzliche Inschrift auf der dortigen Gedenkmauer angebracht. In Neuengamme wurde 1985 eine Steinplatte zur Erinnerung an die homosexuellen Opfer des KZ niedergelegt. Meist geschah diese Perspektivenerweiterung aber erst auf Initiative der Opfergruppen selbst.

Auch außenpolitische Rücksichtnahmen und Interessen spielten beim Umgang der Bundesrepublik mit den historischen Orten der NS-Verbrechen eine Rolle. Als US-Präsident Ronald Reagan 1985 zusammen mit dem damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl den Soldatenfriedhof Bitburg besuchte, auf dem Angehörige der Waffen-SS bestattet sind, kam es zu heftigen Protesten jüdischer Organisationen. Zum «Ausgleich» wurde auch ein Besuch in Bergen-Belsen ins Programm aufgenommen und

angekündigt, die dortige Gedenkstätte werde neu konzipiert und erweitert. Das Resultat dieser Erweiterung lag allerdings erst 1990 vor.

Ausgewähltes Nationalgedenken

In der DDR war das – allerdings selektive – Gedenken an den NS staatstragend. Die Erinnerungsorte der ehemaligen Konzentrationslager Buchenwald, Ravensbrück und später Sachsenhausen wurden als Nationale Mahn- und Gedenkstätten dem Ministerium für Kultur unterstellt.

Teilweise noch vor Kriegsende waren unzählige Ehrenmale für die in Kriegsgefangenschaft oder Zwangsarbeitslagern getöteten sowjetischen Landsleute von der Roten Armee errichtet worden. Vielerorts wurden von Überlebenden Gedenksteine für die Ermordeten der «Todesmärsche» aufgestellt. Andererseits wurden auf den Geländen ehemaliger KZ teilweise Kasernen und bis Anfang der 1950er Jahre auch Internierungslager der Sowjetischen Militäradministration (Speziallager) eingerichtet, in denen zumeist mittlere und niedrige Funktionsträger des NS-Systems, aber auch andere politisch missliebige Personen und bloß Verdächtigte inhaftiert wurden.

Während für eine kurze Zeit direkt nach Kriegsende – zumindest auf offizieller Seite – ein breites, mahnendes und alle Opfergruppen einschließendes Gedenken in der SBZ zu konstatieren ist, änderte sich die Situation mit Beginn des Kalten Krieges 1948/1949. Dieser und die Stalinisierung der SED «führten zu einer zunehmenden Einengung, Vereinheitlichung, Entkonkretisierung und Ritualisierung des offiziellen Gedenkens.»[5] Der Antifaschismus und mit ihm das Gedenken an die Ermordeten wurde zur Staatslegitimation instrumentalisiert, wobei die Erinnerung zunehmend ausschließlich den getöteten KommunistInnen galt. Auf den Geländen ehemaliger Lager fanden Parteikundgebungen, NVA-Truppenvereidigungen, FDJ-Feiern und Fahnenappelle statt. Das ritualisierte Gedenken an die ausgewählten Opfer und dessen Verknüpfung mit aktueller Politik hatte den Zweck der Identitätsstiftung.

Während NS-Funktionäre konsequenter und zahlreicher bestraft wurden als in der Bundesrepublik, wurde die Täterschaft der «normalen» Bevölkerung kaum thematisiert – die Täterfrage wurde somit extrojiziert auf die BRD. So konnten ehemalige «kleine» TäterInnen unbehelligt und straffrei in der DDR leben, gleichzeitig wurde der kommunistische Widerstand im NS überhöht und andere Widerstands- und Opfergruppen verschwiegen. Der Mord an den europäischen JüdInnen und die Erinnerung an ihn waren Randthemen.

Ende der 1980er Jahre gab es einen vorsichtigen Wandel in der Wahrnehmung des NS. Andere Opfergruppen und ihr Leiden wurden thematisiert, Gedenksteine für jüdische Opfer wurden vermehrt aufgestellt. Teilweise geschah dies auch durch private Bürgerinitiativen.

An der Instrumentalisierung der Tradition des Widerstands änderte sich aber qualitativ nichts. Die Shoah wurde in der DDR erst Ende der 1980er Jahre zu einem wichtigeren Thema des offiziellen Gedenkens; dies nicht zuletzt aufgrund außenpolitischer Erwägungen. Zwar hatten die Gedenkstätten in der DDR insgesamt gesellschaftlich einen höheren Stellenwert als in der Bundesrepublik, doch war dieser durch selektive Wahrnehmung, Instrumentalisierung und den teilweise monumentalisierten Umbau der Orte bestimmt. Durch die Sicherung wichtiger Spuren und Überreste des nationalsozialistischen Terrors wurde immerhin aber auch der Verdrängung der Geschichte entgegengewirkt.

Buchenwald: Beliebigkeit der Erinnerung

Nationale Bedeutung

Nach der Vereinigung von Bundesrepublik und DDR hatte sich die geschichtspolitische Konstellation fundamental verändert – auch und gerade für die Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer des NS. Auf der einen Seite gab es nun vermehrt Bestrebungen des Bundes, öffentliche Gedenkstätten zu errichten, die nicht an den historischen Orten der Verbrechen lagen. Dazu gehört die Zentrale Mahn- und Gedenkstätte der Bundesrepublik Deutschland für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft, die Neue Wache Unter den Linden, die 1993 eröffnet wurde und gemäß der Widmungsinschrift allen Toten – vom Wehrmachtssoldaten bis zum KZ-Häftling – gleichwertig, also nivellierend und entkonkretisierend gedenkt.

Dazu gehört ebenfalls die Planung und Diskussion um das nunmehr im Bau befindliche Denkmal für die ermordeten JüdInnen Europas in Berlin-Mitte.

Auf der anderen Seite wurde für die nun auf dem Staatsgebiet der Bundesrepublik befindlichen KZ-Gedenkstätten Buchenwald und Sachsenhausen – aber auch für viele andere ehemalige DDR-Erinnerungsorte – die «Aufgabe» ausgemacht, «neue Formen des Gedenkens für ihre ‹doppelte Vergangenheit› zu finden.» Was war damit gemeint?

Wie schon erwähnt, wurden kurz nach dem Krieg in vormaligen KZ in der Sowjetischen Besatzungszone «Speziallager» errichtet. Aber auch an anderen Orten der NS-Morde gab es nach Ende des Zweiten Weltkriegs Unrechtstaten und Verbrechen in sowjetischer und später DDR-Verantwortung. Dieser Teil der Vergangenheit der Orte wurde in der DDR tabuisiert.

Nach der gesellschaftlichen Transformation von 1989/90 wurden diese Vergehen und Verbrechen verstärkt ins Blickfeld gerückt. Oftmals ging es dabei um mehr, als nur an SBZ-/DDR-Unrecht zu erinnern. Deutlich wird dies durch den Umgang mit den Erinnerungsorten an die NS-Verbrechen nach der Vereinigung: Nach 1990 kam es zu einer Vielzahl von offiziellen «Umwidmungen» von Gedenksteinen und Mahnmalen für die Opfer der NS-Verbrechen in Ostdeutschland. Häufig wurde bei Tafeln, auf denen «der Opfer des Faschismus» gedacht wurde, einfach die Zeile «und des Stalinismus» hinzugefügt. Im sächsischen Oelsnitz wurde gar ein Denkmal zur Erinnerung an die Opfer des SA-Terrors im Frühjahr 1933 nach 1990 mit den Worten umgewidmet: «Zum Gedenken der Opfer jeglicher Gewaltherrschaft 30.1.1933 – 9.11.1989».[7] So wurde auf der politischen Ebene versucht, den Nationalsozialismus wahlweise mit Stalinismus, Sowjetunion, DDR oder SED gleichzusetzen. Der «Zivilisationsbruch» Auschwitz sollte dabei durch den Kitt der «Terror- und Gewaltherrschaften» überdeckt werden. Es handelt sich also um Versuche, «die Gedenkstätten lediglich für die Illustrierung der Totalitarismustheorie zu instrumentalisieren.»[8]

Mit der Vereinigung kam es im Jahr 1993 auch erstmals zur Beteiligung des Bundes an der Förderung von NS-Gedenkstätten. Die Enquete-Kommission «Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland» empfahl 1994 die Förderung von Gedenkstätten mit gesamtstaatlicher Bedeutung sowohl durch den Bund als auch die Länder. In der folgenden 13. Wahlperiode wurde wiederum eine Enquete-Kommission «Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit», die Enquete-Kommission II, durch den Bundestag eingesetzt. In ihrem Schlussbericht 1998 unterbreitete sie Vorschläge für eine Gedenkstättenkonzeption des Bundes und zur Förderung von Gedenkstätten. Darin wurde die Aufgabenstellung wie folgt formuliert: «Im Sinne der Förderung des antitotalitären Konsenses» sollte sie «gesamtdeutsche Formen der Erinnerung an die beiden deutschen Diktaturen und deren Opfer fördern helfen.»[9] Der Bericht zeichnet sich durch die vielfache Verwendung von sprachlichen Konstruktionen wie «zweifache Diktaturvergangenheit der Deutschen», «doppelte Diktaturerfahrung» oder «Vergleich[s] zwischen stalinistischem GULag-System und nationalsozialistischem Konzentrationslagersystem als Teil der gesamteuropäischen Lagererfahrung des 20. Jahrhundert» aus.

Den Gedenkstätten wurde dabei eine große Bedeutung für das «Außenbild» der Bundesrepublik und «zur Verständigung ehemaliger Kriegsgegner» zugesprochen. Insgesamt erscheint die Liste der für die Förderung vorgeschlagenen Gedenkstätten als Auswahl, in der alles Mögliche und völlig Unterschiedliches seinen Platz hat – neben den KZ-Gedenkstätten stehen ein «Vertreibungsdenkmal», Grenz-Notaufnahmelager und Grenzdenkmale, neben ehemaligen «Euthanasie»-Stätten 17.-Juni-1953-Denkmale. Bezeichnend ist auch, dass erst durch eine Enquete-Kommission zur «SED-Diktatur» die NS-Gedenkstätten und ein Förderungskonzept vom Bundestag thematisiert wurden.

Entgrenzungsbestrebungen

Im Sommer 1999 legte die neue rot-grüne Bundesregierung ein Konzeptpapier über die zukünftige Gedenkstättenförderung vor, indem sie die Empfehlungen der Enquete-Kommission II übernahm. Zumindest als indirekte Konsequenz dieses Konzepts sind Forderungen nach einer «Entgrenzung» und «Dekonstruktion des Gedenkstättenbegriffs» und seine Neudefinition anzusehen. Angestrebt wird eine «Erweiterung des Blickwinkels» und eine Öffnung des Begriffs Gedenkstätte für andere Orte.

Im November 1998 wurde ein Symposium mit dem Titel «Historische Stätten aus der Zeit des Nationalsozialismus. Orte des Erinnerns, des Gedenkens und der kulturellen Weiterbildung?» vom Deutschen Historischen Museum (DHM) in Berlin veranstaltet, bei dem außer MitarbeiterInnen aus KZ-Gedenkstätten VertreterInnen von Gedenkstätten, deren historische Orte nicht direkt von Opfererinnerung geprägt sind teilnahmen und ihre Initiativen vorstellten. Dies waren unter anderem das Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände Nürnberg, der Obersalzberg und die ehemalige «Kraft durch Freude»-Anlage Prora auf Rügen. Der damalige Generaldirektor des DHM, Christoph Stölzl, nannte diese zusammenfassend «Täterorte».

zvg

Monumentalisierte Erinnerung in Treptov

Jörg Skriebeleit, Leiter der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg, sieht hier «eine neue Qualität in der gesellschaftlichen Wahrnehmung der bundesrepublikanischen Erinnerungslandschaft».[10] Er nennt diesen Zustand eine «neue Unübersichtlichkeit», in der die Differenzen zwischen den Aufenthaltsorten der Verfolgten und denen der

TäterInnen verschwinden. Er stellt die Frage, ob auch Gedenkstätten mit «doppelter Bedeutung» (KZ und Speziallager) oder solche ausschließlich die DDR-«Verfolgungsgeschichte» betreffende Erinnerungsorte dazu beitragen, und ob eine «De-Konstruktion des Gedenkstättenbegriffs» bevorstehe. Es bedürfe einer Konturierung des Gedenkstättenbegriffs, um «nivellierenden geschichtspolitischen Tendenzen» entgegen zu treten, fordert Skriebeleit.[11]

Gegenwärtig ist auch ein «Paradigmenwechsel vom Stigma zum Standortfaktor»[12] festzustellen. Mittlerweile betrachten Kommunen den «touristischen Wert» von KZ-Gedenkstätten als Gewinn; Gedenkstätten sind Teil der «Freizeitkultur», werden auch «im Rahmen ganz normaler Touristenbesuche aufgesucht» und stellen «für viele nur gewöhnliche Sehenswürdigkeiten» dar – «gewissermaßen die moderne Form des Folterkellers in der Ritterburg.»[13]

Versuche der Vereinnahmung der Erinnerungsstätten aus politischem Interesse führen zu einer Entkontextualisierung und Entkonkretisierung der Orte. Eine krude Entkontextualisierung von Auschwitz als Metapher für die Shoah fand Mitte Februar 1999 statt. Damals besuchte der damalige Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping (SPD) zusammen mit uniformierten Bundeswehrsoldaten die Gedenkstätte Auschwitz und legte mit ihnen Kränze nieder. Scharping äußerte gegenüber PressevertreterInnen nach der Zeremonie, dass der Besuch der «Gewissensbildung der Soldaten» diene. Er sei auch ein Signal dafür, dass sich die Bundesregierung «zu allen Seiten deutscher Geschichte» bekenne. Die Konfrontation mit der Realität von Auschwitz sei eine Erinnerung, die in die Zukunft weise.[14] Wenige Wochen später beteiligte sich Deutschland am Krieg gegen Jugoslawien mit dem Hinweis, ein «neues Auschwitz» verhindern zu wollen.

Auch die breiten öffentlichen Debatten der letzten beiden Jahre um Deutsche als Opfer des Zweiten Weltkriegs spiegeln sich in der Gedenkstättenpolitik wider, wenn sie nicht gar dort ihren Ursprung haben. Ein unzweideutiges Beispiel dafür ist der Plan der dem «Bund der Vertriebenen» (BdV) nahe stehenden Stiftung «Zentrum gegen Vertreibungen», in Berlin eine zentrale Gedenk- und Forschungsstätte mit Bundesmitteln errichten zu lassen, deren Fokus auf den Flüchtlingen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten liegen soll. Dieses «Zentrum» soll demnach in «geschichtlicher und räumlicher Nähe» zum Denkmal für die ermordeten JüdInnen Europas gebaut werden, um einen «deutschen Opferstatus» in Beton zu gießen.[15] Ob wohl das Konzept der Stiftung parteiübergreifend auf breite Unterstützung stieß, ist eine Förderung derzeit unwahrscheinlich, da sich die Bundesregierung stattdessen tendenziell für ein «europäisches Konzept» ausgesprochen hat – hauptsächlich aufgrund des vehementen Protests aus den osteuropäischen Nachbarstaaten. Die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag forderte außerdem eine Konzeption, wie «in angemessener Form auf Bundesebene» der Zerstörung deutscher Städte und der Opfer des alliierten Bombardements gedacht werden könne. Denn es sei eine «sittliche Pflicht», «aller Opfer des Zweiten Weltkriegs in angemessener Weise zu gedenken.»[16]

Diesem der realen Geschichte entleerten Erinnern gilt es, den konkreten, in die Geschichte eingebetteten Ort entgegen zu setzen. Der Nationalsozialismus ist noch immer aus dem Alltag herausgelöst, ein gesellschaftliches Artefakt. Die Erinnerungsorte bieten die Chance, «Orte der Rekontextualisierung» zu sein: ihre Geschichte ist eingebettet in einen konkreten Ort, ein Umfeld, eine Stadt, ein Dorf, einen Tathergang, einen Personenkreis. Anzustreben ist die «alltägliche Erinnerung als Teil öffentlichen Bewußtseins»[17] – die Geschichte des Nationalsozialismus darf nicht an Museen und Gedenkstätten delegiert werden. Vielmehr sollten Gedenkstätten «Stützpunkte der Erinnerung» (Reinhard Rürup) sein, die Fragen nach ihrer konkreten Geschichte aufwerfen. ■

Marc Schwietring, Hannover, ist zusammen mit Michael Klundt, Samuel Salzborn und Gerd Wiegel Verfasser des Buches «Erinnern, verdrängen, vergessen. Geschichtspolitische Wege ins 21. Jahrhundert» (Giessen: NBKK 2003).

1) Ulrike Puvogel./Martin Stankowski: Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus – Eine Dokumentation, 2., überarb. u. erw. Aufl., Bonn 1996, S.12.

2) Vgl. Jens-Christian Wagner: Gedenken, Verdrängung und Instrumentalisierung, in: Der Rechte Rand, H. 76/2002, S. 6.

3) Volkhard Knigge: Gedenkstätten und Museen, in: ders./Norbert Frei (Hg.): Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord, München 2002 , S. 383.

4) Vgl. Fritz Bringmann/Hartmut Roder: Neuengamme. Verdrängt – Vergessen – Bewältigt? Die zweite Geschichte des Konzentrationslagers Neuengamme 1945-1985, Hamburg o.J., S. 38 ff.

5) Ulrike Puvogel: Einleitung, in: Stefanie Endlich u. a.: Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus – Eine Dokumentation Bd. II, Bonn 1999 , S. 14.

6) Vgl. Peter Reif-Spirek/Bodo Ritscher: Vorwort, in: dies.(Hg.): Speziallager in der SBZ: Gedenkstätten mit «doppelter Vergangenheit», Berlin 1999, S. 7.

7) Vgl. Puvogel 1999, S. 13.

8) Vgl. Norbert Haase/Bert Pampel: Einführung, in: dies. (Hg.): Doppelte Last – doppelte Herausforderung. Gedenkstättenarbeit und Diktaturvergleich an Orten mit doppelter Vergangenheit, Frankfurt a. M. u.a. 1998, S. 25.

9) Enquete-Kommission: «Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit»: Schlußbericht, BT Drucksache 13/11000 v. 10.6.1998, S. 227.

10) Jörg Skriebeleit: Neue Unübersichtlichkeit? Gedenkstätten und historische Orte im aktuellen erinnerungspolitischen Diskurs, in: Gedenkstättenrundbrief, H. 103/2001, S. 3.

11) Vgl. ebd., S. 10.

12) Ebd.

13) Vgl. Volkhard Knigge: Das Dunkel der Historie, Interview in: Rheinischer Merkur v.1.2.2002.

14) Vgl. o.V.: Scharping in Auschwitz, in: Berliner Zeitung v. 15.2.1999.

15) Vgl. Samuel Salzborn: Völkische Schuldumkehr. Die Entsorgung der Schuldfrage am Beispiel der Vertriebenenverbände, in: Joachim Perels (Hg.): Der Rechtsradikalismus – ein Randphänomen? Kritische Analysen, Hannover 2003, S. 43-52.

16) Vgl. CDU/CSU-Fraktion im Bundestag: Antrag: Gedenken an die Opfer des Bombenkriegs im Zweiten Weltkrieg, BT Drucksache 15/986 v. 15.5.2003.

17) Wolfgang Benz: Gedenkstätten und Erinnerungsarbeit – ein notwendiger Teil unserer politischen Kultur, in: Hessische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.): Polis, H. 31 2001, S. 13.

Verrisse +++ Verrisse +++ Verrisse +++ Verrisse ++

Seit Historiker herausgefunden haben, dass Wahrheit nur diskursiv hergestellt wird, stellen einige von ihnen Diskurse her, die weit an der Wahrheit vorbeizielen. Einer dieser einigen ist der Basler Historiker Lukas Burkart. Im Tages-Anzeiger durfte er eine Seite zum Thema: «Das Gesicht des Unterlegenen als Trophäe» füllen. Dabei setzt er sich mit den Bildern des bärtigen Kerls auseinander, den unlängst amerikanische Soldaten aus einem Erdloch zogen. Beim Abgebildeten handle es sich nur «vermeintlich» um ein «Monster». Dieser sei vielmehr Opfer des «Clash of culture» geworden. Mit den Fotos bezwecke man «die Auslöschung seiner Person», welche schon mit der Zerstörung seiner Bilder angefangen habe. «Dabei richteten sich solche Attacken vornehmlich gegen das Gesicht des Herrschers.»

Der historische Laie mag sich noch freuen über die Entmachtung eines blutrünstigen Diktators. Dem Historiker von heute läuten aber – mit dem cultural und pictorial turn im Hinterkopf – sofort die Alarmglocken. Ihm drängen sich historische Vergleiche auf: «Bereits in der Antike war es üblich, Unfreie dadurch zu kennzeichnen, dass man ihnen ein Ohr coupierte. In deutschen Städten des 14. Jahrhunderts wurde gegen soziale Randgruppen Ähnliches als Leibesstrafe angedroht; Prostituierten, die sich nicht an gewisse Regeln hielten, wurde die Nase abgeschnitten.» Und im Jahr 2003 zerstörten Iraker Bilder von Saddam Hussein. Manchmal wiederholt sich Geschichte halt doch.

In der «Jungle – World» Nr. 46 durfte ein gewisser Andreas Baumgart wieder einmal der Frage nachgehen, warum die Menschen sich nicht gegen Sozialabbau wehren, warum die Linke aus dem letzten Loch pfeift und überhaupt, warum alles so berschissen ist. Wie immer gipfelt der Artikel im obligaten «Die-Linke-sollte»-Satz, den man gewöhnlich gähnend zu überlesen pflegt. Diesmal aber ruft er nicht nur Gähnen, sondern auch Verwunderung hervor: «Die Linke sollte sich neben der Kritik der Funktionsweise des Systems und dem notwendigen Kampf gegen bestimmte Auswirkungen vorrangig damit befassen, welche Perspektiven sich einer Gesellschaft ohne Arbeit und Tausch vor dem Hintergrund der existierenden materiellen und geistigen Produktivkräfte eröffnen würden.» Endlich wieder Perspektiven. Da keimt Hoffnung. Als Realist setzt Baumgart der Hoffnung aber ein «doch» entgegen. «Doch solche Überlegungen werden gescheut. Woher rührt diese panische Angst?» Ich werde versuchen, es ihm zu erklären: Ohne Produktion zu produzieren, ist eine schwierige Sache. Wenn «die existierenden materiellen und geistigen Produktivkräfte» in einer Gesellschaft ohne Arbeit existieren, existieren diese nämlich nicht und eine solche existierende Nichtexistenz ist so paradox, dass sie einfach panische Angst verursacht, selbst in der Welt des Dschungels.

Mel Gibson, der zur Zeit mit Unterstützung des Heiligen Geistes das seit 1945 in die Krise geratene Genre der Judenhass-Filme neu belebt, liebt seinen Vater. Das interessiert wohl niemanden. Wenn ein solches Liebesgeständnis aber ohne jeglichen Anlass erfolgt, macht das doch stutzig. Mit dem Bekenntnis, «ich liebe meinen Vater», beantwortete nämlich Mel Gibson die Frage, ob sein Vater tatsächlich die Shoa leugne. Wer sich da empört, verkennt die christlichen Liebespraktiken. Diese sind nämlich weder sexueller noch platonischer, sondern kulinarischer Art. Aufrechte Katholiken demonstrieren ihre Liebe, indem sie regelmässig ihren Messias als Abendmahl verzehren, und vor einiger Zeit verspeiste ein Christ aus Rottenburg einen Berliner Glaubensbrüder – aus Liebe, wie das Gericht feststellte. Die Liebe Mels zu seinem Nazi-Daddy mag also durchaus ein gutes, christliches Ende nehmen.

Jung-Djihadist Patric Illi, gerngesehener Gast in den «Verrissen» und bei «Hamas»-Gründer Sheikh Ahmed Yassin, hat wieder einmal Probleme mit seinem pubertären Offenbarungsorgan, dem Webportal «pro-plo.org». Schon über Weihnachten wurde die Seite – gemäss nachgeschobener Erklärung – «Ziel eines Barbarischen Zionistischen Angriffs». Es wäre – so hiess es – einem «Zionisten-Bastard» gelungen, die Seite zu hacken und mit «übelsten» pornographischen Darstellungen zu «verschandeln». Leider hat das begrüssenswerte Unternehmen, Illis Traum von den 99 Jungfrauen im Paradies auf Lustbarkeiten der reellen Welt umzuleiten, wenig gefruchtet und man konnte sich einige Zeit später erneut den übelsten antisemitischen Müll zu Gemüte führen. Seit kurzem aber begrüsst wieder kein grinsender Massenmörder den Besucher der Homepage, sondern unter dem Titel «inaya owned your box» ist zu lesen «don't belive what you hear or see in the tv or internet about israel-palestina. check the backgrounds (...) find out the real facts!» Unterschrieben ist das ganze mit «hacked by inaya72@yahoo.co.uk», dem wir an dieser Stelle herzlich gratulieren möchten. Hoffen wir, dass, wenn schon nicht das Lust-, so doch das Realitätsprinzip Patric Illis Unternehmung definitiv zum Scheitern bringt.

RISSE IST BISHER AN FOLGENDEN ORTEN ERHÄLTLICH:

SCHWEIZ BUCHHANDLUNG UND ANTIQUARIAT WASER · RÜMELINSPLATZ 17 · 4001 BASEL / TRENDSTATION · MUTTENZERSTR. · 4127 BIRSFELDEN / COMEDIA GENOSSENSCHAFT · KATHARINENGASSE 20 · 9004 ST. GALLEN / BUCHHANDLUNG ATROPA · KIRCHPLATZ · 8004 WINTERTHUR / BUCHHANDLUNG AM HELVETIAPLATZ · STAUFFACHERSTRASSE 60 · 8026 ZÜRICH / BUCHHANDLUNG KLIO · ZÄHRINGERSTRASSE 45 · 8025 ZÜRICH / CHORNLADE · FIERZGASSE 16 · 8005 ZÜRICH

DEUTSCHLAND RWTH AACHEN · FACHSCHAFT 7/1 · 52056 AACHEN / BUCHLADEN SCHWARZE RISSE · GNEISENAUSTRASSE 2A · 10961 BERLIN / ANTIFASCHISTISCHES CAFE · CYRIAKSRING 55 · 38118 BRAUNSCHWEIG / DER NOTSTAND E.V. · UNIVERSITÄTSSTRASSE 150 · 44780 BOCHUM / INFOLADEN · LUDOLF-CAMPHAUSEN-STRASSE 36 · 50672 KÖLN / INFOLADEN · LUDWIGSSTRASSE 110A · 70197 STUTTGART

CONTRASTE

Die Monatszeitung für Selbstorganisation

ANDERS ARBEITEN? Trotz alledem – ökonomische Alternativen in diesen Zeiten des Sozialabaus? · Weg mit dem Kapitalismus!: Proletarier aller Länder vereinigt Euch und hört auf zu arbeiten · Von der Notwendigkeit der Arbeit – Alternativökonomische Nischen ausbauen – trotz alledem · Die neuen Freiwilligen: Zukunft der Arbeit für Frauen? · Fachforum in Berlin: Das Konzept der Mischarbeit im Agendaprozess · Existenzgeld statt Arbeitszwang **DRESDEN** Alles für alle – Dresden Umsonst **JUKSS** Jugendumweltkongress: Selbstorganisation ganz praktisch **PROJEKTE** Widerstand und Vision verbinden!: Umsonstladen als offensive Aktion · Berlin: Die GratisÖkonomie-Idee · Pressegruppe »Presselinx« · Kommune-Info-Tour 2004 · Was ist das Projekt W.E.G.? **REPRESSION** Politischer Prozess in Gießen: »Law an Order statt Lust und Laune« **GENOSSENSCHAFTEN** Wie nachhaltig ist die aktuelle Arbeitsmarktpolitik? · Herausgezogen am eigenen Schopf – Arbeitslose in Sachsen gründen zwei Genossenschaften **u.v.m.**

BUNTE SEITEN 2003+ das Adressenverzeichnis der Alternativen Bewegungen. Mit ca. 13.500 Anschriften aus der BRD, CH, A und internationale Kontaktanschriften mit **Reader der AlternativMedien** im Innenteil. 1.200 Zeitschriften mit zahlreichen Beschreibungen, Video- & Filmgruppen sowie Freie Radios. 300 Seiten (DIN A4) für 18 EUR zzgl. 2 EUR Versandkosten.

Ein Schnupperabo
3 Monate frei Haus
gibt es für 5 Euro
(Es endet automatisch und muß nicht gekündigt werden.
Nur gegen Vorkasse: Schein/Briefmarken/Bankeinzug!)

Bestellungen im Internet oder über CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

Probelesen: www.contraste.org

Klassenkämpfe, die Schule machen könnten. Imaginäre und real existierende Klassen. Informelle Ränder der Weltökonomie. Utopische Überschüsse, die erinnert werden wollen. Multitude und Feminismus. Und: Muße statt Arbeit und Disziplin!

Preis: 4,50 € + Porto (per Rechnung) oder 5 € Schein beilegen (Fantômas ist im ak-Abo enthalten)
Bestellungen an: fantomas@akweb.de
ak, Rombergstr. 10 · 20255 Hamburg
Tel.: 040-40170174 · Fax: 40170175

www.copyriot.com/sinistra

schwerpunkt: pop + kultur

kulturindustrie und der deutschland sucht den superstarbetrieb

die deutschnationale wende von mia, wir sind helden und co.

tocotronic review

außerdem:

das subjekt des streiks - warum die studis sich weigern, links zu werden

dialektik des abschieds eine abschließende erledigung einer ehemals antideutschen zeitung

arbeit und ausgrenzung beispiel schweiz

neue zeitung out now

RISSE NACHBESTELLEN

WWW.RISSE.INFO

PRO EXEMPLAR: SFR 6.– / € 4.–

analyse+kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis

Jetzt testen:
3 x *ak* für 5 €*

*Schein/Scheck beilegen!
Verlängert sich zum Jahresabo, wenn nicht nach Erhalt der zweiten *ak* gekündigt wird.

ak – analyse + kritik
Rombergstr. 10 · 20255 Hamburg
Tel.: 040-40170174 · Fax: 40170175
redaktion@akweb.de

www.akweb.de

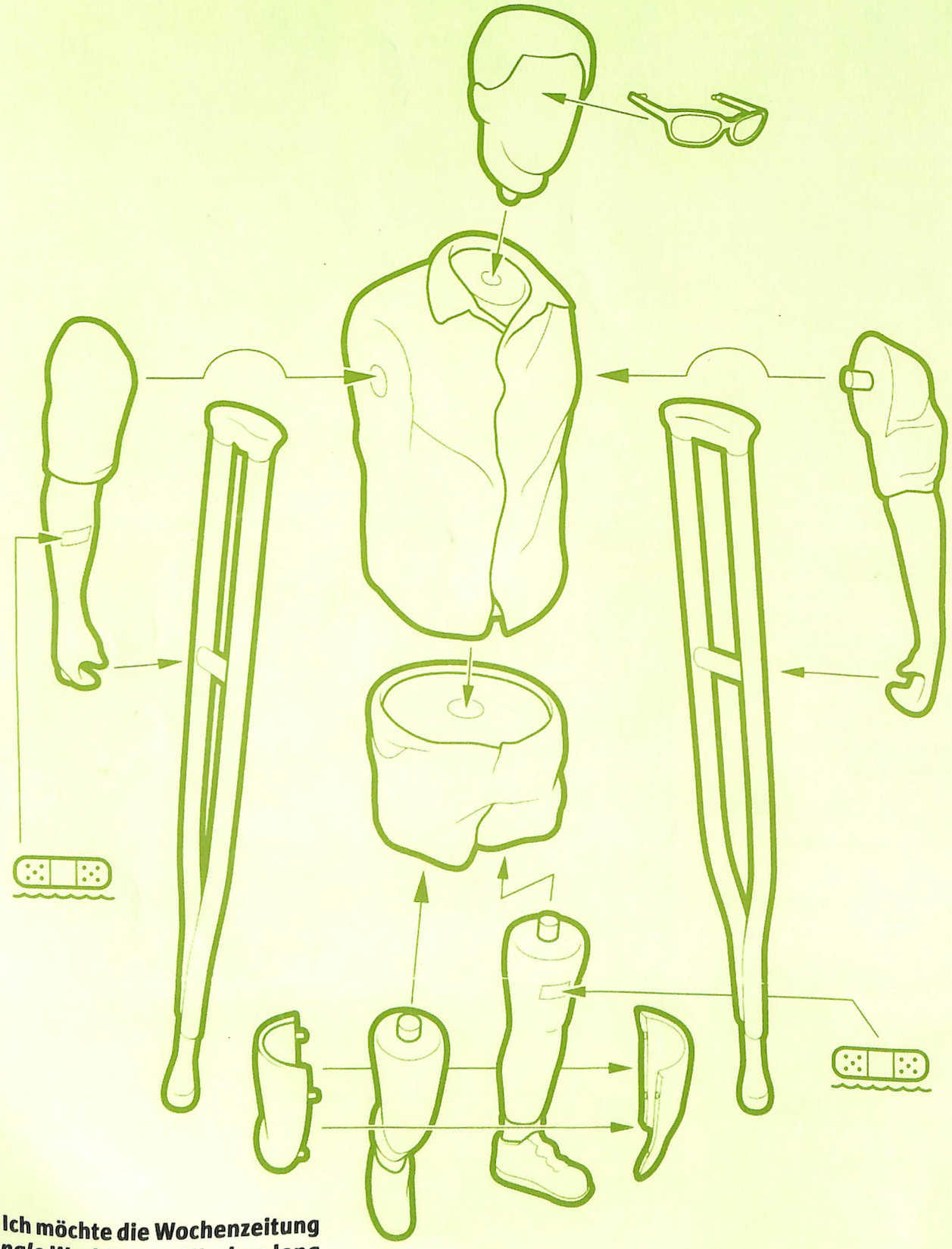
BAHAMAS
Nr. 43 Winter 2003/04

Kampf der Kulturen

Antisemitismus in der laizistischen türkischen Republik ● Antipolitik und Gegenaufklärung ● 122 Jahre Sozialstaat in Deutschland ● Moralischer Antikapitalismus ● Die zweite Konjunktur des Nazistücks „Die Wölfe" ● Schröders Sonderzug nach Riad ● Vatermord an Wolfgang Pohrt ● Das Zentrum gegen Vertreibung: ein Beitrag zur Weltordnung von morgen ● Alain de Benoists antirassistische Phantasien ● Die europäische Debatte um ein islamisches Kleidungsstück: das Kopftuch ● u.a.

4 EUR (Briefmarken): BAHAMAS, Postfach 620628, 10796 Berlin
Tel./Fax: 030 / 6236944 und mail@redaktion-bahamas.org
www.redaktion-bahamas.org

Jungle World | Die linke Wochenzeitung



Probe-Abo

☐ Ich möchte die Wochenzeitung *Jungle World* jetzt 5 Wochen lang für nur 10 Euro testen.

Das Abo verlängert sich nicht automatisch.
Einen Zehneuroschein oder einen Scheck habe ich beigelegt.

name | vorname

straße, nr. | plz, ort

risse

Jungle World · Bergmannstr. 68 · D-10961 Berlin

JUNGLE-WORD.COM